Dienstag, 26. April 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 96 - 17. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

EG-Protest gegen Einschränkung des Osthandels

dpa/VWD, Luxemburg

Die EG will in Washington mit Nachdruck gegen eine Verschärfung der Export-Restriktionen im Osthandel protestieren. Die Außenminister der Gemeinschaft beschlossen gestern in Luxemburg, daß die EG sowohl als Wirtschaftsblock als auch in Demarchen der einzelnen Mitglieder in Washington gegen die geplante Verlängerung des vor einem Jahr im Zusammenhang mit dem Erdgas-Röhrengeschäft erlassenen Export-Verwaltungsgesetzes protestieren wird. Das Gesetz schreibt unter anderem Boykottmaßnahmen gegen Tochterfirmen amerikanischer Unternehmen vor, wenn sie hochwertige Technologie – auch wenn sie nicht strategischen und militärischen Zwecken dient – in den Ostblock exportieren. Das Gesetz, das jetzt im Kongreß zur Verlängerung vorliegt, soll nach den Vorstellungen der US-Regierung noch verschärft werden. Nach Ansicht von Beobachtern wollen die EG-Staaten mit ihrem Beschluß schon im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg klarstellen, daß sie sich keinem Diktat Washingtons unterwerfen werden

UNO-Warnung vor interner Namibia-Lösung

AP, Paris

Mit einem Aufruf zu stärkeren Bemühungen um eine friedliche Lösung des Namibiakonflikts hat UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar gestern die einwöchige „Internationale Konferenz zur Unterstützung des Kampfes des namibischen Volkes für Unabhängigkeit" in Paris eröffnet. Perez de Cuellar forderte Südafrika auf, Namibia keine „interne" Lösung aufzuzwingen, sondern eine international vermittelte Regelung zu akzeptieren. Vielversprechende Lösungsansätze seien „durch das Auftauchen bestimmter Themen wie der Abzug kubanischer Truppen aus Angola" überschattet worden. Deutlicher wurde der französische Außenminister Claude Cheysson. Seine Regierung sei über das Bemühen „schockiert" gewesen, den Abzug der Kubaner aus Angola zur Vorbedingung für eine Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit zu machen. Es sei völlig unnatürlich, die nur eine Regierung betreffende Zukunft Namibiaz mit einer Entscheidung zu verbinden, die ein anderes Land angehe. Mit Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit wachse auch die Neigung zur Gewalt.

ZITAT DES TAGES



„Ich weiß, es ist eine lange Reise. Aber ich bin zuversichtlich, daß wir unser Ziel erreichen werden."

George Shultz, amerikanischer Außenminister, gestern bei der Ankunft in Kairo, der ersten Station seiner Nahost-Reise. FOTO: SVEN SIMON

Noch nicht entschieden

AP, Bonn

Die Bundesregierung hat offensichtlich noch nicht über die Fortführung der Entwicklungshilfe für Nicaragua entschieden. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes wandte sich gestern gegen Berichte, nach denen es eine direkte Aufforderung der US-Regierung an Bonn gegeben habe, die Hilfe an den mittelamerikanischen Staat einzustellen (WELT v. 25. 4.). Er lehnte jedoch jede weitere Stellungnahme ab und verwies auf die Regierungserklärung Bundeskanzler Helmut Kohls am 4. Mai, in der die künftige Mittelamerikapolitik eine wichtige Rolle spielen werde.

ZDF: Traumquote

dpa, Mainz

Die Einschaltquote bei dem am Sonntag ausgestrahlen Pilot-Film der amerikanischen Serie „Denver-Clan" betrug 45 Prozent, was 15 Millionen Zuschauern entspricht. Wie das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) gestern mitteilte, handelt es sich um einen Spitzenwert, vor allem für eine Sendung dieser Länge und dieses späten Sendetermins. Zum Vergleich: Der am Sonntag zuvor ausgestrahlte Spielfilm „Cleopatra" erzielte knapp 40 Prozent. Die 45-Prozent-Einschaltquote für „Denver-Clan" entspricht der Sehbeteiligung des ZDF-Dauerbrenners „Der große Preis".

WETTER

Zeitweise Schauer

In Berlin und Ostbayern anfangs aufgeheitert und Temperaturen um 20 Grad. Im Tagesverlauf wie im übrigen Bundesgebiet, bewölkt und zeitweise schauerartige Regenfälle. Tageswerte hier um 15 Grad. In der Nacht allgemein 9 bis 5 Grad. Schwacher Wind aus südlichen Richtungen.

WIRTSCHAFT

Optimismus hält an

rtr, München

Das Geschäftsklima in der deutschen Industrie hat sich im März erneut deutlich gebessert. Wie aus einem gestern veröffentlichten Konjunkturtest des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung hervorgeht, beurteilte zwar ein Großteil der Firmen die aktuelle Lage nach wie vor als unbefriedigend, doch habe die Zahl dieser Firmen gegenüber dem Vormonat spürbar abgenommen. Auch wurden die Aussichten für die nächsten sechs Monate optimistischer eingeschätzt. Das Klima im Baugewerbe habe sich nach der stürmischen Verbesserung in den vergangenen fünf Monaten auf einem deutlich günstigeren Niveau konsolidiert. Im Groß- und Einzelhandel setzte sich der Erholungsprozeß fort.

Seite 9

Ford erhöht Preise

AP, Köln

Nach dem Volkswagenwerk und Opel erhöht auch die Ford-Werke AG ihre Inlandspreise für Personenwagen. Wie das Unternehmen gestern in Köln mitteilte, werden die fünf Grundmodelle von Donnerstag dieser Woche an um durchschnittlich 2,8 Prozent teurer.

Opec-Hilfe

rtr, Paris

Die Mitgliedsstaaten der Opec haben 1981 gemessen am Bruttosozialprodukt viermal mehr Entwicklungshilfe geleistet als die westlichen Industrieländer. Das geht aus einer vergleichenden Untersuchung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor. Danach hat 1981 die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) 8,18 Milliarden Dollar oder 1,49 Prozent des Bruttosozialprodukts an Entwicklungshilfe geleistet, verglichen mit 25,64 Milliarden Dollar oder 0,35 Prozent des Bruttosozialprodukts der 24 OECD-Mitglieder. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß die Hilfe der Opec sich hauptsächlich auf einige wenige arabische Staaten konzentriert habe, während der Westen vergleichsweise mehr Geld für die ärmsten Länder bereitgestellt habe.

Japan hält Stellung

dpa/VWD, Tokio

Trotz rückläufiger Produktionszahlen hat Japan in dem Ende März abgelaufenen Haushaltsjahr 1982 seine Stellung als weltgrößter Autoproduzent behauptet. Nach einer gestern veröffentlichten Statistik des Hersteller-Verbandes wurden mit 10,8 Millionen Fahrzeugen rund drei Prozent weniger produziert als im Jahr zuvor.

Aktien wieder fest

DW. Frankfurt

Bei lebhaftem Geschäft durch umfangreiche Auslandsorders kam es zu einem Kursanstieg auf breiter Front. Der Rentenmarkt war behauptet. WELT-Aktienindex 139,9 (138,7). Dollarmittelkurs 2,4412 (2,4475) Mark. Goldpreis pro Feinunze 441,55 (437,00) Dollar.

Nach der Niederlage Kreiskys Diskussionen über Koalition

Strebt ÖVP-Chef Mock eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten an?

DW. Wien

Nach dem Ende 13jähriger Alleinregierung der Österreichischen Sozialistischen Partei (SPÖ) unter Bundeskanzler Bruno Kreisky bereiteten sich die Politiker in Wien gestern auf Neuland vor. Entsprechend der Linie, die Kreisky bereits im Wahlkampf für den Fall des Verlusts der absoluten Mehrheit markiert hatte, erwarteten Beobachter das Zustandekommen einer kleinen Koalition der SPÖ mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Das neue Kabinett könnte von Kreiskys Wunschkandidaten für seine Nachfolge, dem bisherigen Vizekanzler und Unterrichtsminister Fred Sinowatz, geführt werden.

Gleichzeitig hat aber der Hauptgegenspieler der SPÖ, der Spitzenkandidat der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), Alois Mock, seine Bereitschaft zu Koalitionsgesprächen mit der SPÖ, die weiterhin die stärkste Partei im Nationalrat ist, unterstrichen. Mock wiederholte gestern seine bereits unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses geäußerte Ankündigung, mit beiden anderen Parteien verhandeln zu wollen. Informationen aus der Parteizentrale der ÖVP besagten, Mock bevorzuge eine große Koalition. Den von verschiedenen Seiten ebenfalls ins Spiel gebrachten Erwägungen, eine aus den drei Parteien bestehende „Konzentrationsregierung" zu bilden, wurden gestern allgemein geringe Aussichten eingeräumt.

SEITE 2:
Beim Abschied leise Servus
SEITE 3:
Das Ende der Ära Kreisky

Das vorläufige Gesamtergebnis der zwölften Nachkriegswahlen in Österreich war am Sonntagabend erst mit mehrstündiger Verspätung veröffentlicht worden. Bei einer Wahlbeteiligung von 90,63 Prozent hatte die Partei Kreiskys 47,8 Prozent der Stimmen erhalten, gegenüber 51,03 Prozent im Jahre 1979. Die ÖVP steigerte ihren Anteil von 41,9 Prozent auf 43,2 Prozent und stabilisierte ihre Position als zweitstärkste politische Kraft in Österreich. Die FPÖ hingegen fiel von 6,06 Prozent auf 4,97 Prozent ab. Wegen des Wahlsystems erhielt sie jedoch trotzdem ein Mandat mehr.

Die Sitzverteilung im Wiener Nationalrat: SPÖ 90 (95), ÖVP 81 (77), FPÖ 12 (11). Erste Analysen des Wahlergebnisses zeigten, daß die Sozialistische Partei Stimmen eher an die Alternativen und Grünen verloren hat als an die ÖVP. Grünen und Alternativen gelang jedoch nicht der Sprung in das Parlament in Wien.

Auch Kreisky vertrat die Auffassung, der Verlust seiner Partei sei nicht zuletzt von den alternativen Gruppen herbeigeführt worden. Der bisherige Bundeskanzler räumte jedoch auch eine Wahlmüdigkeit sozialdemokratischer Wähler ein.

Kreisky war noch in der Wahlnacht von seinem Amt als Regierungschef zurückgetreten. Er erklärte sich aber bereit, für die SPÖ die Verhandlungen zur Regierungsneubildung zu führen.

CSU präzisiert Forderung zur Wende

Sechs-Punkte-Programm zur Deutschlandpolitik / Angriffe gegen FDP-Spitze

dpa/AP, München/Bonn

Die CSU hat gestern ihre Kritik an der Haltung der FDP in der Deutschlandpolitik fortgesetzt und zugleich in einem Sechs-Punkte-Katalog ihre Vorstellungen von einer deutschlandpolitischen Wende präzisiert. Staatssekretär Edmund Stoiber von der bayerischen Staatskanzlei äußerte „Erstaunen" über die Ankündigung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU), daß es in der Deutschlandpolitik keine Wende geben werde.

Stoiber warf der FDP-Spitze „aggressive Profilisierungsversuche" innerhalb der Bonner Koalition vor. Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff müsse „vom Teufel geritten sein, wenn er mit rüden Attacken, die aus der SED-Zentrale stammen könnten, einen Streit zwischen FDP und CSU vom Zaune brechen will". Es sei ein „Skandal, daß ein Mitglied des Bundeskabinetts die dunklen Vorgänge um den Tod des Herrn Burkert mit Worten wie Putzlappen abzutun versucht".

Nachdrücklich wandte sich Stoiber auch gegen die Forderung von Außenminister Genscher, die Einladung an SED-Chef Honecker aufrechtzuerhalten. Ein Besuch sei nur bei klaren Zusagen etwa zur Rücknahme des Zwangsumtauschs sinnvoll.

CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu legte in München ein Sechs-Punkte-Programm zur Deutschland-Politik vor. Darin wird gefordert:

1. „Abbau der Schikanen bei den Grenzabfertigungen seitens der DDR.
2. Das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung muß wieder stimmen.
3. Die CSU tritt für die Einhaltung der Ost-Verträge ein. Sie legt aber größten Wert darauf, daß die Interpretation, die die früheren SPD/FDP-Bundesregierungen sowie das Bundesverfassungsgericht anläßlich der Klage Bayerns den Verträgen gegeben haben und die Positionen, die in den gemeinsamen Entschließungen des Deutschen Bundestages festgeschrieben worden sind, als festgeschriebener Vertragsinhalt auch dem Vertragspartner gegenüber zur Geltung gebracht werde.
4. Die CSU legt Wert darauf, daß Unrecht als Unrecht bezeichnet wird. Eine Grenze mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl kann für uns nie eine normale Grenze sein. Selbstverständliche Menschenrechte sollten auch für die Bürger im Osten Deutschlands eingefordert werden.
5. Es ist notwendig, das Bewußtsein von der nationalen Einheit sowie von der Zielsetzung der Wiedervereiöigung Deutschlands in der Bevölkerung aufrechtzuerhalten und zu fördern.
6. An der Regelung der deutschen Staatsangehörigkeit, die auch für die Bürger der DDR gilt, darf nicht gerüttelt werden."

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler bestätigte nach der Sitzung von CDU-Bundesvorstand und Präsidium, daß Bundeskanzler Kohl „sehr unmißverständlich seine Meinung" zum Streit zwischen CSU und FDP über die Deutschlandpolitik gesagt habe. Es gehe hier nicht um „formale Positionen", sondern um „die Sache", die mit der Regierungserklä-

■ Fortsetzung Seite 8

Schmidt fordert neue Strategie

dpa, Hamburg

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) hat die Vereinigten Staaten zu größerer politischer Beständigkeit und die westliche Allianz zur Entwicklung einer neuen Strategie gegenüber der Sowjetunion aufgefordert.

In einem Vortrag vor Politikern und Publizisten sagte Schmidt in Hamburg, die Europäer und auch die Russen seien irritiert, wenn dieselben Tatsachen von Washington aus alle vier Jahre unterschiedlich interpretiert würden. „Ich wünsche mehr Beständigkeit in den Vereinigten Staaten", erklärte Schmidt. In Washington fehle es außerdem an Rücksichtnahme auf die europäischen Alliierten, auf deren Psychologie und Notwendigkeiten.

Schmidt plädierte für die Entwicklung einer neuen westlichen Strategie gegenüber der Sowjetunion. Dabei müsse vor allem Rücksicht genommen werden auf die öffentliche Meinung in den westlichen Ländern und auf die Diskussion über einen Stopp der nuklearen Rüstung.

„Es wäre ein großer Fehler anzunehmen, wir könnten die Russen mit einer Strategie abschrecken, die von unseren Völkern nicht akzeptiert wird", fügte der frühere Bundeskanzler hinzu.

Seite 2: So sprunghaft sind die Amerikaner gar nicht

Fragen an Universitäten

Welt-Rektorenkonferenz in München eröffnet

PETER SCHMALZ, München

Als „zentrale Frage" für die Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland hat es der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, George Turner, bezeichnet, ob die Universitäten in Zukunft mehr eine Generalisierung der Ausbildung anstreben oder die Spezialisierung stärker betonen sollen.

Bei der Eröffnung der ersten Welt-Rektorenkonferenz in der Bundesrepublik Deutschland sagte Turner in Anwesenheit von Bundespräsident Karl Carstens gestern in München, die Universitäten müßten eine doppelte Aufgabe bewältigen: „Einerseits die notwendige fachliche Kompetenz vermitteln, andererseits aber auch das Bewußtsein dafür entwickeln und schärfen, daß jegliche Tätigkeit in einem speziellen fachlichen Bereich in vielfältige allgemeinere Zusammenhänge hineingestellt ist." Die globalen Herausforderungen der wirtschaftlichen Probleme und der Erhaltung des Friedens erforderten zu ihrer Lösung langfristig angelegte Strategien.

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß forderte in seinem Grußwort die Rektorenkonferenz auf, sich auch mit den Folgen der „quantitativ ausgerichteten Bildungspolitik vor allem der siebziger Jahre" zu befassen. Er wies auf die Gefahren für die Arbeit der Universitäten durch den „Studentenberg" hin, auf die „Bedrängnis durch die Studentenmassen". Strauß merkte aber zugleich an, daß es eine völlig befriedigende Übereinstimmung in dem „elenden Spannungsverhältnis der Notwendigkeit, eine kreative, produktive, geniale Elite zu schaffen und andererseits die Hochschule sozial zu öffnen", nicht geben könne.

Der bayerische Kultusminister Hans Maier forderte die Universitäten auf, sich nicht nur als eine höhere Berufsschule zu verstehen. Sie dürften sich allerdings auch nicht der Aufgabe entziehen, auf Berufe vorzubereiten, die die Beherrschung wissenschaftlicher Methoden voraussetzen.

Die „Zukunft des Universitätswesens" steht im Zentrum des viertägigen Münchener Kongresses, zum dem 180 Repräsentanten von Hochschulen aus 80 Ländern in die bayerische Landeshauptstadt gekommen sind. Die Wissenschaftler wollen einen Kompromiß finden zwischen dem Anspruch an das Studium, grundsätzliche Erkenntnisse zu vermitteln und zur flexiblen Bewältigung von Problemen auszubilden, sowie dem Verlangen, hochspezialisierte Absolventen heranzuziehen.

Weitere Ausweisungen aus den USA?

FBI: Ein Drittel der Ostblock-Diplomaten in Amerika arbeitet für Geheimdienste

AFP/DW. Washington

Die USA werden in den nächsten Monaten möglicherweise weitere sowjetische Diplomaten unter dem Vorwurf der Spionage ausweisen. Der Direktor der US-Bundespolizei FBI, William Webster, schätzt, daß etwa ein Drittel der in den Vereinigten Staaten akkreditierten Diplomaten aus Ost-Block-Staaten eine Tätigkeit ausüben, die als Spionage betrachtet werden kann.

Im CBS-Fernsehen sagte der FBI-Chef, 30 bis 40 Prozent der Ostblock-Diplomaten besäßen Verantwortlichkeiten, Ausbildungen oder Aufgaben, die zum Arbeitsbereich der Geheimdienste gehörten. Die Nachrichtendienste der Sowjetunion und anderer kommunistischer Länder hätten es in jüngster Zeit vor allem auf Spitzenerzeugnisse der westlichen Technologie abgesehen wie Laser-, Mikro- und Computertechnik.

Der FBI-Chef berichtete, der von ihm beschriebene Personenkreis versuche, sich Musterstücke zu verschaffen und sie über Drittländer auszuführen, die nicht den strengen Exportbeschränkungen der amerikanischen Behörden unterliegen. Die USA hatten in der vergangenen Woche drei sowjetische Funktionäre wegen Spionage-Verdacht ausgewiesen. Auf die jüngste Ausweisungs-Welle angesprochen, sagte Webster, er glaube nicht, daß es vor den entsprechenden Entscheidungen zu einer Abstimmung gekommen sei.

Die „New York Times" hatte unter Berufung auf Regierungskreise berichtet, die jüngste Ausweisung von drei sowjetischen Diplomaten aus den Vereinigten Staaten sei Teil konzentrierter Bemühungen des Westens, die Ausfuhr von Erzeugnissen der Spitzentechnologie in den Ostblock zu verhindern. Ungenannte Regierungsvertreter erklärten in derselben Zeitung, die betroffenen Länder hätten sich über die vorgesehenen Maßnahmen zwar gegenseitig unterrichtet, sie aber nicht aufeinander abgestimmt. Ähnlich äußerte sich ein Vertreter des Weißen Hauses. Er stellte für die nächsten Monate weitere Ausweisungen in Aussicht.

In Bonn wird sich die Parlamentarische Kontrollorganisation des Bundestages in dieser Woche mit der Frage befassen, ob die Bundesregierung dem Beispiel anderer Länder folgen und Diplomaten aus osteuropäischen Staaten, die als Spione enttarnt sind, des Landes verweisen soll. Insgesamt 238 Angehörige der Ständigen Vertretung der „DDR", der osteuropäischen Botschaften und der staatlichen Niederlassungen osteuropäischer Länder gelten als „erkannte" Geheimdienstmitarbeiter.

DER KOMMENTAR

Superlative – montiert

HORST STEIN

Daß der Ernstfall oder auch das unabweisbare Gefühl, einem historischen Augenblick beizuwohnen, die Deutschen vor den Bildschirm nötigt, das weiß man seit der Mondlandung und dem Mauerbau. Auch pure Spannung, verquickt mit dem Bedürfnis nach nationaler Selbsterhöhung, zum Beispiel bei einer herzhaften Fußball-WM, ist allemal hohe Einschaltquoten wert. Wenn sich aber 15 Millionen bis kurz vor Mitternacht einem schieren Spektakel hingeben, so muß man fragen: Warum? Was macht den Sog dieser Fiktion namens „Denver-Clan" aus, daß nahezu jeder zweite Fernsehfähige runde zweieinviertel Stunden ausharrte, die Zaungäste in Rostock oder Linz, in Basel, Straßburg oder Löwen nicht mitgerechnet?

Ein krudes Epos, gewiß, diese Familien-Saga aus dem Lande, wo das schwarze Gold und die Dollars fließen, aber – eben – gemacht aus dem Stoff, aus dem die Mythen sind; es gehe zu, schrieb ein Kritiker, wie im Alten Testament: die Mächtigen und die Toren, die Schurken und die Sünderinnen, sie alle verstrickt in den immerwährenden Kampf um die Weideplätze, um Gut und Böse. Und es sind Archetypen, glaubhafte Verkörperungen der zwiespältigen Menschennatur, die da im Taylor-made auf immergrünem Rasen wandeln; blutvoller, böser auch und schöner als die resopalenen Geschöpfe aus der Reißbrett-Serie „Dallas".

Der „Denver-Clan" simuliert mit seinem brutalen schönen Schein Einblicke in des Lebens Vollzug, suggeriert Teilhabe an den Werkstatt-Geheimnissen einer säkularisierten Schöpfungsgeschichte: So also treiben es Milliardäre und Magnaten, so ereignen sich Aufstieg und Niedergang; was wir immer ahnten, nun wissen wir es. Der Normalzuschauer wird zum Doktor Allwissend.

Wer sein „Dallas"-Pensum gelernt hat und den garstigen Bösewicht J. R. ausreichend verinnerlicht, der freut sich nun schon darauf, im „Denver-Clan" dessen weiblichem Gegenstück zu begegnen – noch abgefeimter, noch verschlagener. Denn das gehört nun mal zum Seriengeschäft, welches die Amerikaner beherrschen wie niemand sonst, daß die wahre Erfolgs-Mixtur in der raffinierten Montage von Superlativen besteht. Wir werden uns 35 Mittwochabende lang daran ergötzen können.

Glemp warnt die Polen vor Gefahren am 1. Mai

Walesa: Ich werde dort sein, wo die Arbeiter sind

dpa/KNA/DW. Warschau

Mit einer Warnung vor „Gefahren" hat sich jetzt Primas Kardinal Jozef Glemp in die Diskussion um die von der „Solidarität" angekündigten Mai-Demonstrationen eingeschaltet.

Nach einem Gottesdienst zu Ehren des Nationalheiligen Adalbert wandte sich Glemp vom Balkon des Bischofspalastes in Gnesen an die Arbeiter: „Die Kirche hat nicht über die Art und Weise zu entscheiden, wie der 1. Mai gefeiert wird, aber es ist unsere Pflicht, euch vor Gefahren zu warnen. Denn – wo auch immer Demonstrationen stattfinden – könnten sich Ereignisse, die gegen den Willen der Organisatoren sind, abspielen." Und unter dem Beifall der Zuhörer fügte er hinzu: „Wir werden uns darum bemühen, daß alle Gefangenen befreit werden, und daß all denjenigen, die von ihrer Arbeit entlassen wurden, erneut die Rechte erhalten, die ihnen als Menschen zustehen."

Die polnischen Medien setzten gestern ihre massive Kampagne gegen den separaten Mai-Aufruf der „Solidarität" fort. Als „Solidarität" legal gewesen sei, hätten ihre Führer sich nicht an Arbeiterdemonstrationen beteiligen wollen, jetzt aber wollten sie den 1. Mai ausnutzen, um der Welt zu beweisen, daß Polen immer noch ein unruhiges Land sei, kommentierte die offizielle Nachrichtenagentur PAP. Presse, Rundfunk und Fernsehen brachten außerdem ausführliche Meldungen über ein – angeblich – zweifelhaftes Finanzgebaren der Führer der unabhängigen Gewerkschaft.

Auch die Armeezeitung „Zolnierz Wolnosci" schrieb, der Untergrund versuche, am 1. Mai seine Stärke zu zeigen. Seine Pläne stünden im Widerspruch „zu den allgemeinen gesellschaftlichen Interessen, den Interessen des Staates, dem Interesse Polens – ganz zu schweigen von den Interessen der arbeitenden Klasse".

In Danzig kehrte Arbeiterführer Lech Walesa als Arbeiter in die Lenin-Werft zurück. An seinem ersten Arbeitstag wurde er vom Betriebsarzt untersucht und über Sicherheit am Arbeitsplatz unterrichtet. Als er, wie mit dem Betriebsarzt vereinbart, um sieben Uhr mit seinem weißen VW-Bus vor der Werft vorfuhr, hatte die Frühschicht bereits begonnen. Trotz des Gedränges westlicher Korrespondenten und Fotoreporter um ihn wurde sein Kommen kaum beachtet. Walesa versicherte, er sei zufrieden, an seinen Arbeitsplatz als Arbeiter zurückkehren zu können. Er wird als Elektromonteur in derselben Werkstatt beschäftigt, in der er früher gearbeitet hat.

Auf die Frage, ob er den neuen Gewerkschaften beitreten werde, sagte Walesa, er bleibe „Solidarität" treu. Zum 1. Mai werde er dort sein, „wo die Arbeitermassen sind". Walesa hatte sich seinen eigenen Angaben nach am 9. bis 11. April mit den Führern der Untergrundorganisation von „Solidarität" getroffen. Auf dieser Sitzung hatten diese den Aufruf zu Gegenkundgebungen und einem Boykott der offiziellen Aufmärsche verfaßt. Einzelheiten der Organisierung und der Art und Weise von Kundgebungen wurde jedoch den örtlichen geheimen Organisationen der verbotenen Gewerkschaft überlassen.

Einer der Unterzeichner des Appells, der Chef der Untergrundorganisation von Breslau (Wroclaw), Jozef Pinior, ist inzwischen verhaftet worden.

Heute in der WELT

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wenn Ärzte verweigern

Von Peter Gillies

Eine Ärzte-Initiative ruft dazu auf, die Ausbildung in Katastrophenmedizin zu verweigern, weil in einem Krieg, gar einem atomaren, Hilfe unmöglich sei. Vielmehr sei ein Hilfeangebot für die Bürger irreführend und stelle eine „Beihilfe auf dem Weg ins Verderben" dar, wie es am Wochenende auf einem Kongreß der Ärztlichen Internationale „zur Verhinderung eines Nuklearkrieges" hieß.

Nun ist es Ärzten unbenommen, sich den Friedensbewegten oder anderen Neigungen des gesellschaftlichen Lebens hinzugeben. Aber die Auslegung ihres ärztlichen Ethos muß Patienten nachdenklich stimmen.

Ein Arzt hat Leben zu retten und Krankheiten zu heilen. Er ist zur Fortbildung verpflichtet. Beides ist nicht politikabhängig. Dazu gehört auch die Ausbildung für Katastrophen – die schrecklichste eingeschlossen. Sich auf das Schlimmste einstellen bedeutet jedoch nicht, die Apokalypse herbeizurufen – eher das Gegenteil. Oder kann man sich im Ernst vorstellen, daß jemand frohgemut den Atomkrieg befürwortet, weil ein Arzt in der Nähe Katastrophenschutz geübt hat? Kennen diese Ärzte jemanden, der schon mal bedenkenlos mit dem Motorrad gegen einen Baum gerast ist, weil er Erste Hilfe gelernt hat?

Man wird an eine weitere Boykott-Initiative erinnert, die geschworen hat, Medizinen einer gewissen Pharma-Firma nie mehr zu verschreiben, weil diese mit Giftfässern ins Gerede geriet. Wenn diese Medizin die bestgeeignete ist, aber dem Patienten aus „politischen" Gründen verweigert wird, ist das das Gegenteil von ärztlichem Ethos und fordert selbst zum Boykott seitens der Patienten heraus.

Diese Halbgötter in Grün überschätzen sich. Die einschlägige Katastrophenboykott-Initiative nennt die Resonanz von dreihundert Ärzten (bei insgesamt 178 000) selbst „eher dürftig". Gut so, sonst litte Hippokrates an Hypokrisie.

Türkische Hoffnung

Von Manfred Neuber

Der türkische Staatschef, General Kenan Evren, hält den Zeitplan der Militärs für die Rückkehr zu einer „kontrollierten Demokratie" ein. Bis zum Jahresende soll in Ankara wieder eine durch Wahlen legitimierte Regierung amtieren.

Das Referendum über die neue Verfassung vom vorigen Herbst, durch das sich Evren bereits als Präsident bestätigen ließ, öffnete den Weg zur Normalisierung. Jetzt ist ein Parteiengesetz verabschiedet worden, und in Kürze soll ein neues Wahlgesetz folgen.

Die Fleißarbeit der Beratenden Versammlung und des Nationalen Sicherheitsrates, der nach dem Putsch vom 12. September 1980 als Entscheidungsträger fungiert, vermag freilich ein Problem nicht zu lösen: die Gründung neuer Parteien ohne alte Politiker „mit Vergangenheit".

Alle führenden Köpfe der alten Formationen sind durch einen Bann ausgeschaltet, alle politisch interessierten Kräfte im Staatsapparat, an den Hochschulen und in den Streitkräften dürfen sich nicht parteipolitisch betätigen. Die Verbote haben ein Vakuum geschaffen.

Wenn nicht alles täuscht, werden die beiden stärksten Kräfte, die mit den Namen Demirel und Ecevit verbunden sind, unter neuen Namen und mit Steuerung aus dem Hintergrund die Szene wieder beherrschen wollen. Also „byzantinische Ränkespiele" (so Evren dieser Tage) wie gehabt?

Ein großer Teil der Bevölkerung, der einen Rückfall in die Anarchie vor dem Machtwechsel 1980 verabscheut, hofft auf eine neue liberal-konservative Partei der Mitte, die mit Rückenstärkung des gegenwärtigen Regimes entstehen könnte. Sie sollte die Türkei aus dem Wechselbad von Chaos und Repression herausführen.

Admiral Bülend Ulusu, derzeit Ministerpräsident, hat abgewinkt; General i. R. Turgut Sunalp macht sich nun Hoffnung auf die Führung einer staatstragenden Partei. In den Kulissen wartet Turgut Özal, der „Architekt der wirtschaftlichen Gesundung" der Türkei auf seine Stunde – die für sein Land eine Sternstunde werden könnte.

Hüte dich fein

Von Eberhard Nitschke

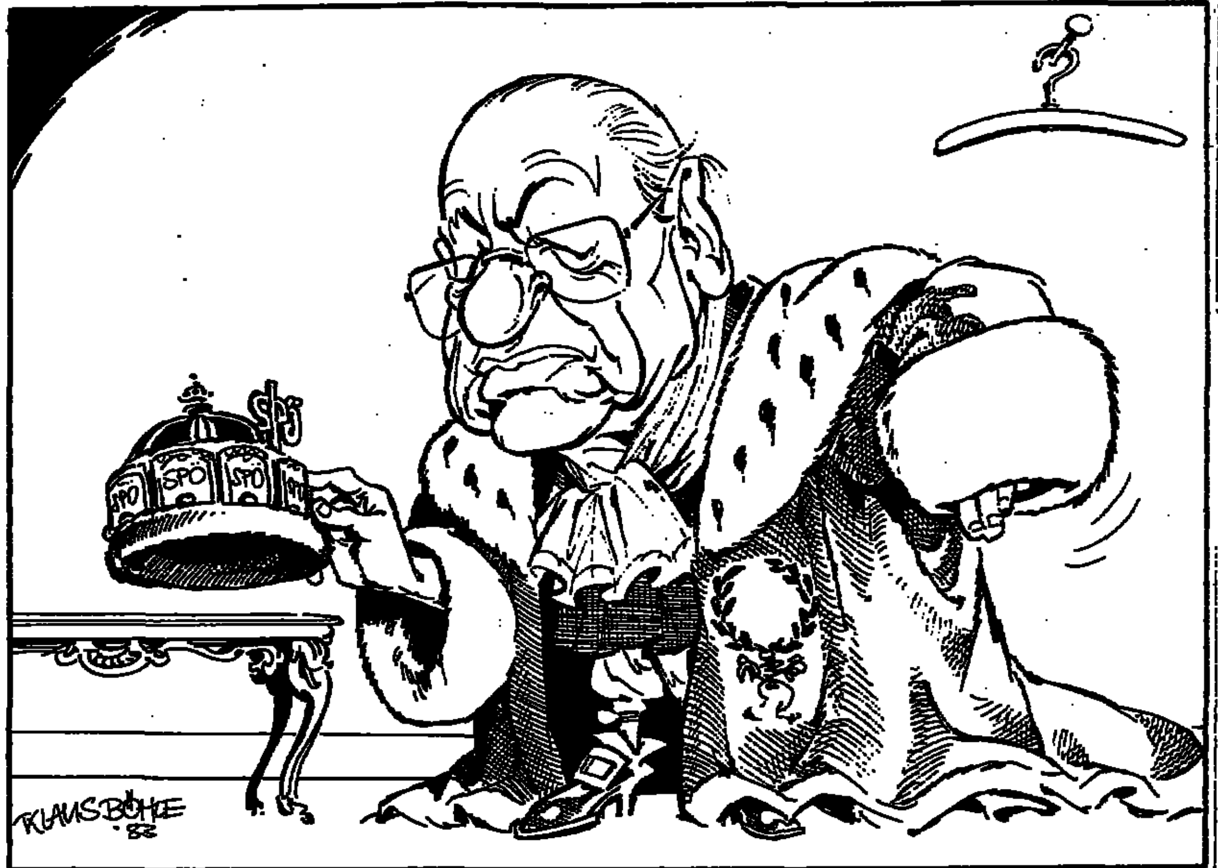
Urplötzlich ist sie aus der Mode gekommen, wie die abgetragene Politik von gestern. Tausendfach hatte man sie angeschafft, um Sympathie zu bekunden, nicht zuletzt, wenn es opportun war und man in Amtsstuben saß, das offensichtlich richtige Parteibuch in der Tasche. Denn kreiert hatte das Ding, das unter dem falschen Namen „Prinz-Heinrich-Mütze" zum Erstaunen der Öffentlichkeit um die Welt getragen wurde, der Bundeskanzler bis 1982, Helmut Schmidt.

Wo sind die vielen Mützen dieses Zuschnitts geblieben, die man gestern noch auf den Straßen sah? Der politische Wind hat sie davongeweht, und niemand diskutiert mehr darüber, ob es sich bei dieser Kopftracht etwa um eine „Elbsegler"- oder eine „Helgoländer Lotsen-Mütze" handelt.

Es steht nicht zu vermuten, daß diesem wunderlichen Stück Amtskleidung literarischer Nachruhm zuteil wird, wie etwa jenem Gessler-Hut, dessen Nicht-Ehrung mit größeren Gefahren zur Amtszeit des Inhabers verbunden war als einer bloßen Laufbahnhemmung.

Zu zweifeln ist auch, ob das Original der Mütze einmal, wie Adenauers Pepita-Hütchen, im Museum unter einem Glassturz zu sehen sein wird. Der erste Kanzler, der bei Staatsbesuchen im Zylinder zu sehen war, hat diesen Bibi nur in den Ferien und als Rentner aufgehabt. Im Amt war er nicht so kleinkariert.

Schwer einzusehen, warum Schmidt die nicht eben viel seriösere Mütze von der Waterkant, nachdem sich die Karikaturisten des Artikels erst einmal bemächtigt hatten, unbeeindruckt zum Staats-Deckel erhob. Der von ihm so verehrte Alt-Sozialist August Bebel, dessen Ölbild als Ikone hinter seinem Schreibtisch hing, dachte da anders. Philipp Scheidemann, der 1919 die Revolution ausrief, erinnert sich: „Ich habe Bebel im Reichstag nie anders als im schwarzen Gehrock gesehen. Für ihn war das wirklich das ‚hohe Haus'." Eigentlich nicht schlecht, wenn sich staatliche Würde ohne Mütze zeigt, ob es damals die Ballonmütze war oder was immer.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Beim Abschied leise Servus

Von Herbert Kremp

Ja, der Kreisky. Nein, haben die Österreicher zu ihm gesagt, nachdem er sie vor die Alternative gestellt hatte, ihn mit absoluter Mehrheit zu erhalten oder überhaupt nicht mehr. So überzogen originell war er. Auch autoritär im patriarchalischen Sinne. Eine Mischung aus Kaiser Franz Joseph I., unter dessen weitem und straffem Mantel er in wohlhabendem Hause in Böhmen aufwuchs – dort wurde das Tuch für die uniformierte Monarchie produziert – und dem „Bürgerkönig" Louis Philippe. Vielleicht war auch ein Quentchen Marcel Proust dabei, eine brummige Suche nach der verlorenen Zeit.

Wie jeder ordentliche Sozialist stürzte Kreisky über die Wirtschaftspolitik. Einzig der Langmut und Gutmütigkeit der österreichischen Deutschen ist es zuzuschreiben, daß die Niederlage, für die sich der Reichs-Begriff der Wende einzuschleichen beginnt, nicht gründlicher ausfiel. Österreich hat eine österreichische Lösung gewählt. Ein bissel was weg von den filzhabenden Sozis, ein bissel was hin zu den filzwollenden Volksparteilern, und nix für die Grünen-Alternativen, die Gespaltenen, deren Salzburger Volksschauspieler Fux die Bauern und Städter doch mehr angefressen hat als begeistert. Ist Österreich nicht ohnehin grün genug? Was macht dort eigentlich das Waldsterben?

Dreizehn Jahre lang hat Kreisky am Ballhausplatz regiert, länger als der Vortragende Schmidt und der Nachtragende Brandt. Epochal, sozusagen. Furore hat er gemacht, sich außenpolitisch aufgemandelt. Als Assimilierter entwickelte er eine antizionistische Nahost-Politik, die vielleicht im Verhältnis zum Rüstungsexport, aber keinesfalls zur Landesgröße stand. Von Obsession darf gesprochen werden. Allein, die Österreicher störte das gar nicht. Selbst die Photographie, die den Bundeskanzler zeigte, wie er das alpenungewohnte Khadhafi-Buberl an der Hand hielt, der ölreichen, wurde im würdigen Gastgebertone kommentiert. Man war direkt stolz darauf, was der Kreisky auf dem großen Parkett so alles aufführte, im Ernst gesagt, sich leistete. In dieser Hinsicht war er ein echter und weithin anerkannter „Neutraler".

Die Russen bekamen das auch zu spüren; da sie Amüsement nicht kennen, sicher zum Ärger. Ein durch nichts zu irritierender Westler war der österreichische Neutrale, eine antileninistische Autorität. Oft hat er's ihnen gezeigt; zu Afghanistan beispielsweise mußte er sich nicht so quälen wie Amtsbruder Schmidt. Auch zu Polen sagte er den Moskauern rundheraus, was ein freier, politischer Mensch über die Linksfaschisten dort zu sagen hat. Alles fand Echo, was er oft aperçumäßig hinwarf – nicht immer Anklang. Der Kanzler hat für sich Bleibendes getan. Es erscheint schon als etwas Besonderes, als besondere Qualität, wenn das Wort eines Politikers, nach dessen Divisionen niemand fragt, Sanktion ist.

Kreisky wußte natürlich, daß Österreich und die Bundesrepublik Deutschland nicht so weit auseinander sind, wie die Verfassungen es wollen, und er sprach deshalb von der „ansteckenden Gefahr" des 6. März, nach dem er wohl am liebsten eine Straße im 13. Bezirk benennen würde. Wütend, bewußt verletzend äußerte er sich nach der Wahlniederlage der Parteifreunde in Deutschland über die Sozialdemokraten dort, deren ideologisches Getändel ihm, dem aufgelegten Nicht-Ideologen, widerlich ist und verderbenbringend vorkommt. So etwas ließen er und der Benya in Partei und Gewerkschaften nicht zu. Aber er hing sich, quod erat demonstrandum, doch zu siegesgewiß aus dem Fenster, als er vor ein paar Wochen den deutschen Genossen sagte, der Kanzler müsse auch immer der Parteiführer sein, damit es so gut geht wie bei ihm. Nun mußte er, sich selbst beim Wort nehmend, zurücktreten und hat damit selber seine Quadratur, der Kreisky.



Auch mal an ölreicher Hand: Khadhafi, Kreisky FOTO: UPI

Was ihn die Epochenmacht kostete, war wahrscheinlich die Epoche: Er regierte bis zum Wursteln. Bei dem besonderen Beitrag der Sozialisten zur Weltkultur, der Elephantiasis der Bürokratie, waren Skandale nicht zu vermeiden und nicht auszuräumen. Die lustigste Volksrepublik der Geschichte ist in Wahrheit ein korporativer Staat, in dieser Hinsicht Schweden ähnlicher als Deutschland, eine Masteinrichtung für Gruppen und Ämter, Hofräte und Hausmeister. Auch der Mock, der den Aufschwung seiner Volkspartei über die Große Koalition sucht (die er nicht bekommt), vermag an dieser Verfassungssubstanz nichts zu mendeln. Sie bleibt, sie wächst, auch über Kreisky und Benya hinaus, sie wird das Charakteristikum selbst der sozial-liberalen Koalition sein, die der Alt-Kanzler mit einer FPÖ sucht, die sich frohgemut „rechtsliberal und völkisch" nennt.

Der alte Schwede wird's schon richten. Das Wahlergebnis, langfristig Tendenzwende verheißend, macht freilich deutlich, daß die Österreicher die formidable Verschuldung ihres Gemeinwesens, den unsozialen Nonsens der Quellensteuer, die Investitions- und Innovationsunfähigkeit der Staatsindustrie und die nur noch schwer zu kaschierende Arbeitslosigkeit bemerkt haben. Das sind die Gründe für die sozialdemokratischen Verluste, die Kreisky zu seiner persönlichen Niederlage erklärt hat. Er zog die Konsequenzen, um als Staatsmann in Erinnerung zu bleiben. Die Ära ist beendet, und Österreich wird es überleben.

IM GESPRÄCH John Glenn

Heroischer Spätstarter

Von Thomas Kielinger

Seit acht Jahren gehört er, der Senator aus Ohio, ins „Oberhaus" des amerikanischen Kongresses. Und doch kann niemand so recht sagen, was sein politisches Programm, seine politische Philosophie ist. Das tut seinem Image aber keinen Abbruch, denn alle Welt kennt ihn noch immer als John Glenn, den Astronauten, der im Jahre 1962 in seiner Mercury-Kapsel „Friendship 7" als erster amerikanischer Raumfahrer den Erdball umrundete.

Eine solche Tat versetzt den, der sie vollbringt, ins Pantheon der amerikanischen Verehrung, zumal wenn auch ein Autor wie Thomas Wolfe in einem berühmt gewordenen Buch „The Right Stuff", John Glenn als Proto-Piloten des Raumzeitalters zu feiern wußte. Aus solchem Stoff sind Legenden gewirkt – oder Kandidaten für das Präsidentenamt der Vereinigten Staaten.

So wundert es nicht, John Glenn heute, zwanzig Jahre nach seiner glorreichen NASA-Zeit, als Präsidentschaftskandidaten seiner Partei, der Demokraten, wiederzufinden. Glenn eröffnete seine Kandidatur in der vorigen Woche, der sechste Prätendent für das Rennen 1984.

Glenns Herkunft, aus den ländlichen Breiten Ohios, stempelt ihn eigentlich zum klassischen Vertreter von „Middle America" und seinen traditionellen Tugenden: Arbeit, Treue, Patriotismus, Leistungshingabe. Aber er wirft Reagan vor, seine Versprechen von 1980 nicht gehalten zu haben. Der Anhänger Roosevelts und Kennedys kritisiert den heutigen Präsidenten wegen angeblicher sozialer Ungerechtigkeit und mangelndem Verständnis für die technologische Revolution, der Amerika entgegengeht.

Das sind Standard-Argumente aus dem Arsenal der demokratischen Präsidentschaftskandidaten. Wie seine Kollegen Walter Mondale, Ernest Hollings, Gary



Für einen Präsidentschaftskandidaten recht trocken: Ex-Astronaut Senator Glenn FOTO: CAMERA PRESS

Hart, Reubin Askew und Alan Cranston stimmt John Glenn obendrein voll der Rhetorik der antinuklearen „Freeze"-Bewegung zu – auch er, der Kenner. Kurzum, Glenn sagt alles, was man im zeitgenössischen amerikanischen Milieu sagen muß, will man als Herausforderer Reagans antreten. Genügt das, ihm den Sieg über die demokratischen Mitbewerber zu sichern?

Seine Wahlmanager behaupten, der 61jährige habe das gewisse Etwas, das schon einmal, 1952, einen Helden der Moderne, General Eisenhower, in die Herzen der Amerikaner getragen habe. Glenn hat im Krieg fünfmal die höchste Tapferkeits-Auszeichnung und achtzehn weitere Luftkampf-Ehrungen errungen. In den Senat kam er allerdings erst 1974, zwölf Jahre nach seinem Epoche-Flug, und als Redner wirkt der Familienvater (zwei Kinder) so monoton, daß Jimmy Carter ihn 1976 als Kandidaten für das Vizepräsidentenamt sofort fallen ließ. Bisher hat er nicht viel Feuer dazu gewonnen; man wird sehen, ob der Wahlkampf ihn inspiriert.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE FIGARO

Wer hat ein Interesse daran, die Hitler-Tagebücher – gleichviel ob echt oder gefälscht – gerade jetzt an die Öffentlichkeit zu bringen? Diese Frage bestimmt das mediale Echo:

Die geheimnisvolle Art und Weise, in der diese Dokumente aufgefunden wurden, erlaubt tatsächlich alle möglichen Annahmen, kommerzieller oder anderer Natur, einschließlich die Vermutung, daß es sich um enorme Machenschaften von östlichen Geheimdiensten oder Personen handelt, die dem Nationalsozialismus nachtrauern. Eine politische Operation? **(Paris)**

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Hier heißt es über die Koalitionsquerelen zur Deutschlandpolitik:

Es ist reichlich früh für einen Zwist, wenn schon vor der Regierungserklärung des Kanzlers die Gegensätze derart laut aufbrechen. Die bayerische CSU möchte in der Deutschlandpolitik eine Wende eingeleitet sehen. Wer allzu hart auftrumpft, muß mit einem negativen Echo rechnen. Er erreicht auch nicht das Prinzip der Leistung und Gegenleistung ... Kohl will und kann es nicht mit Strauß, dem verhinderten Außenminister, verderben; zum anderen aber muß er klarmachen, daß die Richtlinien der Politik in Bonn bestimmt werden. Die FDP will schließlich Arbeitspartner sein und nicht nur Mehrheitsbeschaffer. Wer Änderungen im Verhältnis zur DDR einleiten will, sollte dies sorgfältig tun, aber es sollte nicht mit der Brechstange geschehen.

STRAUBINGER TAGEBLATT

Die Zeitung merkt zum bevorstehenden großen Weizendeal zwischen Washington und Moskau an:

Ein vollständiges und vor allem offenkundiges Einvernehmen mit Washington über das explosive Problem des Osthandels ist nach wie vor nicht in Sicht. Schon scheint sich eine düstere Wiederholung der Auseinandersetzungen vom letzten Weltwirtschaftsgipfel in Versailles für die nächste Konferenz in Williamsburg Ende Mai anzubahnen. Da kam Reagans Wunsch nach einem neuen Weizenlieferungsvertrag mit Moskau gerade zur rechten Zeit, um Washington erneut an die verschiedenen Interessen der Bündnispartner zu erinnern. Reichlich eine Woche nach den Gesprächen des Bundeskanzlers und seines Außenministers in Washington, bei denen die Deutschen große Übereinstimmung entdeckt hatten, stellte Hans-Dietrich Genscher mit fast ungewohnter Deutlichkeit fest, der amerikanische Weizenverkauf „belege", wie sehr Washington eigene Interessen wahrnehme, dadurch ja auch zur Ost/West-Stabilisierung beitrage, und daß schließlich die Liefermöglichkeiten für die Verbündeten unterschiedlich seien.

Schwarzwälder Bote

Das in Oberndorf herausgegebene Blatt befaßt sich mit den amerikanischen Weizenlieferungen an die Sowjetunion:

Ronald Reagan, dem Präsidenten der USA, ist ein pragmatisches Verhältnis zu den Interessen seiner Wähler nicht abzusprechen. Da stellt er auch antikommunistische Überzeugungen zurück, vergißt er gar seine Reden über das schlechthin Böse, das im Kreml am Werke ist. Rechtzeitig im Vorfeld der nächsten Präsidentschaftswahlen ist Reagan eingefallen, daß die USA ein großer Getreideexporteur sind und der weltpolitische Gegenspieler Sowjetunion ein großer Getreideimporteur ist ... Die europäischen Partner Washingtons sollten erst gar nicht den Versuch machen, Reagan an den Pranger zu stellen. Zeigt sein Vorgehen doch, daß er nun den Versuch ernsthaft nicht mehr unternehmen kann, auf dem bevorstehenden westlichen Wirtschaftsgipfel in Williamsburg eine handelspolitische Strafaktion gegen sozialistisch regierte Staatshandelsländer anzustreben.

So sprunghaft sind die Amerikaner gar nicht

Des kritischen Atlantikers kurzes Gedächtnis / Von Wilfried Hertz-Eichenrode

So lange sich der Nachruhm noch vermarkten läßt, schiebt Helmut Schmidt zwischen seine abgeschlossene akive Kanzlerschaft und seine zukünftige Rolle eines „Elder Statesman" lukrative Vortragsreisen. Ins heimatliche Hamburg zurückgekehrt, ließ er sich auch dort vernehmen – was dpa mit ganzen 21 Zeilen Nachrichten-Text honorierte. Schicksal eines Altkanzlers. Dabei sagte er, was er mit größerem Aufmerksamkeitswert auch als Kanzler gesagt hatte: Er wünsche mehr Beständigkeit in den Vereinigten Staaten.

Bei Amerika-Freund Schmidt darf man davon ausgehen, daß er den Amerikanern den wohlmeinenden Rat geben will, sich um mehr berechenbare Partnerschaft zu bemühen. Aber er leistet auf seine Weise einer von der Vogel/Bahr-SPD geförderten Unlust an den USA Vorschub, wenn er seinen Ratschlag in die Wendung kleidet, die Europäer und auch die Russen seien irritiert, wenn dieselben Tatsachen von Washington aus alle vier Jahre unterschiedlich interpretiert würden. Schmidt ließ den Vorwurf folgen, in Washington fehle es an Rücksichtnahme auf die europäischen Alliierten.

Es fragt sich, ob die so plausibel klingenden Einlassungen Schmidts sachlich richtig sind. Ist es vielmehr nicht so, daß die Europäer sich beharrlich weigern, bestimmte langfristige Tendenzen der amerikanischen Politik zur Kenntnis zu nehmen und sich selber eine Sisyphus-Arbeit einreden, wenn sie klagen, sie müßten jeden neu gewählten US-Präsidenten erst auf die europäische Linie trimmen?

Beispiel 1: In Europa sind die Erfahrungen, welche die Amerikaner mit den Sowjets gemacht haben, nicht nachvollzogen worden. Wer spricht noch von Nixons grandiosem Versuch, die beiden Welt-Atommächte mit der Moskauer Gipfel-Erklärung von 1972 über „Grundlagen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA" zur Détente besonderer Art zu verbinden? Détente besonderer Art deshalb, weil ein gemeinsamer Verhaltenskodex Gewähr bieten sollte, daß die Gefahr eines Atomkrieges gar nicht mehr entstehe. Schon ein Jahr später zerstörte Moskau mit seiner bedrohlichen Haltung im Yom-Kippur-Krieg diese Détente in ihrem Kern. Präsident Ford zog 1976 den Begriff *„Entspannung"* aus dem Verkehr. Die Europäer ignorierten das.

Zweites Beispiel: Gegenwärtig kocht in Sachen KSZE ein Konflikt zwischen den Europäern und den Amerikanern, zum Glück kocht er auf Sparflamme. Auf der Nachfolge-Konferenz in Madrid wünschen die Europäer, die Sowjetunion nicht zu überfordern, während die USA einen konsequenten Kurs der Menschenrechte durchsetzen wollen. Das ist aber keineswegs eine neuartige Haltung des „neokonservativen" Präsidenten Reagan. Schon Jimmy Carter hatte aus Überzeugung eine ehrliche Politik der Menschenrechte zu seinem Programm erhoben. Die Europäer nahmen es ihm übel – voran Schmidt und dessen Freund Giscard.

Im Jahre 1977 hatte Washington Mühe, Schmidts Unmut zu besänftigen, und das gelang auch nur mit salomonischen Künsten. Der deutsche Kanzler – so wurde damals berichtet – sei nicht bereit gewesen, den englischen Begriff „Human Rights" zu verwenden, er habe auf „Basic Rights" (Grundrechte) bestanden; der Ausweg wurde in der Formulierung „Basic Human Rights" gefunden.

Zur selben Zeit hielt Giscard Präsident Carter vor, er verletze den „Verhaltenskodex der Entspannungspolitik". Carter setze die Détente aufs Spiel. Dies geschah just in jenem Jahr, in dem Schmidt wegen der sowjetischen SS-20-Raketen Alarm schlug!

Es kann kein Zweifel sein, daß die Amerikaner die Haltung der Verbündeten in der Menschenrechtsfrage als kontinentaleuropäisch zynisch empfinden müssen, sogar auch dann, wenn sie sich Schmidts Hinweisen auf die sechzehn Millionen Deutschen, die jenseits der Demarkationslinie leben müssen, nicht verschließen.

Beispiel 3: Washington erwartet von Bonn den Abbruch der Wirtschaftshilfe an Nicaragua. Das ist keineswegs eine Marotte Reagans. Die Comandantes der Sandinisten sind 1979 mit Carters Hilfe an die Macht gekommen. Aber Carter mußte schnell umlernen. Eine seiner letzten Amtshandlungen war, die Hilfe an Nicaragua einzustellen.

Es ist über Präsidentenwahlen hinweg mehr Kontinuität in der amerikanischen Politik, als Schmidt glauben machen will (so berechtigt auch einst sein Unwille über die Sprunghaftigkeit Carters gewesen sein mag). Allerdings scheint es so zu sein, daß eben diese amerikanische Kontinuität manchen Europäern wenig paßt – schon gar nicht jenen, die wie Willy Brandt meinten, Breschnew zittere, wo es um den Weltfrieden gehe. Breschnew zitterte kein bißchen, als er Afghanistan überfiel.

Zweifel an „Hitler-Tagebüchern" bleiben – Der Kronzeuge beginnt zu wanken

Von UWE BAHNSEN

Auch nach einer zum Teil turbulent verlaufenen Pressekonferenz der Illustrierten „Stern" im Redaktionshaus des Blattes an der Hamburger Warburgstraße bleibt die Frage, ob die vom „Stern" aufgefundenen und Hitler zugeschriebenen 60 Tagebücher von des Diktators eigener Hand stammen, im wesentlichen offen.

Der renommierte britische Historiker Hugh Trevor-Roper, inzwischen von der Queen geadelt und nunmehr Lord Dacre, den der „Stern" als wissenschaftlichen Gutachter für die Echtheit der Tagebücher in die Hansestadt hatte einfliegen lassen, äußerte sich im Gegensatz zu früheren Erklärungen zu diesem Thema betont vorsichtig: „Wir können von der provisorischen Annahme ausgehen, daß diese Dokumente echt sind." Ein endgültiger Schlußbeweis, so fügte der Historiker hinzu, sei erst nach einer lückenlosen, gründlichen Sichtung und Prüfung des gesamten Materials möglich. Alle vorliegenden Texte müßten zuvor „historisch durchleuchtet" worden sein.

„Wissenschaft dem Journalismus geopfert"

Trevor-Roper bedauerte, daß es zu einer solchen Prüfung bislang nicht gekommen sei und daß man wissenschaftliche Gepflogenheiten offenbar einer „bestimmten Art von journalistischen Schulen" geopfert habe. Weiter bemängelte er, daß bekannte deutsche Zeithistoriker bislang nicht die Möglichkeit erhalten hätten, Einsicht in die bereits seit Jahren vorliegenden Dokumente zu nehmen. Einer der Gründe, die Tagebücher für echt zu halten, sei für ihn der bloße Umfang des Materials gewesen, das er habe einsehen können; Fälschungen in solchen Mengen seien kaum vorstellbar. Trevor-Roper, der nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes im Auftrag des britischen Geheimdienstes zahlreiche Augen- und Ohrenzeugen der letzten Monate Hitlers aufgespürt und vernommen hatte, war noch vor einigen Tagen sicher gewesen, es handele sich um die authentischen Aufzeichnungen Hitlers.

Zu einer vorsichtigeren Beurteilung ist er offenkundig in den letzten Tagen gelangt, nachdem bekannte deutsche Zeithistoriker wie Werner Maser, Eberhard Jäckel, Helmuth Krausnick und Karl-Dietrich Bracher, aber auch der britische Hitler-Forscher David Irving massive Zweifel an der Echtheit der vom „Stern" präsentierten Aufzeichnungen angemeldet hatten.

Diese Kritiker attackierte „Stern"-Chefredakteur Peter Koch zum Beginn der Pressekonferenz, deren Ablauf den Veranstaltern zeitweilig außer Kontrolle geriet, mit der Bemerkung, der „Stern" habe sich an Historiker gewandt, die im Gegensatz zu Werner Maser und David Irving einen Namen zu verlieren hätten. Zudem sei es verwunderlich, wenn ein Forscher wie Professor Jäckel in dieser Sache „Ferndiagnosen" von sich gebe, obwohl er das Material bislang nicht gesehen habe.

Den zahlreichen, aus dem In- und Ausland erschienenen Journalisten wurde ein vom „Stern" hergestellter und von dem Publizisten Klaus Harpprecht moderierter Film über die Tagebücher vorgeführt, in dem der „Stern"-Reporter Gerd Heidemann seine jahrelangen Recherchen in dieser Sache schilderte. Heidemann weigerte sich jedoch in diesem Film-Interview ebenso wie die beiden „Stern"-Chefredakteure Peter Koch und Felix Schmidt, in der Pressekonferenz auch nur andeutungsweise zu sagen, wer das Material aus den Trümmern der am frühen Morgen des 21. April 1945 in der Umgebung der Gemeinde Börnersdorf südlich von Dresden abgestürzten JU 352 geborgen, wer es verwahrt und wer es dem „Stern" zugänglich gemacht hat. Auch Angaben darüber, wo die Unterlagen in den vergangenen Jahrzehnten gelagert wurden und welche Honorarbeträge der „Stern" für die Tagebücher gezahlt hat, verweigerten die Redakteure.

Die Tatsache, daß es bislang keinerlei Beweiskette von der Bergung des Materials bis zu seiner Entdeckung gibt, erwies sich in der Pressekonferenz als das entscheidende Hindernis für die volle Glaubwürdigkeit der „Stern"-These, es handele sich um authentische Tagebücher. Chefredakteur Peter Koch räumte ein, in der Redaktion habe es zunächst durchaus starke Bedenken gegeben, die sich auf die bekannte Abneigung Hitlers bezogen hätten, Handschriftliches aufzuzeichnen. Hinzu komme die Schüttellähmung während seiner letzten Lebensjahre, von der jedoch nur die linke Körperhälfte erfaßt gewesen sei. Dann sei aber im Verlauf der Recherchen die Spur des Flugzeugs entdeckt worden, mit dem die Unterlagen zum Flughafen Ainring bei Salzburg transportiert werden sollten.

David Irving nannte die Unterlagen Fälschungen

Heidemann schilderte in dem Film-Interview, wie es ihm durch einen einfachen Anruf bei der ehemaligen Wehrmachtsauskunftsstelle in Berlin gelungen sei, die genaue Absturzstelle des Flugzeuges zu ermitteln, und wie er in Börnersdorf die Gräber der verunglückten Flugzeugbesatzung entdeckt habe. Das Material sei von Bauern, die den Absturz beobachteten, geborgen und kurz darauf von einer „kleinen Wehrmachtseinheit" vor der heranrückenden Roten Armee in Sicherheit gebracht worden. Auf die Frage, weshalb die Aufzeichnungen so lange geheimgehalten wurden, meinte der Reporter: „Das sind ja keine Journalisten, die haben alles für sich behalten".

Entgegen bisherigen Vermutungen, wonach die Akten jahrelang in einem Heuschober bei Börnersdorf gelegen haben sollen, stellte Heidemann klar, sie seien sofort in den Westen gebracht worden. Es sei ihm auch erst jetzt gelungen, die letzten Bände der Aufzeichnungen zu bekommen. Seine Informanten, so fügte der Journalist hinzu, hätten bisher keine Veranlassung gehabt, mit ihrem Wissen über die Aufzeichnungen oder mit den Tagebüchern selbst an die Öffentlichkeit zu gehen, „denn sonst hätten sie sich selbst entlarven müssen". Er aber habe seinen Gesprächspartnern absoluten Quellenschutz zugesichert und werde sich auch künftig strikt daran halten. Als „Türöffner" für Heidemanns Gespräche mit früheren NS-Funktionären vor allem in Südamerika fungierte, wie aus dem Film hervorging, der frühere NS-General Karl Wolff, der sich in einem Film-Interview auch dazu bekannte. Zu Heidemanns Gesprächspartnern gehörte auch Klaus Barbie, der inzwischen in französischer Haft einsitzende Gestapo-Chef von Lyon.

Turbulent wurde die Pressekonferenz, als der britische Zeithistoriker David Irving an ein Saalmikrofon trat und in einer persönlichen Erklärung unter Hinweis auf ähnliches Material, das ihm selbst zugegangen sei, die vom „Stern" vorgelegten Unterlagen als Fälschungen bezeichnete. Weiter bemängelte Irving, daß bislang wichtige wissenschaftliche Analysen, etwa im Hinblick auf die benutzte Tinte, offenbar nicht stattgefunden hätten.

Die „Stern"-Redaktion legte zum Nachweis dafür, daß es sich um authentisches Material handele, ein chemisches Gutachten zur Altersbestimmung des Papiers, drei Gutachten zu Schriftproben und dazu eine Expertise des amerikanischen Geschichtsprofessors Gerhard Ludwig Weinberg vor. Der Diplom-Chemiker Arnold Renz, ein öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für Papieruntersuchungen und zugleich Gutachter für das Koblenzer Bundesarchiv, prüfte zwei leere Blätter aus den Tagebüchern. Er kam zu dem Schluß, daß sie vor oder während des Zweiten Weltkriegs gefertigt wurden, und zwar in den dreißiger oder Anfang der vierziger Jahre.

Das Landeskriminalamt von Rheinland-Pfalz, das ebenfalls für das Bundesarchiv tätig ist, der inzwischen verstorbene Schweizer Sachverständige Max Frei-Sulzer und der amerikanische Gerichtsgutachter Ordway Hilton untersuchten Schriftproben und kamen übereinstimmend zu der Auffassung, daß sie von Hitlers Hand stammen. Ebenso äußerte sich Weinberg, der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Dokumente aus der NS-Zeit auswertet: Ihm scheine „der Gedanke fast unvorstellbar, daß jemand eine so ungeheure Menge in jedem Fall handgeschriebenen Materials gefälscht hat". Hitler habe außerdem Hunderte von Seiten selbst unterzeichnet, was eine Fälschung „noch weniger wahrscheinlich macht".



Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit verzichtet der 72jährige Bruno Kreisky auf das Amt des österreichischen Regierungschefs. Ein Amt, das der Vorsitzende der SPÖ seit 1970 innehatte. FOTO: DARCHINGER

Das Ende der Ära Kreisky

Von CARL G. STRÖHM

„Der Verlust von 3,2 Prozent der Stimmen ist eine eindeutige Niederlage der SPÖ." Mit diesen Worten Bruno Kreiskys, der 13 Jahre lang als Bundeskanzler eine absolute Mehrheit der Sozialisten erfolgreich verteidigt und ausgebaut hatte, geht eine ganze Ära österreichischer Geschichte zu Ende. Kreisky, der einst sieggewohnte „Kaiser", stand am Sonntagabend in der Wiener Hofburg fast verloren vor den surrenden Kameras und den vielen Fotografen: ein alter Mann, der seine letzte große Schlacht im Kampf um die Parlamentswahl verlorengeben mußte und der nun mit gedämpfter Stimme, äußerlich gefaßt, aber im Inneren offenbar zutiefst bewegt und aufgewühlt, seinen Rückzug aus der aktiven Politik bekanntgab. Er werde sowohl als Bundeskanzler wie auch zu einem späteren Zeitpunkt als Parteivorsitzender zurücktreten.

Zweifellos verläßt damit der letzte große europäische Sozialdemokrat die politische Bühne. Kreisky war ein Jahr nach Willy Brandt Bundeskanzler geworden, mit dem ihn aus skandinavischen Tagen eine gewisse Freundschaft verband. Er ist acht Monate nach Helmut Schmidt gescheitert, wobei der letzte SPD-Kanzler in mancher Hinsicht eine ihm ähnliche Grundhaltung repräsentierte. Dennoch ist Kreisky von anderem, sicher um vieles bedeutenderem Format als seine beiden deutschen Genossen und Amtskollegen. Er ist ein Sozialdemokrat aus großbürgerlichem Hause – und er war ein Intellektueller in der Politik. Beides hat es ihm ermöglicht, politische Sympathien in jenen Schichten zu erzielen, die normalerweise nicht sozialistisch wählen. Die Kreisky-Wähler – er selber bezeichnete sie als „Liberale, die mit uns (Sozialisten) gemeinsam ein Stück des Weges gehen" – mochten etwa 5 bis 6 Prozent betragen. Sie allein sicherten den Sozialisten Österreichs seit 1971 konstant ein ums andere Mal die absolute Mehrheit. Der Kreisky-Effekt verstärkte sich noch durch die Tatsache, daß es dem SPÖ-Kanzler gelang, die christlich-demokratische Österreichische Volkspartei von einer Niederlage in die andere zu treiben – so daß führende ÖVP-Politiker bis vor kurzem auf ihn blickten wie das Kaninchen auf die Schlange. Die alles verändernde Bedeutung des 24. April 1983 für Österreich liegt nun in zwei Tatsachen: Der Kreisky-Effekt wurde erstmals gebrochen. Zum ersten Mal seit 1966 verzeichnete die ÖVP überdies wieder Stimmen- und Mandatsgewinne. Ein Teil der Kreisky-Wähler ist an diesem Tage dem alten Kanzler nicht mehr gefolgt.

Dabei waren die allgemeine Tendenzwende in Mitteleuropa, das Verblassen der Sozialdemokratie, also der von Kreisky für Österreich bis zuletzt bestrittene „deutsche Effekt" ebenso wirksam wie das Alter des Kanzlers: Manche Kreisky-Wähler trauten dem alt gewordenen und mit Gesundheitsproblemen ringenden SPÖ-Chef nicht mehr die Lösung der Probleme zu, die während der nächsten vier Jahre auf Österreich zukommen werden. Eine Rolle spielte sicher auch das wachsende Mißtrauen gerade kritischer Wählerschichten in die Finanz- und Wirtschaftspolitik Kreiskys. Die Parole „Lieber Schulden als Arbeitslose", die auch in Deutschland den Sozialdemokraten nicht mehr geglaubt wurde, stieß in der Alpenrepublik ebenfalls auf wachsende Skepsis, ja Ablehnung. Eine gewisse Selbstherrlichkeit des Kanzlers – der etwa ein Volksbegehren gegen den Bau des Wiener Kongreßzentrums mit 1,3 Millionen Unterschriften beiseite gewischt hatte – schlug ebenso gegen ihn aus wie die Ankündigung zusätzlicher Steuern, vor allem einer Besteuerung der Sparbuchzinsen.

Kreisky selber war schon seit Wochen von trüben Ahnungen geplagt. Im vertraulichen Gespräch mit Journalisten meinte er noch mitten im Wahlkampf, „einmal müsse Schluß sein". Der Kanzler spürte, daß er keinen Rückenwind mehr für seinen Kurs hatte. Die Zeit des sozialdemokratischen Verteilens war angesichts wachsender Staatsschulden zu Ende. Sein Versprechen, die Arbeitslosigkeit unter der 3-Prozent-Marke zu halten, ließ sich nicht einlösen. Heute liegt sie zwischen vier und fünf Prozent. Irgendwie zeigte sich, daß er kein Wirtschaftler, sondern ein Politiker war: ein Mann, der ökonomische Entscheidungen unter politischen Gesichtspunkten zu fällen pflegte – nicht umgekehrt.

So sprach der Kanzler auch in seinem Wahlkampf von vergangenen Erfolgen: von den siebziger Jahren, als Österreich unter seiner Führung einen beachtlichen Aufschwung nahm, als die kleine, bisher arme Republik ihr eigenes Wirtschaftswunder erlebte und als Wien – sicher dank Kreisky – auch in der internationalen Politik eine Rolle zu spielen begann. Im Vergleich zu allen anderen Sozialdemokraten West- und Mitteleuropas ist Kreisky ein Mann von ungewöhnlicher Weltläufigkeit: Irgendwie lebte in ihm, der in Südmähren, also auf dem Boden der heutigen Tschechoslowakei geboren wurde, ein Stück der Weite Alt-Österreichs. Die Grenzen der zweiten Republik schienen ihm manchmal fast zu eng – und wer mit ihm sprach, meinte bald festzustellen, daß ihn Außenpolitik, Weltpolitik, die Probleme zwischen Ost und West oder Nord und Süd weitaus stärker interessierten als der innenpolitische Alltag mit seinem Kleinkram und Ärgernissen. Vielleicht ist dies auch einer der Gründe, warum Kreisky nicht gewillt ist, als Chef einer Koalitionsregierung zu bleiben: Das ewige Feilschen mit anderen Parteien, so gab er zu verstehen, sei ihm zu lästig und widerwärtig.

Auf die „Bürgerlichen" im weitesten Sinne hat dieser Sozialist stets eine eigentümliche Faszination ausgeübt. Seine bevorzugten Gesprächspartner waren nicht linke, sondern im Grunde konservative oder liberale Journalisten. Er war berühmt für seine furchtlose Offenheit im Gespräch – und gefürchtet wegen seiner Grantigkeit und mancher sarkastischer Bemerkungen. Ist er ein Marxist? Auf seine alten Tage hat er gelegentlich mit „linken" Ideen kokettiert – aber manchmal erschien das mehr Taktik zu sein, um die Linke in der eigenen Partei ruhig zu halten. In seinen außenpolitischen Analysen war er viel zu pragmatisch, um sich ideologisch festlegen zu lassen. Im Gegensatz zu vielen deutschen Sozialdemokraten ist Kreisky viel schärfer in der Kritik und im Durchschauen des kommunistischen Systems. Während einer Wahlreise vor wenigen Tagen begann er im Zugabteil plötzlich über das Schicksal der baltischen Staaten zu sprechen, deren Auslöschung durch die Sowjetunion er 1940 als Augenzeuge ebenso erlebt hatte wie den finnischen Winterkrieg. Seine österreichische Ostpolitik war im gewissen Sinne ein Vorläufer der späteren Brandt-Politik. Der Unterschied lag darin, daß er sich über seine Verhandlungspartner keine ideologischen Illusionen machte.

Mit seinem Abgang wird der Wiener Ballhausplatz notgedrungen einiges von der bisherigen Faszination verlieren. Es wird in Österreich mehr kleinstaatliche Routine geben – wie es eben normal ist. Manche von Kreiskys Aktionen waren ja in ihren Wirkungen und ihrem Nutzen für Österreich wohl auch zweifelhaft: etwa seine Leidenschaft für den Nahen Osten, seine intensiven Kontakte zu Arafat, gelegentlich auch zu Khadhafi – und seine Aversion gegen Israel. War letzteres die Abneigung des emanzipierten, im Geiste des Liberalismus und Sozialismus aufgewachsenen Juden gegen den Zionismus? Kreisky jedenfalls hat das Judentum stets eher als religiöse Konzession denn als Nation betrachtet.

Über die „Brücke der Versöhnung" Besuch in Berlin

Von F. DIEDERICHS

Sie sitzen an liebevoll gedeckten Vierertischen, auf der blütenweißen Tischdecke der Strauß mit den frischen Osterglocken und die Platte mit den kalten Häppchen. 200 Damen und Herren im Sonntagsstaat, deren gemeinsame Vergangenheit sie an diesem Morgen in einem Berliner Hotel zusammenkommen ließ. Berlin begrüßt sie an diesem Apriltag mit strahlendem Sonnenschein.

Sie sind nicht nur als Touristen an die Spree gereist. Sie wollen vielmehr gemeinsam jene Pfade betreten, die Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker später als „die schmerzlichen Wege der Erinnerung" charakterisiert. Es sind 200 jüdische Mitbürger Berlins, die vor der NS-Verfolgung emigrierten und heute in den USA und Kanada leben.

Seit sie vor dem Holocaust fliehen mußten, haben die meisten von ihnen die Stadt ihrer Mütter und Väter nicht wiedergesehen. Über die „Brücke der Versöhnung" folgen sie nun jenen 13 000 nach, die seit 1969 die Einladung des Berliner Senats zur „Aktion Wiedersehen" annahmen. „Weitere 12 000 ehemalige Berliner stehen noch auf der Warteliste", sagen die Organisatoren.

Hilde und Otto Sandelowsky aus dem Städtchen Lakehurst im amerikanischen Bundesstaat New Jersey fassen die Eindrücke eines halben Tages Begegnung mit der alten Heimat zusammen: Ihr, der ehemaligen Kinderschwester im Jüdischen Krankenhaus im Gesundbrunnen, gehen nach den ersten Schritten in der „Stadt meiner Jugend", die jungen Leute nicht aus dem Kopf, „die mit den kurzen grünen Haaren". „Punker", sagt die 61jährige dann, „für die wäre in unserer Heimat in Lakehurst (New Jersey) wohl kaum ein Platz." Hier, an der Spree, erfüllt sich für sie die Prognose Richard von Weizsäckers, sie würde „ein völlig verändertes Berlin vorfinden". Den Kurfürstendamm erkennt sie ebensowenig wieder wie das Haus in der Bleibtreustraße, wo sie als junges Mädchen zweimal ausgebombt wurde. Berlin ist verändert, für Otto Sandelowsky der Weg ins „Kaufhaus des Westens", der Pocketkamera wegen, „um die Erinnerungen festzuhalten". Doch die Erinnerungen sind geblieben.

Hilde Sandelowski entging dem Transport ins KZ in letzter Minute, als sich ein Arzt des Krankenhauses für die schon zum Transport Abgesonderte einsetzt: „Wir brauchen die Hilde doch im Spital." Die „unbesungenen Helden" von einst, jene Berliner, die verfolgten Juden zur Seite standen, wird sie auch seit dem Tag nicht vergessen, als ihr in der Straßenbahn ein Arbeiter heimlich zwei Äpfel in die großen Taschen ihrer grauen Leinenjacke schob. Einer Jacke, an deren Vorderseite für alle erkennbar der gelbe Stern prangte.

Als Richard von Weizsäcker vor der Reisegruppe das „Gefühl der Menschlichkeit, das in Berlin nie ausgestorben ist", beschwört, nickt nicht nur Hilde Sandelowsky zustimmend.

Die Wege der Erinnerung an einer Stelle zu beschreiten, wo einst die Angst vor der Gestapo die Furcht vor Feuer und Bomben übertraf, fällt der Berlinerin aus Lakehurst leichter als ihrem Mann Otto, den sie in den USA kennenlernte. Der gebürtige Preuße aus Königsberg emigrierte vor den Nationalsozialisten über Dänemark nach New York.

„Es hat mich Überwindung gekostet, nach Berlin zu kommen", sagt Otto Sandelowsky. „Würden Sie einen Mann meines Alters in Deutschland ansprechen, ohne zu wissen, ob er ein alter Nazi ist?" Deshalb wird sich Otto Sandelowsky in Berlin zwar am offiziellen Programm beteiligen, den Reden der Politiker lauschen, Verdis „Maskenball" und Zuckmayers „Hauptmann von Köpenick" im Parkett verfolgen. Doch mit Gleichaltrigen sprechen? „Nein", sagt er, „ich schaffe das einfach nicht mehr, auch wenn meine Hilde immer sagt: Otto, die Angst ist nun vorbei."

Als dann Richard von Weizsäcker von „bewegenden Stunden des Wiedersehens" spricht, aber auch die Reisenden in die Vergangenheit zur Tagespolitik drängt und den „unmenschlichen und widersinnigen Zustand der Teilung" in Worte zu kleiden sucht, sitzen 200 ehemalige Berliner vor ihren Sektgläsern und applaudieren dem Mann, der ihnen versichert, durch ihren Besuch wieder eine Brücke der Versöhnung geschlagen zu haben.

Parteitag über arbeitslose Jugendliche

STEFAN HEYDECK, Bonn

Vorstandswahlen und das Problem der Jugendarbeitslosigkeit stehen im Mittelpunkt des 31. CDU-Parteitags, der am 25. und 26. Mai in Köln stattfindet. Die 750 Delegierten werden am ersten Tag den Vorsitzenden, seine sieben Stellvertreter, den Schatzmeister und 20 weitere Mitglieder der Parteiführung wählen.

Bisher steht fest, daß Alfred Dregger auf eine neue Stellvertreter-Kandidatur verzichtet. Er gehört automatisch als Fraktionsführer dem CDU-Präsidium an. Das gilt auch für Bundestagspräsident Rainer Barzel, der als ehemaliger CDU-Vorsitzender bisher kooptiertes Mitglied war. Für Dregger soll Walter Wallmann nachrücken, der als hessischer Landesvorsitzender dessen Nachfolge angetreten hatte. Deshalb wird es voraussichtlich zwischen den rheinischen und westfälischen CDU-Chefs, Bernhard Worms und Kurt Biedenkopf, zu einer Kampfabstimmung kommen. Am zweiten Tag wollen die Delegierten über die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beraten. Anhand der Ergebnisse wird die „Zukunftskommission Jugend" einen Antrag erarbeiten, der auf einem „kleinen Parteitag" im Frühjahr 1984 verabschiedet werden soll.

Carstens läßt „DDR"-Reise offen

hey. Bonn

Die Teilnahme von Bundespräsident Karl Carstens an einer der Feierlichkeiten zum Luther-Jahr in der „DDR" ist nach wie vor offen. Als möglicher Termin wird in Bonn der 10. November genannt. Dann findet in Eisleben eine kirchliche Abschlußfeier statt. Einen Tag vorher hat das staatliche Luther-Komitee der „DDR" einen Festakt in Ost-Berlin vorgesehen.

Fest steht, daß Carstens nicht zu den am Mittwoch nächster Woche beginnenden offiziellen Bedenkfeierlichkeiten auf die Wartburg fahren wird. Bonn wird durch seinen Ständigen Vertreter in Ost-Berlin, Bräutigam, vertreten sein.

„DDR" informiert über Todesfall

hrk. Berlin

Offenbar auf höhere Weisung berichtete die SED-Zeitung „Neues Deutschland" in ihrer Montagsausgabe auf der Titelseite ausführlich über den Herztod einer älteren Frau aus der Bundesrepublik Deutschland, die sich im Wagen ihres Sohnes unterwegs im „DDR"-Bezirk Schwerin befand. Es handelte sich dabei nicht um eine Transitfahrt, wie im Falle des unter noch nicht geklärten Umständen verstorbenen Rudolf Burkert, sondern um eine Besuchsfahrt innerhalb Mecklenburgs.

In der ausführlichen ADN-Meldung heißt es, die „BRD-Bürgerin Anna Crede" habe in der Nacht zum vergangenen Sonntag, 24. April, auf der Fahrt in Richtung Anklam einen Herzanfall erlitten. Daraufhin sei ihr Sohn Erich unverzüglich zum Grenzübergang Selmsdorf (bei Lübeck) zurückgekehrt. Ein alarmierter Arzt aus dem Krankenhaus in Grevesmühlen, der nach zehn Minuten eingetroffen sei, habe nur noch den Tod der älteren Dame „infolge Herzversagens" feststellen können. Abschließend hieß es in der Meldung, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der „DDR" habe die Ständige Vertretung Bonns über den Vorfall verständigt.

Die ausführliche Darlegung unterscheidet sich wesentlich von der mit neuntägiger Verspätung am vergangenen Montag auf Seite 19 des „Neuen Deutschland" veröffentlichten 15-Zeilen-Notiz über den Tod Burkerts. Sie war überdies mit der polemischen Überschrift „Springer-Lüge" versehen und sagte nichts über den Hergang des Todesfalles Burkert.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Das sibirische Gas hilft dem Senat beim Sparen

Von H.-R. KARUTZ

War zu Balzacs Zeiten der (Markt) „Bauch von Paris" ein literarischer Begriff, könnte Berlins poröses Innenleben bald zum technologischen Wunderwerk werden: Der Ende März besiegelte Vertrag zwischen Moskau, Ost-Berlin, der „Ruhrgas" und dem Berliner Gaswerk GASAG sieht auch vor, in einer Buntsandsteinhöhle unter der märkischen Sandkrume rund eine Milliarde Erdgas zu speichern. Diese „Heiz-Blase", so fordern die Alliierten – kommunistischer Blockaden eingedenk –, muß wenigstens ein Jahr lang auch in punkto Energie durchhalten können.

Das Abkommen – in die Alltagssprache übersetzt – bringt vor allem die „Allgas"-Herde zu Ehren. Wer unter den 400 000 Berliner Hausfrauen allerdings nicht über ein solches modernes Küchengerät

Landesbericht Berlin

verfügt, muß mindestens „für 30 bis 40 Mark" (ein GASAG-Experte) die Düsen wechseln. „Mehr als 100 Mark" kostet es, wenn neue Brenner eingebaut werden müssen. „Nur sehr alte Modelle" will das Senats-Unternehmen gegen neue Küchenwunder tauschen. Allein die Umrüstung der Herde und Gasspeicheröfen kostet das städtische Unternehmen 130 Millionen Mark...

„Insgesamt sind Investitionskosten von rund 1,2 Milliarden Mark aufzubringen", macht Berlins Senator für die städtischen Betriebe, Edmund Wronski (CDU), eine weitere Rechnung auf. Rund 70 Prozent dieser Ausgaben sollen jedoch helfen, die Auftragskladden der Berliner Wirtschaft zu füllen.

Aber es wäre eine Milchmädchen-Rechnung, diese Unsummen dem Sibirien-Gasvertrag anzulasten: Berlin mußte bisher, aus seiner Insellage verständlich, das teuerste Gas der Welt herstellen – aus Leichtbenzin gespalten und somit vom jeweiligen Weltmarkt-Ölpreis abhängig. „Auch ohne den Erdgasvertrag *hätten wir deshalb das alte* Stadtgas-Netz in den nächsten Jahren für rund 400 Millionen Mark ausbauen müssen", machte Senator Wronski bei der Feier des Erdgas-Kontraktes die Gegenrechnung auf. Berlins Gaspreise dehnten sich in den vergangenen Jahren so stark, daß die Kunden bisweilen zweimal im Jahr neue Tarifstaffeln lernen mußten. 1982 glättete der Senat ein Defizit von 142 Millionen Mark.

Berlins künftiger Gasanschluß ist von vielen Absonderlichkeiten geprägt:

● Erich Honeckers wichtigster Devisen-Beschaffer, Staatssekretär und „Held der Arbeit" Alexander Schalck-Golodkowski (SED), führte auf „DDR"-Seite selbst die Verhandlungen über die Höhe der Transitleitungs-Baukosten. Man einigte sich auf 235 Millionen Mark – eine Million pro Kilometer!

● Ost-Berlin „überbaut" zum erstenmal selbst über die Westberliner Stadtgrenze vom „DDR"-Kreis Königs-Wusterhausen aus in den amerikanischen Sektor hinein. Erst in letzter Minute verzichtete die „DDR" in einem Gespräch zwischen Schalck und Staatssekretär Hans Otto Bräutigam im Februar 1983 darauf, wegen eines 50 Meter langen und rund 30 Meter breiten Streifens von West-Berlin, das dabei berührt wird, einen förmlichen „Staatsvertrag" zwischen dem Senat und Ost-Berlin zu schließen.

● Noch immer ohne endgültig befriedigende technische Antwort ist die Frage, ob die „DDR" von der nicht völlig dichten Sandsteinschicht um die Gasblase im Bauch von Berlin profitieren kann. Denn das Gas kann plötzlich irgendwo in der Nähe West-Berlins auf „DDR"-Gebiet entweichen...

● Das Herzstück des Erdgasspeichers liegt in rund 1000 Meter Tiefe unter olympischem Areal – unmittelbar neben Hitlers „Reichssportfeld". Dort befindet sich heute das britische Hauptquartier. Die Probebohrungen wegen der Dichtigkeit des Buntsandsteins führten polnische Spezialisten durch, die bei der bundeseigenen „Preussag" innerhalb von Monaten in DM soviel verdienten, wie sie in Zloty daheim in einigen Jahren bekommen hätten.

Die sowjetisch-deutsch-deutsche Gas-GmbH löst sich erst nach 25 Jahren, frühestens im Jahre 2008, auf. Bis dahin sind die abenteuerlichen Überlegungen wohl längst Geschichte, die beispielsweise noch bis vor drei Jahren vom alten sozialliberalen Berliner Senat erwogen wurden: Man wollte auf 160 Grad Celsius tiefgekühltes Flüssiggas aus Algerien, per Schiff bis Wilhelmshaven transportiert, anschließend mit Spezialwaggons oder Schubschiffen quer durch die „*DDR*" nach Berlin bringen lassen.

Denn das Sowjet-Gas aus dem fernen Sibirien, das auch München wärmt und erleuchtet, soll schon einmal zu einer „stinkenden Dunstglocke" geworden sein. So berichtete der damalige Wirtschaftssenator Wolfgang Lüder (FDP). Aber mit derlei Anrüchigkeiten rechnet in Berlin niemand. In fünf Jahren braten, sieden und backen West-Hausfrauen und Ost-Junggesellen auf gemeinsamem sibirischem Feuer.

EG-Gesetz stärkt Rolle der Frau

Bonn sieht die Durchsetzung der Gleichberechtigung im Berufsleben verbessert

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Frauen sind nicht belastbar", „Frauen können schwanger werden" oder die lapidare Feststellung: „Wir haben im Betrieb keine Damentoilette" sind nach einem Bericht der Bundesregierung über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz immer noch Aussagen, die eine Benachteiligung von Frauen im Arbeitsleben bewirken.

Der Bericht war vom Deutschen Bundestag bei der Bundesregierung vor zwei Jahren angefordert worden. Der Auftrag lautete, daß man über Erfahrungen mit dem die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz betreffenden Teil des arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes und seinen feststellbaren positiven Wirkungen informiert werden möchte. Trotz aller negativen Mitteilungen, die von zwei Dutzend befragten Organisationen zu der jetzt vorliegenden Drucksache 10/14 des Deutschen Bundestages beigetragen wurden, wird hier zusammenfassend gesagt: „Das Arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz trägt zur Durchsetzung des verfassungsrechtlichen Gebotes der Gleichberechtigung im Arbeitsleben bei. Es sei besser als sein Ruf", denn schließlich gehe es „um eine Umgewöhnung von über Jahrzehnte praktizierten Verhaltensweisen".

Kennzeichnend für die Situation sind zwei im Bericht zitierte Gerichtsentscheidungen zur Frage der Ablehnung der Einstellung in einen Betrieb wegen bestehender Schwangerschaft. Das Bundesarbeitsgericht hatte 1961 entschieden, daß bei Einstellungsverhandlungen die „in angemessener Form" gestellte Frage des Arbeitgebers nach einer Schwangerschaft zulässig sei. Das Arbeitsgericht Frankfurt urteilte in gleicher Sache 1982, daß eine solche Frage gegen das Benachteiligungsverbot verstoße und damit unzulässig sei.

Der Arbeitsstab Frauenpolitik beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit trug wörtliche Zitate aus Firmen-Ablehnungsschreiben an weibliche Bewerber für Anstellungen zusammen. Mit Wendungen wie „... und müssen wir Ihnen leider mitteilen, daß mit dieser Position eine Reisetätigkeit verbunden ist und wir daher einen Herren für die Stelle suchen" werde gegen das EG-Anpassungsgesetz verstoßen.

Aufgezählt werden ferner von der „Leitstelle Gleichstellung der Frau" des Hamburger Senats ermittelte unterschiedliche Befristungen des Arbeitsverhältnisses für Männer und Frauen, wobei die Frauen gehalten sind, bereits mit 60 Jahren aus der Firma auszuscheiden, die männlichen Kollegen erst mit 65. Nur in drei Prozent aller Fälle, so die Deutsche Angestelltengewerkschaft, würden Frauen wegen ihrer Benachteiligung im Berufsleben gerichtlich klagen.

Im zweiten Berichtsteil, in dem nach dem Auftrag des Bundestages dargelegt werden soll, wo außerhalb des Arbeitslebens Benachteiligungen von Frauen feststellbar sind, wird für den Bereich „Medien" darauf hingewiesen, daß sich im Jahr 1982 unter 170 Auslandskorrespondenten der ARD nur eine Frau befunden habe.

Streit um Professor wird Politikum

Minister Schwier wirft Stuttgarter Regierung „Praktik von Bundesligavereinen" vor

PETER PHILIPPS, Bonn

Um die Berufung des Stuttgarter Wissenschaftlers Ernst Lüder zum Leiter eines Fraunhofer-Institutes hat sich zwischen den Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ein so heftiger Streit entzündet, daß der Düsseldorfer Wissenschaftsminister Hans Schwier sogar vom möglichen Ausstieg aus der gemeinsamen Forschungsfinanzierung der Bundesländer spricht.

Einstimmig hatte der Bund-Länder-Ausschuß der Fraunhofer-Gesellschaft am 27. Januar 1982 den Beschluß dieser Forschungseinrichtung begrüßt, an der Gesamthochschule Duisburg ein Institut für Mikroelektronik zu errichten. In den Gremien der Fraunhofer-Gesellschaft, die dann die weiteren Vorarbeiten leisteten, sowie in der Berufungskommission, die den zukünftigen Leiter dieses Institutes finden und mit ihm die vertraglichen Voraussetzungen für die Übernahme dieses Amtes aushandeln sollte, saßen dann nur noch zwei Ländervertreter: aus Bayern und aus Baden-Württemberg.

Am 20. Oktober 1982 schien alles klar zu sein: Das Berufungsverfahren war abgeschlossen, die Kommission mit dem renommierten Stuttgarter Naturwissenschaftler Ernst Lüder „handelseinig" geworden. Lüder hielt noch an demselben Tag vor den Leitungsgremien der Fraunhofer-Gesellschaft seine programmatische Einführungsrede über „Entwurf und Bau von Systemen als integrierte Schaltkreise". Nordrhein-Westfalen hatte sich bereit erklärt, die notwendigen finanziellen Mittel sowie die entsprechenden H4-Mitarbeiterstellen bereitzustellen. Die Leitung des Institutes wurde nach Angaben eines Eingeweihten so dotiert, daß es „nicht nötig wäre, in den medizinischen Bereich abzuwandern".

Und der Vertreter aus Baden-Württemberg stimmte allem zu; genauso wie am 1. Februar dieses Jahres, als der Beschluß gefaßt wurde, das neue Institut in Duisburg in die gemeinsame Förderung von Bund und Ländern aufzunehmen. Professor Lüder bedankte sich in einem Brief an den nordrhein-westfälischen Wissenschaftsminister".

Doch dann begann das, was Schwier bitter in einem Brief an seinen baden-württembergischen Minister-Kollegen Helmut Engler „Vertrauensverlust" nannte, durch den man zum „Spielball rücksichtslos durchgesetzter Länderinteressen" geworden sei. Die Stuttgarter Landesregierung habe sich der „ruinösen Praktik von Bundesligavereinen" bedient.

Denn Ministerpräsident Lothar Späth hatte, nachdem er von den Fraunhofer-Beschlüssen erfahren hatte, umgehend Gegenmaßnahmen eingeleitet: Die Forschungskommission des Landes plädierte dafür, ein gleiches Institut, wie es durch die übliche gemeinsame Forschungsfinanzierung der Länder in Duisburg entstehen soll, in Landesregie in Stuttgart zu errichten. Entsprechende Verhandlungen mit Professor Lüder wurden eingeleitet, spendenwillige Unternehmen in der Region Stuttgart aktiviert – Ergebnis: In Stuttgart entsteht das von Späth initiierte Institut, Lüder wurde mit einem lukrativen Angebot zum Bleiben bewegt.

Die Errichtung des Fraunhofer-Institutes wird dadurch erheblich verzögert, weil in den neuen Berufungsverhandlungen jetzt ein neuer Leiter gefunden und dessen Wünsche berücksichtigt werden müssen. Die Landesregierung in Düsseldorf geht davon aus, daß nur noch ein ausländischer Wissenschaftler in Frage kommt, um den hohen Qualitätsansprüchen zu genügen.

Ein Sprecher des Stuttgarter Wissenschaftsministeriums erklärte gegenüber der WELT, daß er „nicht bestreiten" könne, daß Baden-Württemberg einen „ungewöhnlichen" Schritt getan habe. Sicher sei es ein „wunder Punkt", daß sein Land, dessen Vertreter in den Fraunhofer-Gremien allen Schritten zugestimmt habe, nun ein Konkurrenz-Unternehmen aufmache. Aber Ministerpräsident Späth habe bereits in einem Schreiben an den nordrhein-westfälischen Kollegen Rau um Verständnis geworben.

Grüne: „Uns schafft der Aufschwung"

WERNER KAHL, Bonn

Über die umstrittene Dirigenten-Rolle des Grünen-Hauptausschusses, als Vermittler zwischen Basis und Bundestagsfraktion angesehen, soll auf einer Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen im Juni diskutiert werden. Für die Zusammenkunft am 11./12. Juni ist bereits ein Antrag der Grünen von München-Mitte vorgelegt worden, das Dreier-Gremium innerhalb des Hauptausschusses, dem die Kontrolle von Beschlüssen und Empfehlungen übertragen worden war, zu streichen. Dem Hauptausschuß gehören derzeit 45 Vertreter der Grünen aus den Bundesländern und dem Bundesvorstand an.

Innerhalb der Bundestagsfraktion werden erhebliche Einwände gegen eine derartige Kontrolle der Abgeordnetenmandate erhoben. Die Basis wiederum sieht mit Mißtrauen auf die Interpretation der Grünen-Politik durch die drei als Kontrollausschuß eingesetzten Anhänger. Sie mußten sich vielfach Spott anhören, Vorstand eines Politbüros zu sein, und gegen Verdächtigungen wehren, ihnen sympathische Strömungen überrepräsentativ zu vertreten.

Ein bereits in der vergangenen Woche anläßlich des 1. Mai erwarteter Aufruf der Grünen wurde auf Anfrage von Grüne-Sprecher Suhr für gestern nachmittag angekündigt. In dem von dem Abgeordneten Dieter Burgmann erarbeiteten Papier heißt es unter anderem: „Uns schafft der Aufschwung... wir müssen zahlen."

Die Grünen verzichten jedoch auf die Aufforderung an ihre Anhänger, an den Maifeiern des DGB teilzunehmen. „Jeder kann dort hingehen, wo er Lust hat", sagte Heinz Suhr. Bei der Vorbereitung der Stellungnahme zum 1. Mai hatte es unter den Grünen dem Vernehmen nach zwiespältige Empfindungen gegeben, wie man es mit den DGB-Spitzen halten solle. Das Formulierungsproblem bestand darin, sich von den Gewerkschaftsfunktionären in den Vorstandsetagen zu distanzieren, ohne die Gewerkschaftsmitglieder zu verprellen.

FDP kritisiert Personalpolitik der CSU in Bonn

STEFAN HEYDECK, Bonn

Im FDP-Präsidium ist gestern deutliche Kritik daran geäußert worden, wie insbesondere im Innen- und im Landwirtschaftsministerium in Bonn Spitzenpositionen neu besetzt wurden. In diesen von CSU-Ministern geleiteten Häusern waren davon vor allem Freie Demokraten und der FDP Nahestehende betroffen.

Auf der Sitzung des FDP-Führungsgremiums wurde es gestern mit Nachdruck auch als ein Unding kritisiert, daß die FDP von solchen Maßnahmen erst aus der Zeitung erfahren habe. Es wurde die Befürchtung geäußert, daß bis zur Regierungserklärung in der nächsten Woche hier „noch einiges bevorsteht".

Die Runde, die vom stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Gerhart Rudolf Baum geleitet wurde, forderte Parteichef Hans-Dietrich Genscher dazu auf, mit Bundeskanzler Helmut Kohl und dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß über diese Vorgänge zu sprechen. Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Hans-Günter Hoppe, der von einem „permanenten Nachholbedarf" der Union im Personalbereich sprach, forderte: „Aus der Christenverfolgung darf nicht eine Verfolgung durch Christen werden." Nach Ansicht des FDP-Präsidiums muß verhindert werden, daß es auf Dauer zu einem solchen Umgang zwischen den Koalitionspartnern kommt. Andernfalls wäre wie schon im Streit mit der CSU um die Kontinuität oder Wende in der Wirtschaftspolitik eine erhebliche Belastung des Koalitionsklimas nicht auszuschließen.

Bonn und Ost-Berlin legen Transit unterschiedlich aus

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Vor dem Hintergrund des Todes von Rudolf Burkert in der Kontrollbaracke von Drewitz gewinnen die seit Inkrafttreten des Transitabkommens am 3. Juni 1972 vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und Ost-Berlin über den eigentlichen Charakter des Transitverkehrs an Bedeutung. Bundeskanzler Helmut Kohl traf in seinem Telefonat mit Erich Honecker am vergangenen Montag den entscheidenden Punkt. Er betonte Bonns dringendes Interesse am „freien Zugang" nach Berlin. Die „DDR" bestreitet einen derartigen Zugang und spricht von Transit „auf den Verkehrsstraßen der DDR".

Ost-Berlin versuchte auch von Anfang an herunterzuspielen, daß es sich beim Transitabkommen lediglich um die Ausfüllung des Viermächte-Abkommens handelt, dem sich Ost-Berlin beugen mußte.

In der Praxis erweist sich immer wieder die seinerzeit zwischen Egon Bahr und Michael Kohl auf seiten der „DDR" im Artikel 16 des Transitabkommens ausgehandelte Mißbrauchs-Klausel als Fußangel dieser insgesamt funktionierenden Übereinkunft. Denn den Maßstab für den Mißbrauch setzt allein die „DDR".

Absatz 1 des Artikels 16 wird wirksam, „wenn ein Transitreisender während der jeweiligen Benutzung der Transitwege rechtswidrig und schuldhaft gegen die allgemein üblichen Vorschriften der DDR bezüglich der öffentlichen Ordnung verstößt". Diese Formel und der Fall Burkert lehren, daß der überall im Bundesgebiet samt Berlin übliche Rechtsschutz für einen Bürger während der Transitfahrt nicht gegeben ist, weil die entsprechenden, wesentlich schärferen und einengenderen „DDR"-Bestimmungen über die öffentliche Ordnung gelten. Im eigentlichen Viermächte-Abkommen, das den Transitbestimmungen rechtlich übergeordnet ist, fehlt in der Anlage I, 2 d jedoch jeder Hinweis, daß die „DDR"-Bestimmungen Maßstab für einen Mißbrauch sein sollen. Dort ist nur von „allgemein üblichen Vorschriften bezüglich der öffentlichen Ordnung" die Rede. Statt der harten Vokabel „verstoßen" spricht der Originaltext auch nur von Zwecken, die dem Transit „zuwiderlaufen".

Allein schon die zeitliche Reihenfolge zwischen dem Ende der Viermächte-Verhandlungen über Berlin als Ganzes im September 1971 und dem Termin des Inkrafttretens am 3. Juni 1972 zeigt, daß es sich beim Transitabkommen lediglich um die Umsetzung von Aufträgen und Forderungen der vier Mächte an die „deutschen Behörden" handelt.

Denn nach erfolgter Übereinkunft zwischen Bahr und Michael Kohl Mitte Dezember 1971 teilte der damalige Bundeskanzler Willy Brandt den drei alliierten Botschaftern am 14. Dezember 1971 den Abschluß der Vereinbarung mit und fügte den Wortlaut bei.

Daraufhin antworteten Kenneth Rush (USA), Roger Jackling (Großbritannien) und Jean Sauvagnargues (Frankreich) postwendend: „Unsere Regierungen sind der Auffassung, daß die Bestimmungen des Abkommens (über den Transit, d. Red.) mit dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 in Einklang stehen, welches den Maßstab für seine Auslegung und Anwendung darstellt."

Im Auf und Ab der Transitprobleme darf nicht außer acht gelassen werden, daß jährlich rund 19,5 Millionen Fahrten zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet und umgekehrt reibungslos verlaufen. Vor der Übereinkunft belief sich diese Zahl auf lediglich 7,5 Millionen Reisen. Seit dem Inkrafttreten der Vereinbarung am 3. Juni 1972 bis zum 1. Juni 1981 verhafteten die „DDR"-Sicherheitskräfte 1084 Deutsche und 63 Ausländer wegen angeblichen Mißbrauchs auf den Transitwegen.

In 571 Fällen wurde ihnen Fluchthilfe vorgeworfen, in 269 Fällen Beihilfe zusätzlich oder allein „unbefugtes Abweichen" von der Route, fünfmal „ungesetzlicher Grenzübertritt", 154mal Schuld an einem schweren Verkehrsunfall, in 40 Fällen Verstoß gegen Zoll- oder Devisenbestimmungen (wie im Fall Burkert) und in 16 Fällen angebliche „Spionage". Von den 571 Fluchthelfern kaufte Bonn unterdessen rund 500 wieder frei.

Die bislang härtesten Attacken gegen einen unbehinderten Transit unternahm die „DDR" 1974, als Mitarbeitern des neugegründeten Umweltbundesamtes in West-Berlin die Passage verboten wurde. Als die Junge Union zum 15. Jahrestag des Mauerbaus 1976 eine Sternfahrt mit Bussen organisierte, verweigerte Ost-Berlin die Durchfahrt. Damals formulierte der heutige Abrüstungsexperte und Vorsitzende des „Friedensrates" der „DDR", Hermann Axen (SED), die nach wie vor gültige Sicht des Transitverkehrs durch die Ostberliner Führung.

Auf Bonner und alliierte Proteste gegen das Durchfahrtverbot, bei dem Egon Bahr damals „die Wand wackeln" sah, reagierte Axen auf einer SED-Zentralkomitee-Sitzung ausgesprochen höhnisch: „Sie (die Proteste, d. Red.) sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind. Denn die BRD und die drei Westmächte wissen doch genau, daß es gar keinen sogenannten ‚freien Zugang' zwischen der BRD und West-Berlin, sondern nur den durch Abkommen geregelten Transitverkehr auf den Verkehrsstraßen der DDR gibt. Die Transitstraßen unserer Republik hatten *und haben niemals den Charakter* eines Korridors."

Im Licht dieser Auffassung, die der westlichen Position diametral gegenübersteht, müssen jetzt die Bemühungen aller Berliner Parlamentsfraktionen gesehen werden, Bonn zu neuen Gesprächen mit der „DDR" über die Handhabung des Verfahrens bei Verdachtskontrollen zu bewegen.

Der Fall Burkert macht die dringende Notwendigkeit deutlich, Reisenden im Transit mehr Rechtssicherheit und Rechtsschutz als bisher einzuräumen. Dazu gehören Beschwerdemöglichkeiten, eine etwaige Aussageverweigerung und Rechtsbeistand durch die Ständige Vertretung in Ost-Berlin, falls der Reisende darum nachsucht.

Museweni: Wir wollen Demokratie und Einheit für Uganda


Sorgt für Sicherheit im „befreiten Gebiet": Kommandeur Museweni FOTO: GERMANI

In Uganda kämpft eine „Nationale Widerstandsarmee" gegen das Regime des Milton Obote (siehe WELT vom 22. 4. 83). Kommandeur der Widerstandstruppen ist Yoweri Museweni, ein Bantu-Afrikaner aus Westuganda, der bis 1971 in der Kanzlei des damaligen Präsidenten Obote arbeitete, dann emigrierte und die Widerstandsbewegung gegen Amin aufbaute. Das Exklusiv-Interview führte WELT-Korrespondent Hans Germani.

WELT: Warum kämpfen Sie gegen ihren früheren Präsidenten?

Museweni: Weil wir die Demokratie wollen. Es gibt in und außerhalb Afrikas sogenannte Experten, die predigen, daß die Afrikaner zufrieden sind, wenn sie von Diktatoren regiert werden. Aber die Afrikaner möchten wie alle Menschen über ihre Zukunft mitentscheiden.

Die Demokratie kann entweder den europäischen Weg über direkte Wahlen eines Parlaments oder den indirekten Weg über Dorf-, Bezirks- und Wahlmänner für ein Parlament gehen. Ich glaube, daß diese zweite Form der Demokratie unseren Verhältnissen besser angepaßt ist.

Aber damit es klar ist: Ich bin für den Mehrparteien-Staat, es sei denn, daß die Bevölkerung nur einer Partei zuströmt. Bei uns in Unganda besteht die Gefahr des Mehrparteien-Staates darin, daß sich Stammes- und Religionsparteien bilden. Ich könnte mir dennoch verschiedene Parteien vorstellen, von denen eine etwa prinzipiell für den Panafrikanismus eintritt, eine andere dagegen für den Nationalismus des betreffenden Staates.

WELT: Obote bezeichnete sich bis 1971 als Sozialist. Ihre Bewegung hat Protokolle der damaligen Regierung Obote veröffentlicht, die eine Zusammenarbeit mit Fidel Castro belegen. Heute bezeichnet sich Obote dagegen als prowestlich. In welchem Lager sehen Sie ihn?

Museweni: Weder Obote noch seine Mitarbeiter verfolgen irgendeine Ideologie. Ihr Europäer laßt Euch von afrikanischen Gaunern immer wieder hereinlegen. Amin war mal proisraelisch, dann proarabisch. Versteht doch endlich, daß Leute wie Obote keine Ideologen, sondern Opportunisten sind, die nur nach der Macht streben – und nach Hilfe von außen, um sich an der Macht zu halten. Zur Zeit hat Obote Nordkoreaner im Land, die von einem General kommandiert werden. Daneben gibt es aber auch ein paar britische Ausbilder, kommandiert von einem Offizier aus Sierra Leone. Obote nimmt Hilfe und Geld von jedem, der es ihm anbietet.

WELT: Obote behauptet, Sie seien Marxist und würden von Khadhafi unterstützt.

Museweni: Wir sind keine Marxisten. Ich habe Marx während meines Studiums der Wirtschaftswissenschaften gründlich gelesen, ich habe auch den Kapitalismus studiert. Wir haben nie gesagt, daß wir in Uganda den Sozialismus einführen wollen. Unser Programm ist patriotisch, wir wollen weder die Interessen der USA noch der Sowjetunion fördern, sondern nur unsere eigenen. Die Behauptung über eine Verbindung zu Khadhafi ist Unsinn. Wenn wir von Khadhafi Waffen bekämen, hätten wir Kampala längst gestürmt.

WELT: Wie beurteilen Sie die Sicherheitslage in Ihrem Land?

Museweni: In Uganda ist das Leben eines Menschen weniger wert als ein Stück Seife. Niemand ist seines Lebens sicher. Eine halbe Million Menschen ist bereits ins Ausland geflüchtet, darunter die qualifizierten Kräfte, die die Wirtschaft unbedingt braucht.

Schauen Sie sich um: Sicherheit gibt es nur für die Diplomaten in Kampala und für die Menschen in dem von der Soldateska Obotes befreiten Gebiet.

WELT: Wie ist die Wirtschaftssituation in Uganda?

Museweni: Auch in der Wirtschaft braucht man eine gewisse Einheit, nicht nur innerhalb Ugandas, sondern über die Grenzen dieses Staates hinaus auch für den ganzen ostafrikanischen Raum. Die afrikanischen Wirtschaften aber und insbesondere die ugandische, sind zu beschränkt, sie expandieren nicht. Viele Leute mit Studienabschlüssen kämpfen um wenige Posten. Sie wollen in den Diensten der Regierung stehen und dafür kämpfen sie verzweifelt. Die Wirtschaft in Afrika ist eine Dienstleistungswirtschaft, keine produktive Wirtschaft.

WELT: Wie steht es mit den Millionen Geldern an Entwicklungshilfe?

Museweni: Diese Gelder werden größtenteils mißbraucht. Ich mache den Ländern, die uns helfen, keine Vorwürfe, unsere Wirtschaft bietet wenig. Aber wenn wir sparsam leben, können wir Technologie und Maschinen kaufen, statt Wein, Whisky und Luxusgüter. Ich lehne eine Auslandshilfe ab, die nur darauf aus ist, das Budget des Empfängerlandes auszugleichen. Eine solche Hilfe gewöhnt unsere Leute ans Betteln. Hilfe muß zukunftsorientiert sein.

WELT: Was sollte der Westen, auch die Bundesrepublik, in der jetzigen Situation für Uganda tun?

Museweni: Sie sollte die Hilfe für Uganda bis auf weiteres einfrieren.

Moskau prangert „Papierkult" der Bürokraten an

rr, Moskau

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat die regionalen Parteifunktionäre erneut aufgefordert, gegen Überbürokratisierung vorzugehen, und am Beispiel der Region Kirow den „Papierkult" der Bürokraten beschrieben: Das dortige Parteikomitee erhalte jährlich 13 400 Dokumente. „Diese Schriftstücke hypnotisieren tatsächlich einige der Funktionäre. Ohne den Inhalt zu prüfen, sortieren sie die Papiere sorgsam und legen sie in Ordnern ab, schließen sie in Aktenschränke ein und vermerken den Eingang auf Karteikarten. Dabei entsteht der falsche Eindruck, daß gearbeitet wird."

Die Bürokratie der Behörden, die unter Papierbergen begraben zu werden drohten, sei die Ursache vieler wirtschaftlicher Probleme. Die „Prawda" liegt mit dieser Kritik genau im Wind der Kampagne von Parteichef Andropow für mehr Disziplin und individuelle Verantwortung.

Athen sagt Termine mit Burt ab

AP, Athen

Aus Verärgerung über Äußerungen des amerikanischen Unterstaatssekretärs Richard Burt in Ankara hat der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou gestern alle für Dienstag vorgesehenen Termine mit Burt abgesagt. Während seines Besuchs in Ankara hatte Burt die türkische Auffassung unterstützt, daß der Zypern-Konflikt in innerzyprischen Verhandlungen gelöst werden sollte. Außerdem hatte sich der amerikanische Regierungsvertreter für eine großzügige amerikanische Militärhilfe zugunsten der Türkei ausgesprochen. Griechenland tritt im Gegensatz zur Türkei für eine Lösung des Zypern-Konflikts innerhalb der Vereinten Nationen ein.

Streikende in Kuba erschossen?

AP, Genf

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat die kubanische Regierung schriftlich um Aufklärung über Berichte gebeten, nach denen kubanische Arbeiter wegen der Organisation von Streiks erschossen oder zu jahrzehntelangen Haftstrafen verurteilt worden sein sollen. Wie ein ILO-Sprecher in Genf bestätigte, wurde der Brief von ILO-Generaldirektor Francis Blanchard am 22. April an das kubanische Außenministerium gesandt.

Marchais wehrt Kritik der Basis ab

Die Witwe des Parteigründers Thorez formuliert den Unmut des stalinistischen Flügels

A. GRAF KAGENECK, Paris

Wie wohl fühlt sich die Führung der Kommunistischen Partei Frankreichs wirklich an der Seite der Sozialisten in einer Koalitionsregierung, welche die „Interessen der Arbeiter" mit ihrer Austerity-Politik in immer ärgere Bedrängnis bringt? Das Zentralkomitee der Partei hat auf seiner zweitägigen Sitzung in der Vorwoche eine eindeutige Antwort auf diese Frage gegeben: Die Bilanz der zweijährigen Regierungspolitik der Linksunion ist positiv, die Kommunisten sind fest an der Seite ihrer Koalitionspartner, die Interessen der Arbeiter sind gut vertreten und die Ziele, die man sich 1981 gesteckt hatte, weitgehend erreicht worden.

Wenige Tage später jedoch hat sich jetzt in einer Sendung des Senders Luxemburg eine andere Stimme vernehmen lassen: die der Jeannette Thorez-Vermeersch, 73jährige Witwe des Gründers und langjährigen Generalsekretärs der Partei, Maurice Thorez. Die seit dem sowjetischen Einmarsch in die CSSR 1968, den sie billigte, aus allen Parteiämtern verjagte „große alte Dame" der Partei ließ wissen, daß der Beschluß des Zentralkomitees in keiner Weise die Stimmung und die Meinung der Basis der Partei wiedergebe. Die Partei habe bis auf den „demokratischen Zentralismus" (den vertikalen Aufbau der Parteiorganisation) alle ihre Prinzipien dem politischen Opportunismus geopfert. Der Generalsekretär verschlinge „eine Kröte nach der anderen" und decke eine Politik, die den Kapitalisten mehr Geschenke mache als den Arbeitern. Die Parteiführung kompromittiere sich mit den „Sozialverrätern" (beliebte Bezeichnung orthodoxer Kommunisten für die Sozialdemokraten) und „verwalte jetzt die Krise des Kapitalismus mit". Schließlich sei die Partei heute „atlantisch" geworden und unterstütze die „antisowjetische Politik Mitterrands".

Die immer noch weithin in der Partei geachtete Witwe des „Sohnes des Volkes", wie man Thorez auf dem Höhepunkt der Macht der Kommunisten in den fünfziger Jahren nannte, gibt gewiß die Meinung eines nicht unbedeutenden Flügels der kommunistischen Familie wieder. Daß der Unmut an der Basis der Partei über die Politik der Sozialisten wächst, kam bei den "Basisdiskussionen" in den einzelnen Parteizellen vor dem Zusammentritt des Zentralkomitees zum Ausdruck.

Im Vorfeld der ZK-Sitzung hatten einige gewöhnlich gut unterrichtete Blätter sogar eine schwere Parteikrise mit einer möglichen Ausbootung des Generalsekretärs Marchais vorausgesagt. Nichts von alledem geschah. Aber es wurde deutlich, daß eine strategische Erwägung den Ausschlag über alle Unzufriedenheiten mit der augenblicklichen Wirtschafts- und Sozialpolitik gab: Die Partei, seit Jahren bei den Wählern im Abstieg und an innerer Auszehrung schmachtend, würde bei einem Ausstieg aus der Regierungskoalition noch mehr an Boden verlieren. Die Mehrheit der Parteisoldaten steht immer noch auf dem Standpunkt, daß die Mitsprache von Kommunisten im Ministerrat noch Schlimmeres für die Arbeiter verhüten kann und daß sich die Gelegenheit, an der Macht teilzuhaben, lange Zeit nicht mehr bieten würde.

So konnte Georges Marchais die Kritik der „Parteipassionaria" in einer 24 Stunden später erfolgenden Rundfunksendung mit einer Handbewegung vom Tisch fegen. Jeannette Vermeersch sei, sagte der Parteichef, eine „ehrenwerte Person", aber liege in „völligem Bruch mit der Parteilinie". Dies trifft auch nach dem Urteil neutraler Beobachter da zu, wo die Thorez-Witwe die Rückkehr zum Stalinismus strikt moskowitischen Gehorsams als einzigen Weg zur Rückgewinnung von Macht und Einfluß empfiehlt.

Tokio steuert jetzt auf Neuwahlen zu

Nakasone und Tanaka wollen die Gunst der Stunde nutzen / Als Termin gilt Anfang Juli

FRED de la TROBE, Tokio

Bei der zweiten Runde der japanischen Kommunalwahlen am Sonntag konnte sich die regierende Liberaldemokratische Partei (LDP) deutlich verbessern. Im Gegensatz zur ersten Runde vor zwei Wochen erlitt sie nirgends schwerwiegende Rückschläge. Damit sind die Aussichten auf einen heißen, für den fernöstlichen Inselstaat richtungweisenden Wahlsommer beträchtlich gestiegen.

Die politischen Parteien rechnen damit, daß Ministerpräsident Nakasone jetzt bald das Parlament auflösen wird – ein Vorrecht des Premiers – und die Wahlen für das mit größerer Machtfülle ausgestattete Unterhaus mit denen für das Oberhaus, die Ende Juni oder Anfang Juli fällig sind, zusammenlegen wird. Die Legislaturperiode für das Unterhaus würde andernfalls noch bis Mitte 1984 laufen.

An der Basis der Parteien sind die Vorbereitungen für den Urnengang schon voll angelaufen. Auch zahlreiche Abgeordnete sind aus Tokio in ihre Wahlbezirke abgereist. Doppelwahlen hätten für die LDP den Vorteil einer höheren Beteiligung, die gewöhnlich den Konservativen zugute kommt. Andererseits waren die Liberaldemokraten bei den letzten Unterhauswahlen 1980 wegen des plötzlichen tragischen Todes des damaligen Ministerpräsidenten Ohira von einer Welle des Mitleids zu unerwarteten Mandatsgewinnen emporgeschwemmt worden. Dieser Erfolg wird sich nach Ansicht der meisten Beobachter nicht wiederholen lassen, die Regierungspartei muß also damit rechnen, einige Federn zu lassen.

Die große Gefolgschaft des ehemaligen Premiers Tanaka in der LDP hat ihren Druck auf Ministerpräsident Nakasone verstärkt, im Sommer Doppelwahlen abzuhalten. Der Tanakaflügel ist die Hauptstütze des Regierungschefs in der Liberaldemokratischen Partei. Im Herbst wird ein scharfes Gerichtsurteil gegen Tanaka erwartet – Sachverständige rechnen mit einem fünfjährigen Freiheitsentzug. Dem Expremier wird im Zusammenhang mit dem Lockheed-Skandal die Annahme von Bestechungsgeldern vorgeworfen. Ihm liegt daher viel an Wahlen vor diesem Termin.

Die Gegner vorgezogener Unterhauswahlen in der LDP, der Altpremier Fukuda und der unterlegene Rivale Nakasones bei der letzten Kür des Parteipräsidenten, Toshio Komoto, scheinen sich nicht durchsetzen zu können. Ihr bisheriger Bundesgenosse, der ehemalige Ministerpräsident Suzuki, gab jetzt Nakasone eine matte Zusage, daß er sich gegen Wahlen im Sommer nicht sträuben werde. Auch die japanischen Oppositionsparteien geben zu erkennen, daß sie sich auf den doppelten Urnengang eingestellt haben. (SAD)

Abu Nidal: Warum Sartawi sterben mußte

SAD/DW. Paris

Der von der PLO ausgestoßene und zum Tode verurteilte palästinensische Terrorist Abu Nidal hat bestätigt, daß seine Organisation den früheren Vertrauten von PLO-Chef Arafat, Issam Sartawi, bei der Konferenz der Sozialistischen Internationale im portugiesischen Badeort Albufeira umgebracht hat.

In einer schriftlichen Antwort auf Fragen französischer Journalisten, die gestern von der Tageszeitung „Le Quotidien de Paris" veröffentlicht wurde, warf Abu Nidal Sartawi vor, er habe die palästinensische Sache verraten. Er sei ein Agent der amerikanischen, britischen und israelischen Geheimdienste gewesen. „Er war in keiner Weise von einem nationalistischen Ideal beseelt."

Die Gruppe Abu Nidal ist die gewalttätigste unter den Palästinenser-Organisationen. Sie operiert sowohl aus Syrien als auch Irak. Abu Nidal hält PLO-Chef Arafat für einen Verräter, seit dieser versucht, auf diplomatischem Wege das Palästinenser-Problem zu lösen. Er war 1974 wegen eines angeblichen Mordversuchs an Arafat von der PLO verstoßen worden.

Auf das Konto seiner Organisation gehen Terroranschläge auf das Pariser Restaurant „Jo Goldenberg", Synagogen in Wien und Rom, eine jüdische Schule in Antwerpen und Israels Botschafter in London, Schlomo Argov. Abu Nidals Killerkommandos sollen außerdem mehrere gemäßigte Mitglieder der PLO ermordet haben.

In seiner schriftlichen Antwort an die französischen Journalisten forderte Abu Nidal den Rücktritt Arafats; er sei ein „integraler Bestandteil der imperialistischen amerikanischen und zionistischen Strategie, ein Werkzeug in den Händen derjenigen, die eine reaktionäre Lösung des Konfliks zwischen den Arabern und den Zionisten planten". Arafat habe eine „Politik der taktischen Manöver und der Kompromisse" eingeschlagen.

Abu Nidal bestätigte, daß er über Mittelsmänner, die der Sozialistischen Internationale und der französischen Linksregierung nahestehen, Paris habe wissen lassen, daß seine Organisation „keine Angriffe gegen französische und italienische Interessen im In- und Ausland unternehmen werde.

Fememorde in Salvadors Guerrilla

Mittelamerikas Marxisten in interne Machtkämpfe verstrickt / Neue Argumente für Reagan

WERNER THOMAS, Miami

Zwei spektakuläre Ereignisse, innerhalb von wenigen Stunden mitgeteilt, haben die mittelamerikanische Krisenszenerie etwas zugunsten der US-Regierung verändert.

Bisher war der Eindruck weit verbreitet, daß lediglich die Waffenlieferungen der USA nach El Salvador und Honduras den militärischen Konflikt Mittelamerikas eskalieren. Die Rüstungsaktivitäten der sandinistischen Comandantes, die heute über die stärksten Streitkräfte dieses Gebietes (35 000 Soldaten, 90 000 Milizen, 50 sowjetische Panzer, 2000 kubanische Berater) verfügen, wurden nur selten erwähnt. Die vier libyschen Transportmaschinen, die mit militärischem Material – deklariert als medizinische Güter – für Managua in Brasilien am Weiterflug gehindert wurden, identifizierten jetzt jedoch vor aller Welt einen ihrer wichtigsten Waffenlieferanten.

Die regionale Großmacht Brasilien gehört zu den am meisten umworbenen Ländern der Sandinisten. Die Brasilianer besitzen internationales Prestige. Die Comandantes hoffen, daß die brasilianischen Diplomaten ein gutes Wort für sie einlegen, wenn sich der Konflikt noch zuspitzen sollte. Auf der anderen Seite rechnet aber auch die Reagan-Regierung mit mehr brasilianischem Verständnis für ihre Position. Die konservative Regierung des Generals Joao Baptista Figueiredo bemühte sich bisher um eine unverbindliche neutrale Haltung in der Mittelamerika-Krise: keine „fremde Intervention". Der Frieden müsse am Verhandlungstisch erzielt werden, nicht auf dem Schlachtfeld.

Einige der einflußreichsten Presseorgane wie die Tageszeitung „Journal do Brasil" und das Nachrichtenmagazin „Veja" sympathisierten gelegentlich mit der Sache der Sandinisten und der salvadorianischen Rebellen. Nun erregte sich „Journal do Brasil" aber über die Waffentransporte der Libyer und die Lügen der Libyer: „Die brasilianische Öffentlichkeit ist empört."

In diplomatischen Kreisen Brasilias kursierten unbestätigte Berichte, daß zumindest ein Teil der Fracht für die salvadorianischen Rebellen bestimmt war. Salvador Cayetano Carpio, der mächtigste Guerrilla-Führer, hatte sich Anfang April noch in Libyen aufgehalten. Bei seinen Auslandsreisen arrangierte er gewöhnlich Waffenlieferungen.

Cayetano Carpio, 63, lebt nicht mehr. Das nicaraguanische Innenministerium hatte letzten Mittwoch diese überraschende Nachricht verbreitet – acht Tage nach dem Tod. Der „Comandante Marcial" soll am 12. April um 19.39 Uhr in seinem Haus in Managua Selbstmord verübt haben, aus Verzweiflung über die Ermordung seiner Stellvertreterin Melida Anaya Montes („Comandante Ana Maria") sechs Tage zuvor. Sechs Männer aus den eigenen Reihen hätten die 54jährige Frau umgebracht, informierte das Innenministerium, das dem Comandante Tomas Borge untersteht.



Opfer interner Kämpfe: Comandante Ana Maria FOTO: DPA

Cayetano Carpio, ein kleiner Mann mit einem markanten Mestizengesicht, war der Veteran des salvadorianischen Guerrilla-Krieges. Der gelernte Bäcker, der von 1964 bis 1969 die Kommunistische Partei als Generalsekretär steuerte, eröffnete bereits im April 1970 den bewaffneten Kampf mit der von ihm gegründeten „Befreiungsarmee Farabundo Marti" (FPL). Er hörte es gern, wenn ihn seine Anhänger den „Ho Chi Minh El Salvadors" nannten. Gelegentlich trug der „Comandante Marcial" auch einen Ziegenbart wie der legendäre Vietnamese. Obgleich Cayetano Carpios FPL die älteste und größte Organisation der insgesamt fünf Bewegungen umfassenden „Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN) ist, wurde er nie der unumschränkte Führer.

Der neue starke Mann wird wahrscheinlich Joaquin Villalobos (31) sein, ein ehemaliger Student der Wirtschaftswissenschaften, der an der Spitze der „Revolutionsarmee des Volkes" (ERP) steht, der zweitgrößten Guerrilla-Gruppe. Auch hier sind schon „politische Differenzen durch Hinrichtungen gelöst worden", wie der mexikanische Journalist Mario Menendez berichtete, einer der besten Kenner der salvadorianischen Rebellen-Szene.

Alan Romberg, der Sprecher des State Departments, kommentierte, in der salvadorianischen Guerrilla-Bewegung werde zur Zeit ein „Bandenkrieg" ausgetragen. Einige diplomatische Beobachter in Managua bezweifeln, daß Cayetano Carpio freiwillig aus dem Leben geschieden ist. Ein Missionsvertreter: „Ein so hartgesottener Mann wie ‚Marcial' jagt sich nicht so leicht eine Kugel durch den Kopf."

Der „Comandante Marcial" wurde einen Tag nach seinem Tod in aller Stille in Managua beigesetzt. Innenminister Tomas Borge, Junta-Chef Daniel Ortega und die Witwe Tola Alvarenga zählten zu den Trauergästen. Zur Beerdigung der „Comandante Ana Maria" in der Woche zuvor waren dagegen 15 000 Menschen mobilisiert worden. Damals hatte es jedoch geheißen, sie sei von CIA-Agenten ermordet worden.

Der Tod der beiden salvadorianischen Rebellen-Führer erinnerte erneut an das offene Geheimnis, daß der salvadorianische Guerrilla-Krieg von der nicaraguanischen Hauptstadt aus gesteuert wird. In Managua befindet sich das Hauptquartier der Partisanen, und hier residiert die FMLN-Prominenz, wenn sie sich von den Strapazen der Front und der Auslandsreisen erholt. Cayetano Carpio wohnte im vornehmen Stadtteil Las Colinas.

Präsident Reagan will am Mittwoch dieser Woche vor beiden Häusern des Kongresses die kritische Lage Mittelamerikas erläutern. Viele Senatoren und Kongreßabgeordnete hatten bisher seine Warnungen vor den sandinistischen Comandantes und einer kommunistischen Expansion in der Region skeptisch beurteilt. Nun kann Reagan seine Rede mit frischem Belastungsmaterial spikken. (SAD)

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Was tun „DDR"-Bischöfe?

„Leserbrief: Kirche im Sozialismus"; WELT vom 21. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

in meinem Leserbrief (WELT vom 2. April) habe ich auf die Gefahren der atheistischen Formel „Kirche im Sozialismus", die die „DDR"Bischöfe vertreten, hingewiesen.

● Die Gefahren dieser Formel sehen wir gerade in diesen Tagen. An den Thüringer „DDR"-Bischof Leich haben Jenaer Bürger einen Brief gerichtet, nachdem sie zuvor wegen ihres Friedensengagements festgenommen worden waren. Leich hat auf die Frage, ob es nicht eine Herausforderung an die Kirche sei, „wenn Forderungen der Menschen nach Abrüstung, gewaltfreier Konfliktlösung, Pazifismus und Gerechtigkeit als kriminell geahndet werden", erklärt, daß die Kirche „nicht die Möglichkeit habe, auf den Staat kontrollierend einzuwirken" (WELT vom 19. April, Seite 1).

Hier sehen wir, wie die „DDR"-Bischöfe an der Kette ihrer selbstgeprägten Formel „Kirche im Sozialismus" laufen und zu allen Terrorakten der sozialistischen Staaten schweigen, während sie sich über die angeblichen „Ungerechtigkeiten" anderer Staaten (wie Südafrika und USA) ständig ereifern. Auch über den Fall des bei einer Vernehmung (!) durch „DDR"-Organe in Drewitz „verstorbenen" und mit schweren Verletzungen in den Westen gelieferten Rudolf Burkert (WELT vom 21. April, besonders S. 1 und 3) schweigen die „DDR"-Bischöfe.

● Wenn mir Herr Pastor Radtke in seinem Leserbrief nahelegt, die Bücher über die „DDR" – warum läßt der Herr Pastor wohl die Anführungsstriche weg? – von R. Henkys zu lesen, so darf ich sagen: Ich kenne sie alle! Das Diabolische an diesen Büchern von R. Henkys über die Lage der „DDR" ist es gerade, daß dieser eindeutig eingefärbte Verfasser (das sage ich als überparteilicher Mann und Theologieprofessor) verschweigt, daß die Kirchenleitungen und Bischöfe der „DDR" nicht auf der Seite der Bevölkerung, sondern auf der Seite der sozialistischen Gewaltregierung stehen. D a s ist „Kirche im Sozialismus": Die „Bischöfe" dekken die Untaten der Regierung!

● Wer gegen die teuflische Parole „Kirche im Sozialismus" schreibt (und ich schreibe nicht, wie Herr Pastor Radtke meint, aus „sicherer Entfernung", sondern von einer sozialistisch unterwanderten Uni aus, an der täglich von 1100 Theologiestudenten allein 200 Juso-Spartakisten an der theologischen Fakultät mit dieser obigen Parole ihr Unwesen treiben), wird sofort von den Presseleuten der Westbischöfe, die diese Parole nie beanstandet haben, angegriffen.

Herrn Pastor Radtke sage ich mit Christus: „Habe ich übel geredet, so beweise es ..." (Johannes 18,23).

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Prof. Dr. Ernst-W. Kohls,
Marburg / Lahn

Lob der schönen Provinz

Ausgerechnet in der Provinz, in Mainz, wurde vor 20 Jahren das „gewaltige Stellwerk der deutschen Seele" – gemeint ist das ZDF – angesiedelt. Und weil nicht die alte Metropole Berlin zum „geopolitischen und nationalen Boden" des Zweiten Deutschen Fernsehens ausersehen wurde, fehle dessen Programm Bundeshöhe, so jedenfalls Valentin Polcuch in der WELT, zeichne sich dafür aber durch provinzielle Breite aus.

Nun – der deutsche Städter, ob er nun in München, Frankfurt, Köln, Düsseldorf oder Mainz lebte, war immer stolz darauf, daß seine geliebte Stadt Provinz und er selbst Provinzler war. Mit dem Begriff Metropole verband er etwas Fremdes, Kaltes, Ungemütliches, Unmenschliches und was es sonst noch an „un-" gibt. Provinz war für ihn Leben, Kultur, Geschichte – die Stadt als höchste Lebensform menschlicher Gesellschaft. Wir sind heute glücklich darüber, daß durch die Jahrhunderte hindurch überall in Deutschland Provinz war und ist. Das, was wir unter Kultur verstehen, ist provinzgeboren, von provinzieller Provenienz.

Nehmen wir Beispiele: Der deutsche Roman war und ist provinziell, ob es sich um Goethes Werther, Raabe, Jean Paul, Thomas Mann handelt. Auch Fontane schrieb damals in einem provinziellen Berlin, und die Werke des Wahl-Berliners Günter Grass sind alles andere als „metropolitanisch". Oder vor wenigen Jahren schien Berlin wieder mit den neuen Wilden zum Nabel der bildenden Kunst zu werden. Aber die Fetting, Salomés und Middendorfs sind längst nicht mehr an der Kreuzberger Mauer zu finden. Die Urenkel des Expressionismus gibt es genauso in München, Hamburg und in der Mühlheimer Freiheit.

Erhebliche Zweifel sind auch gegenüber Polcuchs Feststellung angebracht, das provinzielle Ambiente verhindere bei den Fernsehschaffenden Kreativität und Sensibilität für ein bundesgerechtes Programm. Dieses Ambiente ist bei der heute schrankenlosen Mobilität der Programmacher, der Journalisten, fast überall nahezu gleich, ob diese nun in Mainz und den Winzerdörfern um die „Beton-Fortezza auf dem Lerchenberg" oder in den Berliner Dorfauen Alt-Lankwitz, Alt-Marienfelde und Alt-Lübars wenige Steinwürfe vom Märkischen Viertel entfernt leben.

Die Diskussion um Provinz und Metropole wird oft noch in der Vorstellungswelt der zwanziger Jahre geführt. Man träumt noch von der ungeheuren kulturellen Strahlkraft, die Berlin damals für die ganze Welt hatte. Doch die politischen, sozialen, gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich längst geändert. Heute, im angebrochenen Informationszeitalter, ist Metropole und Provinz überall. Dafür hat auch zwei Jahrzehnte lang das ZDF gesorgt. Kulturelle Signale werden heute allerorten gleichzeitig empfangen. Die Phasenverschiebung gibt es zumindest geographisch nicht mehr. Valentin Polcuchs „geopolitischer und nationaler Boden", von dem aus das ZDF seinen zentralen, seinen Bundesanspruch geltend machen und erfüllen kann, ist an jedem Platz; warum nicht auch im Zentrum der Bundesrepublik, in dem nun einmal Mainz liegt.

Warum muß man denn Berlin immer an seiner nationalen Rolle messen, ihm immer und überall seine geschichtliche Verantwortung aufbürden. Berlin ist dazu eigentlich viel zu schön und liebenswert. Es gibt keine deutsche Stadt, in die ich selbst so gern fahre wie Berlin. Nun suche ich dort nicht die Metropole, sondern das liebenswürdige und schnoddrige, das witzige und anheimelnde Berlin – Berlin eben dort, wo es Provinz ist.

Jockel Fuchs,
Oberbürgermeister der Stadt Mainz,
Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Tyrannenhilfe

In dem hervorragenden Artikel „Was in Deutschland normal ist" vom 19. April warnt Günter Zehm die Union vor einem Abweichen von der eigenen deutschlandpolitischen Leitlinie durch linkes Sperrfeuer; eine begründete Warnung!

Schon hat der Begriff „Kontinuität" arge Verwirrung gestiftet! Kontinuität mit der illusionistischen Entspannungspolitik der Sozialliberalen? Mit einer Politik, die Leisetreterei mit Diplomatie verwechselte und die nicht einsehen wollte, daß Nachgiebigkeit gegenüber Diktatoren nur kurzfristige Scheinerfolge zeitigt? Kontinuität muß heißen: den eigenen moralisch-politischen Ansprüchen treu zu bleiben. Wer die Unrechtstaten der Diktatoren verschleiern oder durch immer neue Zugeständnisse verhindern will, erliegt einem Trugschluß. Wenn sich brutale Unmenschlichkeit für die Unterdrükker auszahlt, werden sie zu weiteren Schikanen angeregt und die angebliche Humanität erweist sich als Tyrannenhilfe.

Mutig entlarvt Zehm das Schlagwort von der schlimmen Zeit des „Kalten Krieges der fünfziger Jahre" und weist auf den gewaltigen Rückschritt in den deutsch-deutschen Beziehungen seit jener Zeit hin. Die Verlogenheit der Floskeln vom Fortschritt und gut nachbarlichen Beziehungen muß endlich der Erkenntnis weichen, daß nur nüchterne Zweckmäßigkeit das Verhältnis zum Ostblock bestimmen darf.

Humanität setzt auch und besonders Aufrichtigkeit und Mut voraus!

Käthe Schumann,
Berlin 37

Nur Kontra ist laut

„Einsatz und Abschreckung"; WELT vom 20. April

Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

der Generalinspekteur der Bundeswehr hat im Deutschlandfunk ein klares und notwendiges Wort zum nuklearen Ersteinsatz gesagt. Rüdiger Moniac hat dies in seinem Aufsatz „Einsatz und Abschrekkung" erläutert. Dies ist gut so! Denn diese Aussage klärt Mißverständnisse auf und räumt Vorurteile weg.

Ich frage mich aber, wer diese Botschaft vernimmt. Interessierte Hörer des Deutschlandfunks und Leser dieser Zeitung gewiß. Aber ist das genug?

Wir alle wissen, daß die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte nicht zuletzt abhängig ist von der Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung. Auch Abschreckung wird letztlich nur glaubhaft, wenn sie vom Volk getragen wird. Gegenwärtig aber herrscht in der bundesdeutschen Öffentlichkeit gerade auf dem Gebiet der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik eine kaum noch zu steigernde Unsicherheit und Unruhe, die durch ständige „Friedens"-Aktionen in Bewegung gehalten werden. Wo soll da ein klares Wort des Generalinspekteurs auf fruchtbaren Boden fallen?

Es ist allerhöchste Zeit, daß die Bundesregierung vielen Worten endlich auch Taten folgen läßt und die Diskussion über Verteidigung und Sicherheit unseres Landes nicht länger den „Kontra"-Gruppen überläßt. Die Bürger werden überschwemmt mit Broschüren und Veröffentlichungen über Renten, Wohnungen usw. Wann folgt endlich eine breit gestreute Aufklärung des Bürgers über die notwendigen Verteidigungsanstrengungen einschließlich NATO-Doppelbeschluß.

Es genügt nicht, in Artikeln und Vorträgen nur eine interessierte Minderheit anzusprechen. Es geht um den letzten Mitbürger, der wissen muß und will, um was es eigentlich geht, wenn von „nuklearem Erstschlag" und von „Nachrüstung" gesprochen wird.

Mit freundlichen Grüßen
Wilhelm Thiemann,
Hamburg 73

Wort des Tages

„Die Kunst zu leben hat mit der Fechtkunst mehr Ähnlichkeit als mit der Tanzkunst, insofern man auch auf unvorhergesehene Streiche gerüstet sein muß."

Marc Aurel, röm. Philosoph und Kaiser (121–180)

Personalien

ERNENNUNGEN

Ministerialrat **Joachim Daase**, in den letzten zurückliegenden Jahren Leiter des NATO-Wirtschaftsreferates bei der deutschen NATO-Vertretung in Brüssel, übernahm im Bonner Wirtschaftsministerium die Leitung des neugeschaffenen Embargo-Referates, das sich mit den sicherheits- und außenpolitischen Fragen des Außenwirtschaftsverkehrs befaßt, so auch mit generellen Sanktionsfragen oder der Cocom-Liste für den Export sensibler Güter in den Ostblock. Vor seiner Brüsseler Tätigkeit war Joachim Daase im Wirtschaftsministerium Leiter des Referates für Konjunkturpolitik gewesen.

PRÄSIDIALAMT

Professor Dr. **Manfred Eigen**, Präsident der Studienstiftung des Deutschen Volkes und Leiter des Max-Planck-Institutes für biophysikalische Chemie in Göttingen, trifft heute mit Bundespräsident **Karl Carstens** in der Villa Hammerschmidt in Bonn zu einem Gespräch zusammen. Manfred Eigen möchte dem Präsidenten die Schirmherrschaft über die Studienstiftung antragen, um den Zielen der Hochbegabtenförderung in der Bundesrepublik noch mehr Publizität zu geben. Außerdem will Eigen mit dem Präsidenten die Problematik der Einschränkung der Mobilität der Studenten „durch Bürokratismus an den Universitäten" diskutieren. Die Stiftung hat zwischen 1948 und 1982 17 000 Stipendiaten gefördert. 1983 waren es knapp 4000.

AUSWÄRTIGES AMT

Neue Honorarkonsuln nehmen in der Bundesrepublik Deutschland ihre Tätigkeit auf, nachdem ihnen die Bundesregierung das Exequatur erteilt hat. In Kleve ist es Honorarkonsul **Carl von Gimborn**. Sein Konsularbezirk wird Kleve, den Kreis Wesel, Xanten und die Gemeinden Alpen, Hamminkeln, Hünxe, Schermbeck und Sonsbeck umfassen. Auch in München gibt es einen neuen Honorarkonsul, und zwar für den afrikanischen Staat Togo. Das Exequatur erhielt Dr. **Franz Hochreiter**. Sein Konsularbezirk umfaßt das gesamte Land Bayern. Indien hat einen weiblichen Berufskonsul nach Hamburg geschickt. Leiterin des indischen Konsulats ist **Kamlesh Kumar**, die ihre vorläufige Zulassung als Generalkonsulin erhielt. Ihr Konsularbezirk ist besonders groß und umfaßt die Stadtstaaten Hamburg und Bremen und die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

*

Mehrere Honorarkonsulate wurden jetzt geschlossen, nachdem die Bundesregierung nach dem Tode der jeweiligen Konsuln das Exequatur hat erlöschen lassen. Dazu gehört die honorarkonsularische Vertretung der Niederlande in Duisburg, die Honorarkonsul **Harry van Gunsteren** inne hatte. Seit 1961 war Harry van Gunsteren in dieser Funktion tätig. Er starb am 14. März. Geschlossen wurde außerdem das Honorarkonsulat von Mali in Saarbrücken, das der am 5. April verstorbenen **Konrad Kleber** seit 1974 leitete. Zugemacht hat außerdem das Honorarkonsulat von Belgien in Münster. Konsul **Karl Holstein** war am 12. Januar gestorben. Schließlich beendete das Honorarkonsulat von Panama in Mainz seine Arbeit nach dem Tode von Generalkonsul **Hans Klenk**, der am 7. März starb. Klenk war seit 1961 für Panama in dieser Funktion tätig.

GESTORBEN

Wie erst jetzt bekannt wurde, starb am 20. April in Düsseldorf **Walther K. Nehring**, General der Panzertruppe a. D. Der Westpreuße gehörte als Kommandeur des Panzerregiments 5 in der Wehrmacht zu den ersten Praktikern der neuen Waffe. Er war Chef des Generalstabes des 19. Panzerkorps unter General **Heinz Guderian** und Generalmajor der 18. Panzerdivision. Unter Feldmarschall **Erwin Rommel** wurde er einer der erfolgreichsten Panzerführer des Afrika-Korps. Als Führer der Abwehrschlacht in Tunesien während des Zweiten Weltkriegs wurde er bei Freund und Feind, der ihm auch die Anerkennung seiner Tapferkeit bescheinigte, berühmt. Das Ende des Krieges erlebte er als Oberbefehlshaber der 1. Panzer-Armee in Mähren.

Rolf Stommelen starb an einer Betonmauer - Hasardeur war er nie

Er war immer auf dem Sprung. Stets auf dem Weg nach irgendwo. Doch auch dann noch präsent. Als ihn die rüde Fahrweise in der Deutschen Rennsport-Meisterschaft erregte, griff er sogar noch unterwegs zum Autotelefon. Rolf Stommelen, primus inter pares unter den deutschen Rennfahrern, verlangte die rote Karte für ungebührliches Verhalten auf der Piste. „Es muß etwas geschehen, das schadet der ganzen Branche."

Schaden zu nehmen an Leib und Seele und dies zu verhindern, das war für den Mann aus Köln das Stichwort. 1972 wäre er in Daytona Beach beinahe in einem Alfa Romeo verbrannt. Mit 300 Stundenkilometern war er durch die Steilkurve gerast, als ihm ein Hinterradreifen platzte. 1975 verunglückte er im Formel-1-Rennwagen von Lola, als der Heckflügel brach. Der Wagen flog über die Leitplanken des Kurses von Barcelona und tötete fünf Menschen. Stommelen kam mit schweren Knochenbrüchen davon.

Ein Hasardeur war er dennoch nicht – gewiß war er das Gegenteil. Stommelen war als Testfahrer ein gesuchter Mann. Im vorigen Jahr sagte der amerikanische Rennfahrer John Paul sen. in Daytona Beach: „Rolf konnte in drei Tagen Training am Fahrwerk das verändern, was wir in drei Jahren nicht geschafft haben."

Doch das reichte nicht, um auch als Formel-1-Rennfahrer zwischen 1970 und 1978 die große Karriere zu machen. 53 Rennen bestritt Stommelen im Grand-Prix-Zirkus, um vor fünf Jahren festzustellen, daß ihm beides nicht lag: weder die halsbrecherische Bauweise der Boliden noch die unseriösen Geschäftspraktiken der Formel-1-Branche.

„Stommelens neuer Boß sitzt im Gefängnis", schrieb die WELT am 1. März 1978. Es ging um die Verhaftungen des in Mafia-Kreisen sattsam bekannten Neapolitaners Franco Ambrosio, eines Finanziers des Arrows-Teams. Im August 1978 verbot ein Londoner Gericht dem Arrows-Team die Beteiligung an Grand-Prix-Rennen. Der Grund: 40 Prozent des Autos erwiesen sich als getreue Kopien der Konkurrenzmarke Shadow.

Es war ein schlimmes Jahr für Rolf Stommelen. Ein Kölner Schöffengericht verurteilte ihn zur Nachzahlung von rund 170 000 Mark Steuern. Die Freiheitsstrafe von sieben Monaten wurde zur Bewährung ausgesetzt, bei 20 000 Mark Buße.

Stommelen galt zu jener Zeit längst als der Geschäftstüchtigste unter den deutschen Rennfahrern. Seine sportliche Karriere verlief schwankend, doch beim Kassieren gradlinig. „Wenn ich ein schlechtes Auto habe, dann brauche ich eben eine bessere Entschädigung", hat er mal gesagt.

In den letzten Jahren war es hierzulande stiller um Stommelen geworden. Die Formel 1 hatte er abgeschrieben, weil er mehr Sicherheit wollte. Ein „Rennauto mit Dach", gemeint war ein sicheres Cockpit, schien ihm Lebensversicherung zu sein und die USA das gelobte Land des Motorsports. Viermal gewann er die 24 Stunden von Daytona Beach, und Hollywood-Schauspieler Paul Newman – ein hervorragender Hobby-Rennfahrer – schätzte den Kölner als cleveren und fairen Partner. Gemeinsam gewannen die beiden 1979 die 24 Stunden von Le Mans.

In der Nacht zum Montag verunglückte Rolf Stommelen in Riverside (Kalifornien) tödlich. Er hinterläßt Frau und Sohn. Am 11. Juli wäre Stommelen 40 Jahre alt geworden. Im nächsten Jahr – so hatte er bereits beschlossen – wollte er keine Rennen mehr fahren.

Der Hergang des Unfalls wird von den Nachrichtenagenturen so geschildert: Bei 300 Stundenkilometern löste sich am Porsche 935 der Heckflügel. Der Wagen verlor den Bodenkontakt, kreiselte, flog über die Leitplanken gegen eine Betonmauer und fing Feuer. Stommelen soll sofort tot gewesen sein.

KLAUS BLUME

STAND PUNKT

Neuer Owens

Früh genug setzte der amerikanische Sprinter und Weitspringer Carl Lewis das neue Maß für die neue Saison: 9,93 Sekunden über 100 Meter, gelaufen bei unzulässigem Rückenwind von 2,3 Meter pro Sekunde. Eine Leistung, vom Winde verweht? Im Falle Lewis darf niemand zur Tagesordnung übergehen. Denn was er in den letzten Jahren auf der Sprintstrekke und im Weitsprung geboten hat, empfiehlt ihn längst als neuen Jesse Owens der Leichtathletik-Geschichte.

Also: Bei 9,95 Sekunden steht der 100-m-Weltrekord, gelaufen von dem Amerikaner Jim Hines 1968 in Mexico-City. Mal ganz davon abgesehen, daß es bei Rückenwind gar nicht so einfach ist, den Stakkato-Rhythmus des Sprints ungestört bis ins Ziel durchzuhalten – was sind die 9,93 Sekunden von Lewis nun wert? Folgende Hochrechnung ist legitim: Lewis wäre auch ohne Windunterstützung klar unter 10,00 Sekunden geblieben. Diese Zeit, als Basis für die neue Saison gesehen, muß in den Monaten Juli und August zwangsläufig 100-m-Läufe zulassen, die weitaus schneller als der alte Weltrekord sein werden.

Carl Lewis will diesen Rekord. Er will ganz offensichtlich noch vor den ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften, Anfang August in Helsinki, zum schnellsten Mann aller Zeiten avancieren. Den Grundstein dafür hat er nun gelegt. K. Bl.

SPORT-NACHRICHTEN

Schwere Gegner

Düsseldorf (sid) – Jeweils in die stärkere Gruppe wurden die deutschen Teams für die Tischtennis-WM in Tokio (28. 4. bis 9. 5.) gelost. Die deutschen Herren spielen in der Gruppe A gegen China, die CSSR, Frankreich, Jugoslawien, Südkorea, Schweden und die USA. Die Damen müssen sich mit Nordkorea, China, Ungarn, der CSSR, Jugoslawien, Frankreich und den Niederlanden auseinandersetzen.

Langer auf Rang zehn

Madrid (sid) – Bernhard Langer (Anhausen) belegte bei den Offenen Golfmeisterschaften von Madrid mit 294 Schlägen Platz zehn. Sieger wurde der Brite Sandy Lyle mit 285 Schlägen.

Spanien erster Gegner

Düsseldorf (sid) – Die deutschen Tennisspieler treffen beim World-Team-Cup, der inoffiziellen Mannschafts-Weltmeisterschaft, in Düsseldorf (2. bis 9. 5.) zuerst auf Spanien. Weitere Gruppen-Gegner sind Frankreich und Neuseeland. Titelverteidiger USA, Chile, Australien und Schweden spielen in der anderen Gruppe.

Niederlage in Portugal

Lissabon (sid) – Die Olympia-Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) unterlag in ihrem ersten Qualifikationsspiel für das Turnier 1984 in Los Angeles gegen Portugal in Lissabon mit 1:3. Das Tor für Deutschland erzielte Dieter Schatzschneider (Fortuna Köln).

Fechten: Hanisch Dritte

Paris (sid) – Cornelia Hanisch (Offenbach) belegte beim fünften Weltcup-Turnier der Florett-Fechterinnen in Paris den dritten Platz. Siegerin wurde Olga Waschakia (UdSSR).

ZAHLEN

GOLF

Captains-Cup in Frankfurt, erstes deutsches Ranglisten-Turnier '83 (Standard und Par 71): Herren 1. Thielemann (Hubbelrath) 71+73+75=219, 2. Strenger (Kronberg) 75+71+75=221, 3. Dekorsy (Stuttgart) 69+77+76=222, 4. Reiter (Braunschweig) 75+76+72=223, 5.-6. von Griesheim (Lichtenau) 71+81+75=227 und Domin (Hannover) 74+77+76=227 Schläge. – Damen: 1. Lampert (Kronberg) 75+78+75=228, 2. Bockelmann (Frankfurt) 81+74+77=232, 3. Fischer-Zernin (Köln) 78+75+80 233.

EISHOCKEY

Weltmeisterschaft in Dortmund und München, 6. Spieltag: Bundesrepublik Deutschland – CSSR 3:3, Italien – UdSSR 1:11, Finnland – Schweden 4:4, Kanada – „DDR" 5:2.

1. UdSSR	6	6	0	0	36:4	12:0
2. Schweden	6	4	1	1	23:16	9:3
3. Kanada	6	4	0	2	23:15	8:4
4. CSSR	6	3	1	2	19:15	7:5
5. BR Deutschland	6	3	1	2	16:20	7:5
6. Finnland	6	1	1	4	16:22	3:9
7. „DDR"	6	1	0	5	13:24	2:10
8. Italien	6	0	0	6	5:35	0:12

Heute spielen in München: CSSR – Italien (17.00 Uhr), Schweden – UdSSR (20.15 Uhr, Originalübertragung über die III. Fernseh-Programme von BR, HR, WDR).

GEWINNZAHLEN

6 aus 45: 18, 22, 34, 35, 41, 45, Zusatzzahl: 25. (ohne Gewähr)

FUSSBALL / Kampf der Millionäre in Wien

Wird Schuster in Barcelona von Schachner verdrängt?

M. H. Wien

Er möge doch mal sein Comeback erklären. „Ja", sagt dann Krankl (30), „es war schon der Ruf der Nation." Vor dem Fußball-Qualifikationsspiel zur Europameisterschaft (morgen 19.00 Uhr) haben sie ihren Helden wieder hervorgeholt.

Das ist wieder eine von den typisch österreichischen Fußballgeschichten. Nach der WM in Spanien haben sie ihn nämlich zum Teufel gewünscht, ihren Krankl. Doch so schnell, wie sie ihre Denkmäler stürzen, so schnell stellt man in Wien ein solches auch wieder auf den Sockel. „Mit über 900 000 Stimmen habe ich die Wahl zum Fußballer des Jahres 1983 gewonnen", sagt Krankl. Darauf betrieb er die Rückkehr ins Nationalteam, aus dem der sich verabschiedet hatte. Doch zum Umdenken hat ihn nicht nur die neuerwachte Liebe der Fans bewegt. „Ich muß schauen, vielleicht fährt der Zug noch einmal ab", sagt Krankl.

Krankl will noch einmal ins Ausland. Die letzte große Kasse machen, die Karriere im Stil eines Stars sehen. „Deshalb", sagt er, „muß ich mich international in die Auslage stellen." Das kann er nirgendwo besser als bei einem Match gegen die Deutschen.

„Wer die Tore schießt, ist egal. Hauptsache, wir schießen überhaupt welche", sagt Walter Schachner (24). Schachner hat Krankl in den vergangenen Jahren den Ruf des großen Torjägers abgelaufen. Auch für ihn wird das Spiel gegen den Vizeweltmeister zum Sprungbrett. „Am Mittwoch kommen viele Beobachter. Menotti oder ein Mann vom FC Barcelona werden auf der Tribüne sitzen", sagt Schachner.

Wenn die Spanier Schachner holen wollen, dann ist beim FC Barcelona ein Ausländer zuviel. Diego Maradonna oder Bernd Schuster? Und was ist Menottis Vertrauen zu Schuster in dem verücktesten Fußballklub der Welt wert, wenn Barcelonas steinreicher Präsident Nunes dem Fußballvolk einen neuen Torjäger präsentieren will, um endlich Real Madrid den Meistertitel abzujagen? Ein Wort im Wind.

Schachner lebt in Cesena wie ein Fürst. Doch das ist zu wenig für seinen Ehrgeiz. „Ich möchte im Europacup spielen, und das geht nur bei einem italienischen oder spanischen Spitzenklub", sagt er. Für Schachner fordert Cesena sieben Millionen Mark Ablöse.

Morgen also wird der Prater zur Börse. Zwei Österreicher, der alte und der neue Torjäger bieten sich an. Schachner will dorthin, wo sein Gegenspieler schon mal war. Und der Regisseur der deutschen Nationalelf muß seinen Job in Barcelona verteidigen: Millionäre kämpfen um ihren Arbeitsplatz.

EISHOCKEY / Sieg über CSSR knapp verpaßt

Torschütze Kühnhackl: „Sie schrien sich an, aus panischer Angst . . ."

MARCUS BERG, München

Eishockeywelt verkehrt – ein Erlebnis, das wohl so schnell nicht wiederkehren wird: „Die Spieler der CSSR feierten in der Kabine, als hätten sie uns gerade 10:0 besiegt." Das hatte Bundestrainer Xaver Unsinn am Sonntagabend beobachtet, und es erfüllte ihn mit Stolz. Denn was die Tschechoslowaken da in München bejubelten, war ihr großes Glück, gegen das Team der Bundesrepublik Deutschland gerade noch ein 3:3 gehalten und nicht verloren zu haben.

Eishockeywelt verkehrt: Die Lehrmeister der Russen, hinter die sie schon zurückgefallen sind, mußten verbissen darum kämpfen, ihren Platz in der Endrunde der besten vier Mannschaften dieser Weltmeisterschaft nicht an ein Team zu verlieren, daß sie bisher lächelnd über die Schulter betrachtet hatten.

In der deutschen Kabine saß Erich Kühnhackl still auf seinem Platz und schüttelte sein blondes, schulterlanges Haar. Es war eine Geste, in der Stolz und Traurigkeit gar nicht mehr voneinander zu trennen waren. Der Stolz: In fünf Spielen zuvor hatte er bei 25 Schüssen aufs Tor keinen einzigen Treffer erzielt, gegen die CSSR traf er gleich dreimal.

Die Traurigkeit, die Kühnhackl dennoch befiel: 14 Sekunden vor dem Spielende hätte er seine Mannschaft in die Endrunde schießen können. Er sagt: „Ich dachte, der Puck geht hinter das Tor, aber plötzlich war er an meinem Schläger, und ich habe sofort draufgehalten. Die Hälfte des Tores war leer. Doch der Kralik hechtete wie unser Weishaupt quer durch die Luft. Irgendwie hat er das Ding doch noch erwischt."

Dieser Torwart Kralik wird jetzt in der Tschechoslowakei wie ein Retter gefeiert. Die Zeitung „Zemedelske Noviny" schrieb gestern: „Die CSSR-Spieler bekamen plötzlich Angst, verfielen in Panik und nahmen schließlich dankbar das Unentschieden an. Ohne die hervorragenden Leistungen von Kralik wäre die Bundesrepublik sicherer und verdienter Sieger gewesen."

Das ist realistische Einschätzung. Und auch das mit der Panik stimmt für das letzte Drittel, in dem das deutsche Team den Gegner förmlich einschnürte und aus einem 1:3-Rückstand noch ein 3:3 machte. Erich Kühnhackl, im böhmischen Falkenau aufgewachsen (er hat dort bis zu seinem 18. Lebensjahr gewohnt) beherrscht die tschechoslowakische Sprache. Er erzählt: „Die wußten nicht mehr, was los war. Sie haben sich gegenseitig angeschrien – aus panischer Angst vor einer Niederlage. Einige haben regelrecht gewinselt. Ich fühlte mich wie in einer anderen Welt, denn jahrelang haben die doch über uns gelacht."

So bleibt nach dem 3:3 wohl als größtes Lob die lakonische Feststellung der Prager Fachzeitung „Ceskoslovensky Sport": „Ein Kampf gleichwertiger Anwärter für die Finalrunde."

Der große Erfolg verleitete Bundestrainer Xaver Unsinn offensichtlich zu einem Rundumschlag gegen alles, was mit der Organisation der WM im eigenen Lande zu tun hat: „Wir werden systematisch benachteiligt." Zum Beispiel, so Unsinn, von den Schiedsrichtern: „Wie eine Mafia pfeifen sie alle gegen uns. Sie wollen uns eben im Kreis der Großen nicht haben." Außerdem: Der Spielplan sei den deutschen Interessen nicht angepaßt worden. Es sei ein Unding, am Sonntag um 18.30 Uhr und am Montag darauf um 17.00 Uhr spielen zu müssen: „Das kostet uns die Endrunde." Das Eis in der Olympiahalle von München sei zu weich, koste deshalb zu viel Kraft, sei wellig, zu dunkel und habe Risse.

Alles, was Unsinn hier anführt, gilt selbstverständlich auch für die anderen Teams. Die „Deutsche Presse-Agentur" (dpa) schreibt: Unsinn sei „offensichtlich vom Druck einer WM im eigenen Lande überfordert".

Ärger bekommen die Organisatoren dagegen mit dem Eishockey-Weltverband wegen der Zuschauerausschreitungen in Dortmund gegen die Spieler der „DDR", die mit Fahnenstangen geschlagen, mit Flaschen beworfen und als „Mörder und Schweine" beschimpft wurden. Die Mannschaftsführung der „DDR" hat offiziell Protest eingelegt. Walter Sabetzki, der Düsseldorfer Präsident des Weltverbandes: „Ich bedauere die Vorfälle und verurteile, daß die Veranstalter so wenig Vorsorge getroffen haben."

CSU präzisiert Forderung zur Wende

■ Fortsetzung von Seite 1

rung vom Oktober „klar umschrieben" sei. Der Kanzler gehe davon aus, sagte Geißler, daß „alle Koalitionspartner" diese Regierungserklärung zur Basis ihrer Politik machten.

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) hatte in einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung" gesagte, er glaube zwar, daß die neue Regierungskoalition in Bonn gewisse Akzente anders setzen und zum Beispiel deutlich machen werde, daß Leistung und Gegenleistung einander entsprechen und gleiche rechtliche Formen haben müßten. „Aber darüber hinaus muß jeder wissen, daß die Deutschlandpolitik aus der Kontinuität heraus entwickelt werden muß." Von dem Wort „Wende" halte er nichts. „Das klingt alles viel zu dramatisch", meinte der CDU-Politiker.

Für einen Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretärs Erich Honecker sollte die Bundesrepublik Deutschland „offen" sein, wenn dieser ein Treffen in Bonn wünsche. Im Interesse beider Seiten liege es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß diese Begegnung in positiver Atmosphäre stattfinden könne. Verletzungen der Menschenrechte seien dabei der Punkt, auf den die Bundesrepublik Deutschland am empfindlichsten reagieren müsse.

Der niedersächsische Ministerpräsident, der auch dem Präsidium seiner Partei angehört, appellierte angesichts der jüngsten Kontroversen an die neuen Bonner Koalitionspartner, jetzt über die Fragen der Deutschlandpolitik miteinander zu reden, um wieder ein möglichst hohes Maß an Gemeinsamkeit zu finden.

Hannover: SPD dringt auf Untersuchung

rtr, **Hannover**

Die SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag hat die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Problem der Sondermüllbeseitigung beantragt. Nach Angaben des parlamentarischen Geschäftsführers der SPD, Reinhard Scheibe, soll der Ausschuß das bisherige Verfahren der Beseitigung von Sondermüll in Niedersachsen, die Einhaltung der Vorschriften und die Wirksamkeit der Kontrolle prüfen. Genauestens zu prüfen seien vor allem die Tätigkeiten der Behörden. Scheibe sagte, das Thema Sondermüllbeseitigung sei nicht erledigt, nur weil in Münchehagen nicht mehr nach den Seveso-Fässern gesucht werde. In der Sondermülldeponie Münchehagen war in der vergangenen Woche der Dioxin-Abfall aus Seveso vermutet worden.

Jerusalem sieht bei Shultz Gesinnungswandel

US-Außenminister soll betont herzlich empfangen werden

AFP/rtr/DW. **Kairo**

Der amerikanische Außenminister George Shultz hat seine angekündigte Rundreise durch den Nahen Osten angetreten, in deren Verlauf er die ins Stocken geratenen israelisch-libanesischen Verhandlungen und eine Lösung des Palästinenser-Problems vorantreiben will. Shultz traf gestern abend in Kairo ein. Nach Ägypten standen Israel, Libanon, Jordanien und möglicherweise auch Syrien auf dem Reiseprogramm des amerikanischen Ministers.

Auch vom saudiarabischen König Fahd habe er eine Einladung erhalten, sagte Shultz. Den begleitenden Journalisten erklärte er auf dem Flug nach Kairo, er sei „entschlossen, im Nahen Osten zu bleiben, solange eine Chance für den Rückzug der fremden Truppen aus Libanon besteht". Dies gab Spekulationen Auftrieb, Shultz bereite sich auf eine Pendelmission nach dem Vorbild Henry Kissingers vor.

Trotz der guten bilateralen Beziehungen zwischen Kairo und Washington erwarten Shultz in der ägyptischen Hauptstadt schwierige Gespräche. Vor der Ankunft des USU-Außenministers hatte der ägyptische Staatspräsident Mubarak die hohen Ansprüche Kairos an die Shultz-Mission deutlich gemacht. Er bezeichnete ein libanesisch-israelisches Abkommen über einen vollständigen Abzug der israelischen Truppen aus Libanon als „Minimum", um die Rundreise des Außenministers als Erfolg bezeichnen zu können. Der Rückzug Israels aus Libanon wird von Kairo auch zur Vorbedingung für die Lösung des Palästinenser-Problems gemacht.

Shultz sollte gestern abend in Kairo mit den amerikanischen Botschaftern in der Region zusammentreffen. Zu der Sitzung wurden dem Vernehmen nach auch der amerikanische Sonderbotschafter Philip Habib und der für Nahost zuständige stellvertretende Außenminister Nicholas Veliotes eingeladen.

*

EPHRAIM LAHAV, **Jerusalem**

Amerikanische Außenminister pflegen den Nahen Osten zu besuchen, wenn ihr Präsident einen außenpolitischen Erfolg dringend braucht – so geschehen unter den Präsidenten Nixon und Carter. Das israelische Außenministerium rätselt, ob die Nahost-Mission von US-Außenminister George Shultz den gleichen Motiven entspricht. Die israelische Regierung ist sich noch nicht schlüssig darüber.

Ein Vorschlag des ehemaligen Verteidigungsministers (jetzt Minister ohne Portefeuille) Sharon, Shultz jeglichen Erfolg zu versagen, wurde auf Ministerpräsident Begins Geheiß hin abgewiesen. Die Regierung beschloß sogar, Shultz mit betonter Herzlichkeit zu empfangen. „Böse sein kann man auch nachher", bemerkte ein israelischer Diplomat.

Israel glaubt, bei Shultz einen Gesinnungswandel erkannt zu haben: Seit König Husseins Weigerung, sich am Friedensprozeß zu beteiligen, tritt er öffentlich gegen die PLO auf. Shultz war es auch, der gegen den Widerstand von US-Verteidigungsminister Weinberger das Einverständnis Präsident Reagans durchsetzte, Israel die Technologie zum Bau des Kampfflugzeugs „Lavie" zu geben. Doch steht Shultz' Besuch unter dem Vorzeichen zunehmender Verluste an Menschenleben, die Israels Streitkräfte in Libanon hinnehmen müssen.

Seit der offiziellen Beendigung des „Unternehmens Frieden für Galiläa" sind 183 israelische Soldaten in Libanon gefallen – die meisten bei Angriffen aus dem Hinterhalt. Israelische Truppen, die sich im Sommer 1982 in Libanon frei bewegten und sich mit der Bevölkerung anfreundeten, zeigen sich jetzt nur schwer bewaffnet und fahren in Geleitzügen.

Der ständige Aderlaß ist auf die Dauer für Israel unerträglich. Auch die öffentliche Meinung begehrt auf. Das führte dazu, daß die Regierung auf ihrer wöchentlichen Sitzung am vergangenen Sonntag den Vorschlag zweier Minister besprach, die Armee solle einen unilateralen Rückzug bis zum Fluß Awali unternehmen, der ungefähr 50 Kilometer nördlich von der israelischen Grenze verläuft. Wie meistens bei sicherheitspolitischen Fragen, richteten sich die Minister nach Begin. Er vertagte die Entscheidung. Bezeichnend war es jedoch, daß der Vorschlag der zwei Minister auf Begins Geheiß auf die Tagesordnung der Regierung gesetzt worden war.

Der Ministerpräsident, so scheint es, möchte das ganze Thema eines Rückzugs offenhalten, um es als Drohung gegen die libanesische Regierung zu nutzen. Für diese wäre ein solches Vorgehen eine Kalamität größten Ausmaßes, denn sie wäre nicht fähig, ein derart großes Gebiet unter Kontrolle zu halten. Doch auch Shultz möchte keinen unilateralen Rückzug der Israelis sehen, sondern einen ausgehandelten, und mit Libanon koordinieren. An Shultz liegt es nun, den libanesischen Präsidenten Gemayel zu gewissen Zugeständnissen zu bewegen, um Israels Forderung nach Sicherheitsmaßnahmen in Südlibanon zu erfüllen.

„Westen enttäuscht Bürgerrechtler"

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte bei Anhörung des Europaparlaments

ULRICH LÜKE, **Brüssel**

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) in Frankfurt hat die Haltung der westlichen Staaten auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid scharf kritisiert. Während einer Anhörung des Europaparlamentes in Brüssel sagte der Vorsitzende der IGfM, Reinhard Gnauck, die Erwartungen der Menschen in Osteuropa an das Madrider Treffen seien trotz des unbefriedigenden Ausganges der ersten KSZE-Folgekonferenz in Belgrad sehr hoch gewesen. Doch ihre Hoffnung, der Westen werde über „Worte des Protestes hinaus zu politischen Taten der Unterstützung" kommen, sei enttäuscht worden.

„Wie kann man dem Ausgang der Madrider Konferenz mit Optimismus entgegensehen, wenn man feststellen muß, daß die Respektierung der Menschenrechte in den Ländern des Ostens immer weiter abnimmt", fragte Gnauck. Acht Jahre nach Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte von Helsinki sei festzustellen: „Grundsätzliche Verbesserungen der Menschenrechtssituation sind in keinem osteuropäischen Unterzeichnerstaat erkennbar. Die in der KSZE-Schlußakte versprochene Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen sind in diesen Ländern vielfach sogar geringer geworden, in vielen Fällen sind dramatische Verschlechterungen zu verzeichnen."

Gnauck warf den westlichen Regierungen „unterlassene Hilfeleistung" vor. Im Glauben an eine öffentliche Unterstützung aus dem Westen hätten sich in fast allen *Ostblockstaaten Bürgerrechts*gruppen gebildet, die von ihren Regierungen die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem „Korb 3" von Helsinki forderten. Sie seien fast ausnahmslos zerschlagen worden. Der Westen habe ihnen keine wirksame Hilfe gegeben. „Die westlichen Regierungen haben offensichtlich nicht erkannt, daß Bürgerrechtler wie Andrej Sacharow und Lech Walesa ihre besten Verbündeten sind", meinte Gnauck.

Wenn das Schlußkommuniqué von Madrid noch nicht einmal auf die Menschenrechte Bezug nehmen sollte, dürften die Regierungen der Zehn es nicht unterzeichnen, forderte der IGfM-Vorsitzende. Das bedeute keine Absage an den Helsinki-Prozeß, wohl aber die klare Demonstration, daß die EG von den Ländern des Ostblocks eine wirkliche Verbesserung im Bereich der Menschenrechte erwarte. Die IGfM ermunterte das Europäische Parlament ausdrücklich, seine Menschenrechtsarbeit zu intensivieren. Sie regte einen regelmäßigen Bericht des Europäischen Parlaments zur Lage der Menschenrechte in den KSZE-Unterzeichnerstaaten an.

Einen gesonderten Bericht über die Verwirklichung der KSZE-Schlußakte in der „DDR" gab Wulf Rothenbächer im Namen der IGfM. Rothenbächer hatte nach einem gescheiterten Fluchtversuch 15 Monate politischer Haft in der „DDR" erdulden müssen. Er wies in Brüssel darauf hin, daß die „DDR" die Verpflichtung von Helsinki, menschliche Kontakte über die Grenzen hinaus zu fördern, nicht erfüllt habe: „Wie vor der Unterzeichnung der KSZE-Schlu*ßakte herrscht ein Zustand der* Willkür der Behörden bei der Reisegenehmigung." Rothenbächer verwies auf den Fall Burkert, auf die Erhöhung des Zwangsumtausches für „DDR"-Besucher und die Verschärfung der Strafbestimmungen „für angeblich politische Delikte", zum Beispiel für den Fall, daß ein Bewohner der „DDR" Kontakt mit einer westlichen humanitären Organisation aufnehme.

Das Brüsseler Hearing zur Lage der Menschenrechte wurde vom Politischen Ausschuß des Europäischen Parlaments veranstaltet. Es diente der Vorbereitung einer Menschenrechtsdebatte des Parlaments in der Maisitzung. Neben der IGfM kamen dabei auch Amnesty International sowie die französischen Organisationen „Ärzte ohne Grenzen" und die Féderation Internationale des droits de l'homme" zu Wort. Alle Organisationen appellierten an das Europäische Parlament, seine Menschenrechtsarbeit zu verstärken.

Der Bericht des britischen Lord Bethell über die Lage in der Sowjetunion war auf dessen Wunsch in der Aprilsitzung vertagt worden, da Moskau dem Abgeordneten ein Visum für eine Privatreise in die Sowjetunion in Aussicht gestellt hatte. Lord Bethell versucht seit zwölf Jahren vergeblich, die Einreisegenehmigung zu erhalten. Nach der Vertagung des Berichts zogen die sowjetischen Behörden ihre Zusage zurück. Damit behielten die Parlamentarier recht, die im Verhalten Moskaus von vornherein ein Täuschungsmanöver gesehen hatten, mit dem die Debatte über die Lage der Menschenrechte in der Sowjetunion verhindert werden sollte.

Gewerkschaft HBV setzt Maßstäbe

Abkommen über Rationalisierungsschutz bei Banken und Versicherungen

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat mit den soeben vereinbarten Rationalisierungsschutzabkommen für das Bank- und Versicherungsgewerbe Maßstäbe gesetzt, die nach Meinung ihres Vorstandsmitglieds Lorenz Schwegler „künftig gleichrangig neben Betriebsverfassungsgesetz und Kündigungsschutzgesetz stehen werden".

Derartige Abkommen haben in der Vergangenheit stets die Einkommenssicherung der betroffenen Arbeitnehmer zum Ziel gehabt. Die zum 1. Mai dieses Jahres in Kraft tretenden beiden neuen Abkommen allerdings verschaffen jenen Arbeitnehmern, deren Stellen als Folge von Rationalisierungsmaßnahmen ganz wegfallen oder aber in ihrer tariflichen „Wertigkeit" sinken, Rechtsansprüche auf Weiterbeschäftigung auf einem zumutbaren und möglichst gleichwertigen Arbeitsplatz. Falls erforderlich, soll der Arbeitnehmer dazu auch die notwendigen Umschulungsmaßnahmen auf Kosten des Arbeitgebers in Anspruch nehmen.

Im Versicherungsgewerbe sind die Arbeitgeber noch zu einem weiteren, in der Diskussion über Entlastung des Arbeitsmarktes durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit wichtigen Zugeständnis bereit gewesen. Wenn keine Weiterbeschäftigungsmöglichkeit für den von Rationalisierungsmaßnahmen Betroffenen gefunden wird, soll geprüft werden, ob die Kündigung durch die vorzeitige – freiwillige – Pensionierung eines anderen, älteren Arbeitnehmers abgewendet werden kann. Die Prüfung soll „unter Einschluß der Arbeitnehmervertretung" vorgenommen werden; für die freiwillige Pensionierung sind „sozial geregelte Bedingungen" vorgesehen.

Schwegler, in seiner Gewerkschaft für den Bereich Banken und Versicherungen zuständig, bezeichnete die beiden Abkommen als „Meilensteine auf dem Weg zur Beherrschung der sozialen Risiken der Büro-Automation". Zum einen bringen sie nach seiner Ansicht eine verbesserte Rechtsstellung für den einzelnen Arbeitnehmer gerade in einem Bereich, in dem die Rationalisierung rasch voranschreitet. Zum anderen aber könne man auch von wesentlichen Verbesserungen für die betriebliche Personalplanung und von einer verbesserten Geschäftsgrundlage für die Beratungen zwischen Arbeitgebern und Betriebs- und Personalräten sprechen.

Nicht erreicht worden sei, mit diesen Abkommen die Zahl der im Bank- und Versicherungsgewerbe insgesamt vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern und auszubauen. Rationalisierungsschutzabkommen seien dafür auch nicht die geeigneten Instrumente. Zur Sicherung der Gesamtarbeitsplätze setze die HBV nach wie vor auf die Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Seit 15 Jahren ohne Prozeß im GULag

KNA, **Brüssel**

Seit 15 Jahren ist der belgische Staatsbürger sowjetischer Abstammung Jermak Lukjanow in sowjetischer Haft. Die Familie hatte bislang geschwiegen, um nicht die diplomatischen Schritte der Regierung zur Befreiung Lukjanows zu belasten. Nachdem sie aber seit einem Jahr kein Lebenszeichen des Inhaftierten mehr erhalten hatte und die an ihn gesandten Briefe wieder nach Belgien zurückkamen, ging die Familie an die Öffentlichkeit.

Nach einer Pressenotiz des Nachrichtendienstes „Eglisi" nahmen sich auch andere Medien sowie die Gefangenenhilfeorganisation Amnesty International des Falles an. Schließlich brachte der flämische christliche Abgeordnete Van Wambeke eine Anfrage im Parlament ein. Außenminister Leo Tindemans versicherte, daß Lukjanow noch lebe und mit seiner Freilassung am 7. Juni dieses Jahres zu rechnen sei. Frau Lukjanow und ihre neun Kinder fürchten allerdings, daß sie ihren Mann und Vater nicht lebend wiedersehen werden.

Jermak Lukjanow (69) war während des Zweiten Weltkriegs als Offizier der Roten Armee in deutsche Gefangenschaft geraten und hatte sich später in Belgien angesiedelt, wo er 1967 die belgische Staatsangehörigkeit erhielt. Als er ein Jahr später eine Reise in die UdSSR unternehmen wollte, wurde er beim Grenzübertritt in die Sowjetunion festgenommen. Ein Prozeß gegen ihn wurde jedoch nicht vorbereitet, vielmehr brachte man ihn für viele Jahre in psychiatrische Spezialkliniken. „Eglisi" gibt an, daß Lukjanow am 10. Juni 1982 in die Psychiatrie Kazan geschickt worden sei. Seitdem verliert sich seine Spur.

Frau Thatcher soll Auskunft geben

SAD, **London**

Der britische Labour-Abgeordnete Ted Leadbitter hat die Spionagebeschuldigungen gegen den stellvertretenden „DDR"-Botschafter in London, Heinz Knobbe, zum Anlaß genommen, Premierministerin Thatcher persönlich um Auskunft zu bitten. Leadbitter will wissen, ob Knobbe tatsächlich versucht hat, in London ein Spionagenetz aufzubauen. Auch fordert er in einem Brief an Frau Thatcher eine Stellungnahme zu Informationen, daß die „DDR" im Nordlondoner Stadtteil Hendon Eigentumswohnungen besitzt.

Die „DDR"-Botschaft bezeichnete die Beschuldigungen gegen Knobbe gestern als „reine Erfindung". Knobbe halte sich weiterhin in London auf. Die Vorwürfe gegen ihn gehen auf Aussagen eines früheren Mitarbeiters der „DDR"-Delegation bei der internationalen Seefahrtorganisation der UNO in London zurück.

Vom Melodram zum Realismus – Eine Reihe ägyptischer Filme im ZDF

Beduinen-Abenteuer und trister Alltag

Ägypten ist das einzige arabische Land, in dem es seit der Stummfilmzeit eine kontinuierliche Filmproduktion gibt. Für die ersten Aktivitäten zeichneten Ausländer verantwortlich: 1912 drehte der Italiener de Lagarne einige dokumentarische Alltagsszenen; zwei weitere Italiener – Dores und Osato – gründeten 1917 eine italienisch-ägyptische Filmgesellschaft, die noch im selben Jahr drei Spielfilme produzierte. Die beiden machten allerdings den Fehler, ihre Filme mit ausländischen Darstellern zu drehen und mit französischen Untertiteln herauszubringen.

So blieb der Erfolg aus, und so datiert der eigentliche Beginn einer ägyptischen Filmproduktion erst sechs Jahre später mit dem Debüt des Regisseurs Mohammed Baoumi, der sein Handwerk in Deutschland erlernt hatte. Bereits sein erster Film, „El Bash' Kateb" (1923), in dem sich ein kleiner Angestellter für seine Liebe zu einer Bauchtänzerin ruiniert, war überaus erfolgreich. Zwei Jahre später wurde die heute noch existierende Produktionsgesellschaft MISR gegründet.

Bei der Einführung des Tonfilms allerdings mußte Ägypten noch einmal ausländische Hilfe in Anspruch nehmen. Den ersten ägyptischen Tonfilm, „Anshodet el Fuad" (Lied des Herzens) drehte 1931 Mario Volpi in Paris. Die 1935 vollendeten großen MISR-Studios wurden mit der Produktion eines Musicals eröffnet, das der deutsche

Alexandria . . . warum? – ZDF, 22.05 Uhr

Regisseur Fritz Kramp inszenierte. Damit stand die ägyptische Produktion endgültig auf eigenen Füßen. Produktionsziffer und technischer Standard wuchsen kontinuierlich. Allerdings waren die meisten Filme anspruchslose Musicals oder melodramatische Beduinen-Abenteuer.

1939 drehte dann Kamal Selim seinen Film „El Azima" (Schicksal), der als erster anspruchsvoller und realistischer Film Ägyptens gilt. Er berichtet vom Kampf eines jungen Mannes um sozialen Aufstieg und schildert überzeugend die Welt der kleinen Leute. Doch erst rund fünfzehn Jahre später machte dieses Filmbeispiel Schule.

Wegbereiter einer neuen künstlerischen Entwicklung, die sicherlich auch vom gewachsenen nationalen Selbstbewußtsein begünstigt wurde, war der Regisseur Salah Abu Seif, der bereits an „El Azima" mitgearbeitet und 1945 seinen ersten eigenen Film inszeniert hatte. Wie Selim bemühte sich Salah Abu Seif um die realistische Darstellung des ägyptischen Alltags. Und immer ergreift er die Partei der Schwachen gegen widrige Umstände, gegen illegale Praktiken und behördliche Willkür.

Viele der jüngeren Regisseure, darunter auch Youssef Chahine, zur Zeit Ägyptens bekanntester Filmemacher, haben ihr Handwerk im Ausland, in Frankreich, England, den USA gelernt. Von Chahine, dessen Vielseitigkeit sich in sehr unterschiedlichen Genres bewährte, zeigt das ZDF heute abend einen bemerkenswerten Streifen: „Alexandria . . . warum?", gedreht 1978, ist das Porträt des Regisseurs als Jüngling und zugleich ein Stück ägyptischer Geschichte, der Prozeß der Selbstfindung eines Mannes und einer Nation.

M. v. SCHWARZKOPF

KRITIK

Weihevolle Sprache

Für das abgesetzte Fernsehspiel „Im Namen des Kreuzes" wurde ein Stück des Expressionisten Georg Kaiser aus dem Jahre 1940 namens „**Klawitter**" (ARD) hervorgeholt. „Klawitter" habe ihn, sagte Kaiser selbst, technisch und sittlich befriedigt wie keines seiner anderen Stücke. Das ist wohl der stark autobiographischen Handlung zuzuschreiben: Ein verfemter Theaterdichter beschließt, seine neueste Schöpfung als das Werk eines Unbekannten auszugeben. Den Ruhm und die überraschend reichlich fließenden Einnahmen tritt er dem andern ab, der in seiner Abgefeimtheit nicht einmal das abgemachte Kostgeld bezahlen will, sondern ihm auch noch die Frau stiehlt. Blind vor Zorn lehnt sich der Held gegen das schmähliche Ende auf, das er sich selbst bereitet hat.

Die Unglaubwürdigkeit des Geschehens, das sich in einem satirisch überdeutlich ausgepinselten NS-Staat abspielt, wird noch vermehrt durch die weihevolle gebundene Sprache, der sich alle Figuren zu befleißigen haben. Der Regisseur Günter Gräwert, der das Ganze in kahle, halbwirkliche Szenenbilder von Jörg Neumann stellte, muß mit seiner vorzüglichen Schauspieler-Crew (Gerhard Olschewski, Rosl Zech, Dieter Kirchlechner u. a.) seine liebe Not gehabt haben.

HELMUT JAESRICH

Ungeschönte Wirklichkeit

An der „pommerschen Ostseeküste" (so Filmautor Olrik Breckoff in dem Beitrag „**Die Hanseaten der DDR**", ARD) liegt die einstige Hansestadt Stralsund mit bewegter Vergangenheit. Im Hochmittelalter gegründet nach lübischem Recht wie alle deutschen Ostseestädte bis hinauf nach Reval, fiel sie 1648 an Schweden und 1815 an Preußen. Heute werden dort, im „DDR"-Bezirk Rostock, riesige Handelsschiffe für die Sowjetunion gebaut.

Auf Spuren der Vergangenheit stößt man allenthalben in der malerischen Altstadt, Breckoff aber wollte mehr bieten, nämlich einen „Einblick in das Alltagsleben" einer sozialistischen Stadt von heute 74 000 Einwohnern, was ihm hervorragend gelungen ist. Schon ein Kameraschwenk ins Schaufenster mit einer Literflasche „Nordhäuser Doppelkorn" zu 32 Mark (Tagesverdienst eines Werftarbeiters) war da aufschlußreich genug. Die offenherzig geführten Gespräche mit Anglern und Seglern am Hafen förderten so viel ungeschönte „DDR"-Wirklichkeit zutage, daß man bei diesem wortkargen Menschenschlag sozialistischen Verheißungen kaum eine Chance einräumen wollte.

Und wo Funktionäre ins Bild kamen, verstand es Breckoff, geschickt Informationen zu erfragen, wie die, daß man auch im Sozialismus Eigentumswohnungen kaufen und weitervermieten kann, freilich ohne ein Geschäft damit zu machen. Wie das zu bewerkstelligen sei, bleibt allerdings Staatsgeheimnis.

JÖRG BERNHARD BILKE

STUDIO

Die französische Regierung will mit einem einheitlichen Zuweisungssystem künftig die Produktionsausgaben der **drei Fernsehprogramme streng überwachen** und Verschwendungen verhindern. Das kündigte der Staatssekretär für Kommunikationstechnik, Georges Filloud, auf der internationalen Fernseh-Programmesse „MIP-TV" in Cannes (Südfrankreich) an. Er kritisierte die drei Sendeanstalten scharf wegen ihrer Rivalität, die oft zum Nachteil der Zuschauer keine echten Alternativ-Programme ermögliche, sondern zu Parallel-Programmen nach gleichem Muster führe.

Im Haushalt des nächsten Jahres sollen nach seinen Angaben einheitliche Budgets für die drei Sendeanstalten nachträglichen Einblick in die Verwendung der Mittel ermöglichen. „Die Art der Ausgaben muß klar erkennbar sein, und vor allem muß man zur Kontrollausübung im voraus wissen, wieviel der Mittel wirklich der reinen Programmgestaltung zugute kommen", sagte Filloud. „Das bewilligte Geld muß zu einem feststehenden Anteil der Produktion zufließen, anstatt für ungerechtfertigte Verwaltungs- und Allgemeinausgaben verwendet zu werden." So seien 1982 rund 130 Millionen Franc (43 Millionen Mark) für die Fernseh-Produktion bewilligt worden, ohne daß heute nachgeprüft werden könne, was aus diesem Geld geworden ist.

*

Zwei Amateur-Schmalfilmer aus Nordrhein-Westfalen zwischen 20 und 26 Jahren können demnächst auf **Kosten des Westdeutschen Rundfunks (WDR) auf Weltreise** gehen. Die beiden jungen Leute sollen sechs Monate (Oktober bis März 1984) unterwegs sein und jede Woche einen Vier- bis Fünf-Minuten-Beitrag für eine neue Serie im Dritten Programm nach Köln schicken. Die Sendereihe wird in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen und Schweizer Fernsehen produziert, die ebenfalls jeweils zwei Kandidaten reisen lassen werden. Auf die drei besten Kandidaten warten Geldpreise. Neben Schmalfilmer-Erfahrung sind für eine Bewerbung auch Kenntnisse in mindestens einer Fremdsprache erforderlich. (dpa)







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Eishockey-WM
10.40 Achtung Aufnahme!
12.10 Aus Forschung und Technik
12.55 Presseschau
13.00 heute

16.10 Tagesschau
16.15 Der Traum vom Lokomotivführer
Technische Beamte im „Alleindienst besonderer Art"
(Wh. v. 1981)
Wer wollte als Kind nicht einmal Lokomotivführer werden? Seit 150 Jahren existiert dieser Begriff. Der Film zeigt den Arbeitsalltag eines jungen Lokführers und den eines älteren Kollegen, der noch auf der Dampflok fuhr.
17.00 Scherlock Schmidt & Co.
Beethoven im Zeltlager
Fernsehfilm von Andreas Reinhard
17.30 Klamottenkiste
Omas Plätzchen
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Bananas
Musik und Nonsens
Als Gäste: Gary Brooker, Blancmange, Snäp, Ralph De Blanc, Trio, Marianne Faithfull, Bonny Tyler u. a.
21.00 Monitor
Tatort Umwelt – Wer ermittelt, wer verfolgt Verstöße gegen Umweltschutzgesetze? / Rettungsdienste in Not – Einsparungen im Gesundheitswesen gefährden Menschenleben / Wehrgerechtigkeit oder Existenzvernichtung? – Die Bundeswehr mobilisiert ältere Wehrpflichtige
Moderator: Gerd Ruge
21.45 Der Aufpasser
Englische Krimiserie
Ein Wein vom Feinsten
22.30 Tagesthemen
23.00 Eishockey-WM
Schweden – UdSSR
Sprecher: Jochen Sprentzel
23.30 Arena
Kultur vor Mitternacht
Abschied vom starken Mann?
00.30 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Mosaik
Berlin is doch keen Dorf
Sonnen- und Schattenseiten einer Stadt, die eine Insel geworden ist.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Strandpiraten
Das große Geld
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Das kann ja heiter werden
Verrückte Sachen mit Peer Augustinski
Dr. Frank von Steins Geschöpfe
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
19.00 heute
19.30 Die Perle Anna
Lustspiel von Marc Camoletti
Mit Elfriede Ott und Ossy Kolmann u. a.
Regie: Claus Homschalk
21.00 heute-journal
21.20 Mit Luftballons gegen Mauern
Psychisch Kranke spielen Theater
Ein Film von Jürgen Lücking
Ein einsamer und kontaktarmer Mensch spielt mit einem Luftballon, dem Symbol für seine Phantasie und seine Freiheit: das ist eine Schlüsselszene in dem Musical „Riesenstadt – Block 17", das die Patienten einer Fachklinik für Psychiatrie spielen.
22.05 Der besondere Film
Alexandria . . . warum?
Ägyptisch-alger. Spielfilm, 1978
Regie: Youssef Chahine (Dt. Erstauff.)
Das ZDF wird in den kommenden Wochen vier ägyptische Spielfilme vorstellen, die Informationen und Eindrücke über dieses wichtige arabische Land, seine Bewohner, seine Kultur und seine Geschichte vermitteln.
00.15 heute



Claudia (Jutta Heinz) und ihr Schwarm Robert (Charles Elkins) amüsieren sich in Abwesenheit von Claudias Mann. – „Die Perle Anna", ZDF, 19.30 Uhr.
FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Eishockey-WM
Schweden – UdSSR in München
22.30 Formel Eins
23.15 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Wüste siegt (4)
19.00 Altes Fachwerk – neues Haus
19.30 Landwirtschaft heute
20.00 Tagesschau
20.15 Ich war in der Nervenklinik
21.00 Der eigene Feiertag
22.30 Science-Fiction
Unfall im Weltraum
Engl. Spielfilm, *1969*
00.05 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Doctor Snuggles (12)
18.55 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars (12)
19.05 Formel Eins
19.45 Tips für Schule und Beruf
20.00 Tagesschau
20.15 Eishockey-WM
Schweden – UdSSR
22.30 Zeitgeschichte im Fernsehen

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Badenwürtemberg
20.15 Frauen im Hause Württemberg
20.45 S 3 Kinokalender
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Magazin Sport regional
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Welt-Bilder
21.00 Der Tanz auf dem Wasser
Libellen
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
21.15 Der Mann im Strom
Dt. Spielfilm, 1958
22.45 Les Gammas! Les Gammas!

BAYERN
18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Heilende Hände
19.30 Formel Eins
20.15 B III Sport aktuell
Eishockey-Weltmeisterschaft
Schweden – UdSSR
21.00 Rundschau
21.15 Eishockey-Weltmeisterschaft
22.00 Z. E. N.
22.05 Teufelskerle
22.15 Eishockey-Weltmeisterschaft
23.00 Detektiv Rockford:
Anruf genügt
23.45 Rundschau

Bemerkenswerter Erfolg

fu (London) – Nicht nur die Tatsache, daß die Inflationsrate in Großbritannien im Monat März mit 4,6 Prozent auf Jahresbasis den niedrigsten Stand seit 15 Jahren erreicht hat, ist für die konservative Regierung unter Premierministerin Margaret Thatcher Anlaß zum Jubel. Noch stärker zählt wohl die mit Genugtuung verbreitete Botschaft, daß das Vereinigte Königreich jetzt zu den sechs Nationen zählt, die in der Bekämpfung der Inflation die größten Erfolge aufzuweisen haben.

Man darf nicht vergessen, daß die Briten fast schon ein Jahrzehnt lang zu den unrühmlichen Tabellen-Letzten zählten. Um so bemerkenswerter ist dieser Erfolg der konservativen Regierung, zumal er gegen eine bereits gefährlich weit entwickelte Inflations-Mentalität im Lande erzielt wurde.

Wichtig ist jetzt, daß das Erzielte nicht wieder wie so oft zuvor leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird. Überhöhte Gewerkschaftsforderungen in einigen Bereichen mit dem Hinweis auf den ja schließlich miterkämpften Erfolg an der Inflationsfront zeigen, wie schwach ausgeprägt das Stabilitäts-Bewußtsein in Großbritannien allgemein ist. Die Regierung Thatcher ist völlig richtig beraten, wenn sie der Bekämpfung der Preissteigerung unverändert höchste Priorität einräumt.

Im Gegensatz zu den meisten Gewerkschaftsfunktionären sieht sie nämlich nicht nur den guten Tabellenplatz, sondern erkennt auch, daß das Rennen um die Top-Plazierungen an die größten Wirtschafts-Konkurrenten Japan, Deutschland und USA vergeben ist.

Notwehr?

hg – „Notwehr" nennt Bauindustrie-Präsident Günther Herion die vom Bundeskartellamt beanstandeten Preisabsprachen etlicher Mitglieder seines Verbandes, Notwehr „gegen den Mißbrauch öffentlicher Nachfragemacht". Notwehr? Nun ja, die Bauwirtschaft hat es gelegentlich schwer – da sie nicht auf Lager fertigen kann, rennt sie ständig dem Einzelauftrag nach. Das ist zweifellos mühsam. Aber sind Preisabsprachen die angemessene Reaktion? Gab es nicht am 13. Juli 1981 ein „Spitzengespräch" im Bundeskartellamt, um den Betroffenen klarzumachen, daß dieses Amt auch für Mißbräuche der öffentlichen Hand zuständig ist? Sie müßten nur über den Verband auf den Tisch des Hauses gebracht werden, und die Behörde werde sich darum kümmern. Und was kam? Nichts! Ist es mithin doch nicht so arg mit dem Mißbrauch der öffentlichen Nachfragemacht? Oder ist das nur ein Vorwand für Preisabsprachen? Denn merkwürdigerweise sind auch private Auftraggeber solchen Absprachen zum Opfer gefallen – sehr renommierte und hinreichend liquide Unternehmen. Notwehr?

WELTHANDEL / Vorbereitungen zur 6. Unctad-Konferenz in Belgrad

Deutscher Exporthandel plädiert für eine stärkere Öffnung der Märkte

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Ihre Bereitschaft zu einer stärkeren Öffnung ihrer Märkte und weiteren finanziellen Hilfen sollten die Industriestaaten nach Ansicht des deutschen Exporthandels auf der bevorstehenden 6. Welthandelskonferenz der Unctad deutlich machen, die vom 6. bis 30. Juni in Belgrad stattfindet. Dies nütze der Dritten Welt mehr als ein neuer Dirigismus im Rohstoffbereich.

Der Bundesverband des Deutschen Exporthandels, der jetzt Positionen für Unctad VI abgesteckt hat, betont, das integrierte Rohstoffprogramm, das die Basis für die von den Entwicklungsländern geforderte „neue Weltwirtschaftsordnung" sein sollte, sei aufgrund mangelnden Interesses der Entwicklungsländer gescheitert. „Der riesige Kostenaufwand für die jahrelangen Behandlungen und Mammutkonferenzen kontrastiert erheblich mit dem mageren Ergebnis", heißt es in einem internen Papier. Daher warnt der Verband, der sich von dieser Konferenz nicht sehr viel verspricht, vor Zugeständnissen aus außenpolitischen Gründen, die sich später als wirtschaftlich nicht tragfähig erweisen. Zu den wichtigsten Themen merkt der Verband an:

Liquiditätstransfer: Es wird davon ausgegangen, daß dieses das Zentralproblem der Konferenz wird. Denn aufgrund der hohen Verschuldung, der Defizite in der Zahlungsbilanz, der gesunkenen Rohstoffpreise und der verschlechterten Austauschverhältnisse sind zahlreiche Entwicklungsländer in eine Klemme geraten. Durch die Übertragung von Liquidität von den westlichen Industrieländern auf die Dritte Welt soll deren Nachfragemöglichkeit gestärkt werden, was dem Export der entwickelten Staaten zugute käme. Nach Auffassung der Unctad sollen der Weltwährungsfonds und internationale Finanzinstitutionen die notwendigen Sonderziehungsrechte schaffen. So weit geht der Verband allerdings nicht, er plädiert jedoch für eine größere Bereitschaft für Finanzhilfen der Industriestaaten.

Marktöffnung: Die meisten EG-Staaten sind im Gegensatz zu den USA der Ansicht, daß in diesem Punkt die möglichen Grenzen erreicht wurden. Der Export-Verband fürchtet, daß es in dieser Frage in Belgrad zu ähnlich unheilvollen Differenzen zwischen der EG und den USA kommen könne wie auf der jüngsten Gatt-Ministerratstagung im November in Genf. Der Verband hält eine weitere Öffnung im Interesse der Entwicklungsländer für vertretbar, zumal da sich deren Exporte nur im geringen Umfang auf Fertigwaren konzentrieren.

Rohstoffpolitik: Der starke Preisverfall für Rohstoffe seit Ende 1980 bestätigt die seit Jahren vom Handel vertretene Auffassung, daß mit dem Rohstoffabkommen die Probleme der Monokultur der Entwicklungsländer nicht gelöst werden können. Im Gegenteil, Rohstoffabkommen stärken noch diese Einseitigkeit, da sie zu einer Ausdehnung der Produktion anregen. Obwohl auch in der Dritten Welt das Interesse am integrierten Rohstoffprogramm geschwunden ist, dürften in Belgrad neue Forderungen auf den Tisch kommen, die nach Ansicht des Handels jedoch abgelehnt werden sollten. Auch die jetzt favorisierte Erlösstabilisierung, wie sie von der EG bereits mit den Entwicklungsländern Afrikas, des karibischen pazifischen Raumes vereinbart wurde, könne nur weltweit ausgedehnt werden, wenn eindeutige Kriterien festgelegt werden.

Institutionelle Stärkung der Unctad: Die UN-Organisation strebt die Zuständigkeit für alle Währungs-, Finanz- und Handelsfragen der Entwicklungsländer an. Dies wird von der Außenwirtschaft strikt abgelehnt, denn in diesem Bereich, in dem es um handelspolitische Verpflichtungen von Staaten gehe, sei das Mehrheitsprinzip nicht angebracht.

Zollpräferenzen: Der Handel setzt sich für eine liberalere Handhabung dieses Instruments ein. Die Präferenzen sollten auch weiterhin autonom gewährt werden. Der Ausschluß von Lieferstaaten sei schon deshalb entwicklungspolitisch nicht gerechtfertigt, da diese Staaten in der Regel nur bei wenigen Produkten konkurrenzfähig sind.

Reziprozität: Die Forderung, daß Schwellenländer den Industriestaaten abgestuft die gleichen Rechte zugestehen sollten, die ihnen von den entwickelten Ländern eingeräumt werden, sollte nach Ansicht des Handels nicht im Rahmen der Unctad, sondern des Gatt diskutiert werden. Überdies laufe diese Forderung auf eine Reduzierung der bisherigen handelspolitischen Hilfen hinaus.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Krisenmanagement auf dem Stahlmarkt wird verlängert

W. HADLER, Luxemburg

Grundsätzliches Einvernehmen über die Verlängerung des Krisenmanagements auf dem europäischen Stahlmarkt haben die Wirtschaftsminister der EG gestern in Luxemburg erzielt. Über einige Einzelheiten der seit 1980 geltenden Produktionsquotenregelung bestehen allerdings noch beträchtliche Meinungsunterschiede.

Die Aussprache machte deutlich, daß die meisten Regierungen ihre eigenen Anstrengungen zur Modernisierung und Umstrukturierung der Branche für besonders fortgeschritten halten und daher bei der Quotenzuteilung belohnt oder wenigstens nicht bestraft werden wollen. Auch über die Dauer der Verlängerung und die Einbeziehung neuer Stahlerzeugnisse gehen die Ansichten zum Teil noch auseinander.

EG-Vizepräsident Etienne Davignon hat eine Fortschreibung des bisherigen Krisenregimes um 2½ Jahre bis Ende 1985 vorgeschlagen, wobei gewisse Erleichterungen für kleinere Betriebe mit Monostruktur vorgesehen sind und die bisher nur freiwilligen Produktquoten unterliegenden schweren Profile und Bleche fortan obligatorischen Produktionsbeschränkungen unterworfen werden sollen.

Die Verlängerung über einen größeren Zeitraum kommt auch den Wünschen der Bundesregierung und der deutschen Stahlindustrie entgegen. Einmal ergibt sich dieser Zeitraum aus den bestehenden Fristen für die Gewährung staatlicher Beihilfen in der EG, zum anderen läuft Ende 1985 auch das Exportarrangement mit den USA ab. Die Bundesregierung meint, der deutschen Industrie wenigstens halbwegs sichere Rahmenbedingungen schaffen zu müssen. Daher hält sie an der Quotenregelung fest.

Staatssekretär von Würzen, der (für den präsidierenden Bundeswirtschaftsminister) die deutsche Delegation leitete, ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß Bonn wesentlichen Kürzungen seines bisherigen Produktionsanteils nicht zustimmen will. Für die Bundesregierung komme nur eine im wesentlichen unveränderte Verlängerung der gegenwärtigen Quotenregelung in Betracht, sagte von Würzen. Angesichts der ohnehin starken Wettbewerbsnachteile auf Grund der staatlichen Subventionen in anderen Ländern sei die „Opfergrenze" der Deutschen erreicht.

Für eine Neuaufteilung der Quoten plädierten dagegen vor allem die Franzosen, Briten und Holländer. Auch die Italiener wünschen stets höhere Produktionsanteile, da in Italien die Nachfrage nach Stahl eher zunimmt.

Der für die Beihilfen zuständige EG-Kommissar Frans Andriessen bezeichnete die Bemühungen um eine Gesundschrumpfung der Stahlindustrie als unzureichend. Mit den Stillegungen könne die Lebensfähigkeit der Branche noch nicht gesichert werden. Während der Kommission bisher der Abbau von 14 Mill. t fest gemeldet und weiteren drei Mill. t zugesichert worden sei, habe der Rat selbst eine Verringerung der Kapazitäten um 30 bis 35 Mill. t für notwendig bezeichnet. Von Würzen nannte für die Bundesrepublik einen Abbau von 4,5 Mill. t seit 1980. Insgesamt werde diese Zahl bis 1985 noch auf über zehn Mill. t ansteigen.

Rettung für den Rhein?

Von HANS BAUMANN

Sie klopften nicht auf den Tisch, sondern auch gegen die eigene Brust, die Vertreter der 95 Wasserwerke am Rhein, die rund 20 Millionen Menschen in den Anliegerstaaten versorgen. Grund des Unmutes von rund 200 Fachleuten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Rheineinzugsgebiet (IAWR), zu der die Niederlande, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Belgien, die Schweiz und Österreich gehören: Die Vergiftung von „Vater Rhein" geht ungehemmt weiter. Führte er nicht seit fünf Jahren ungewöhnlich hohes Wasser, so wäre er schon längst kollabiert.

Es verwundert nicht, daß auf der Tagung in Köln die kritischen Stimmen um so lauter wurden, je näher die Anliegerstaaten an der Mündung des Flusses liegen. Verseucht wird er auf seinem langen Weg. An der Mündung ist er schließlich eine Kloake. So waren es die Niederländer, die kein Blatt vor den Mund nahmen, denn auch sie trinken aus dem Rhein.

Was 1969 passierte, kann jeden Tag erneut geschehen. Der Rhein wurde damals mit Endosulfan verunreinigt, der Sauerstoff entwich, ein großes Fischsterben setzte ein. Das war der eigentliche Anlaß zur Gründung der IAWR, die schwor, den Rhein wieder zu einem sauberen Fluß zu machen, aus dem Westeuropa sorglos trinken kann.

Doch bis 1976 dauerte es, ehe der Rhein-Chemievertrag unterzeichnet wurde, der exakt festlegen sollte, welche Stoffe jedes Land in welcher Menge in den Fluß einleiten dürfe. Doch bis heute steht kein einziger toxischer Stoff auf der geplanten „schwarzen Liste".

Nicht anders geht es dem Salzvertrag, der nach jahrzehntelangen zähflüssigen Verhandlungen 1976 in Bonn unterzeichnet wurde, der aber bis heute nicht vom französischen Parlament ratifiziert ist. Dabei sollte gerade Frankreich mit diesem Vertrag gezwungen werden, die Chloridfracht des Rheins zu verringern.

Als erster Schritt war vereinbart worden, 60 Kilogramm pro Sekunde Abfallsalz der französischen Kaligruben im Elsaß aufzuhalden. Doch auch dieser erste Schritt wurde noch einmal in kleinere eingeteilt. Zunächst sollten 20 Kilogramm Chlorid in tiefere Bodenschichten eingepreßt und so dem Rhein entzogen werden. Doch sieben Jahre nach diesem Beschluß einer Internationalen Ministerkonferenz führt der Rhein eine Salzfracht von 340 Kilogramm pro Sekunde. Nicht ein einziges Gramm wurde dem Strom entzogen. Jetzt sollen zwei – sicherlich zähflüssige – Prozesse beim Straßburger Verwaltungsgericht und beim Rotterdamer Landgericht die Franzosen zwingen, ihre Zusagen aus dem Salzvertrag einzuhalten.

Wie unbekümmert auch die Wirtschaft mit Westeuropas Trinkwasserreservoir umgeht, zeigt die Tatsache, daß trotz scharfer Proteste der Rhein-Wasserwerke nach wie vor geplant wird, im unmittelbaren Einzugsbiet des Bodensees bei Chur ein Tanklager für 400 000 Kubikmeter Heizöl anzulegen. Auch in Vorarlberg scheint es niemanden zu kümmern, daß die Wasserwerke Alarm schlagen, weil dort im Rhein-Einzugsgebiet ein Öllager für 30 000 Kubikmeter angelegt werden soll.

Zugegeben, daß sich der Sauerstoffgehalt des Rheins verbessert hat, daß sein Gehalt an Quecksilber, Chrom und Ligninsulfonsäuren verringert wurde. Die Fachwelt ist sich einig, daß hier wohl in erster Linie das hohe Wasser der letzten fünf Jahre das Problem der Vergiftung überdeckt hat. Hinzu kommt, daß die Wirtschaftsflaute die Produktion allgemein und damit auch die Schadstoffzufuhr zum Rhein gedrosselt hat.

Neben der Salzfracht ist die chemische Verunreinigung des Flusses das Problem, die anthropogenen Verunreinigungen, die von Aktivitäten der Wirtschaft herrühren. Wie groß das Problem ist, zeigt die Tatsache, daß trotz Verfeinerung der Apparaturen zum Nachweis der Schadstoffe auch heute noch höchstens zehn Prozent der chemischen Verunreinigungen identifiziert werden können. Erst jüngst ist mit einem amerikanischen Verfahren nachgewiesen worden, daß im Rheinwasser auch mutagene Stoffe enthalten sind, die Erbanlagen von Lebewesen verändern können. Die Wasserwerke gestehen freimütig: Wir verfügen nicht über Daten und Erkenntnisse, um mit Sicherheit ausschließen zu können, daß die Schadstoffe im Rhein dem Menschen schaden, besonders nicht, was die Langzeitwirkung angeht.

Man sollte meinen, daß hier die Politik energisch eingreifen müßte, daß festumrissene Pläne aufgestellt und ein umfangreiches Warnsystem entlang dem Strom installiert werden müßte. Nur so können Verursacher erfaßt und der Fluß gerettet werden.

AUF EIN WORT

„Die Volks- und Wohnungszählung wäre weniger wichtig, wenn wir in der Wohnungswirtschaft mehr Marktlenkung hätten. Denn im Markt lenken die Betroffenen direkt und unbürokratisch Angebot und Nachfrage. In der zentralverwalteten Wirtschaft dagegen braucht die Wohnungswirtschaft Normen und Statistiken, die das Maß der Normerfüllung bis ins Detail angeben."

Prof. Dr. Ernst Gerth, wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Wohnungswesen GmbH, Göttingen
FOTO: DIE WELT

IFO-KONJUNKTURTEST

In Handel und Industrie wächst der Optimismus

dpa/VWD, München

Das Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe und im Handel in der Bundesrepublik hat sich im März gebessert. Beim jüngsten Konjunkturtest des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, äußerten sich weniger Firmen des verarbeitenden Gewerbes als im Vormonat unbefriedigt über die gegenwärtige Situation, während die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate optimistischer eingeschätzt wurden. Die Auftragseingänge haben sich nach dem merklichen Rückgang im Februar wieder verstärkt.

Im Investitionsgüterbereich haben sich die Bestellungen im März noch nicht wesentlich erholt. Positiv hebt sich laut Ifo der Lkw-Bereich ab. Auch die Auftragsbestände der Pkw-Hersteller stiegen überdurchschnittlich.

Im Verbrauchsgütersektor registriert das Institut trotz nachlassender Nachfrage höhere Auftragsbestände. Sie führten im Bekleidungssektor zu einem spürbaren Nachlassen des Lagerdrucks.

Gebessert hat sich auch das Geschäftsklima im Groß- und Einzelhandel. Im Einzelhandel mit Gebrauchsgütern überwogen erstmals seit drei Jahren nicht mehr die negativen Stimmen zur Geschäftslage. Dabei kamen die mit Abstand günstigsten Meldungen aus dem Fahrzeughandel. Erstmals seit 1979 traten bei Neuwagen Lieferengpässe auf. Im Gebrauchsgüterbereich wird im Lauf der nächsten drei Monate mit einer Verstärkung des Preisauftriebs gerechnet.

Im Bauhauptgewerbe erfolgte nach einer zum Teil stürmischen Verbesserung in den letzten fünf Monaten im März eine Konsolidierung auf deutlich erhöhtem Niveau.

Mehr Strom aus Kernkraftwerken

dpa/VWD, Frankfurt

Die elf Kernkraftwerksblöcke und vier Versuchsanlagen der Bundesrepublik Deutschland haben in den ersten drei Monaten dieses Jahres 18 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt. Das sind elf Prozent mehr als im 1. Quartal 1982. Wie die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt mitteilte, betrug der Anteil der Kernenergie an der öffentlichen Versorgung im Berichtszeitraum ebenso wie im gesamten vergangenen Jahr rund 21 Prozent.

ELEKTRIZITÄTSWIRTSCHAFT

Umweltschutz macht Strom mehr als zwei Pfennig teurer

HANS BAUMANN, Essen

Die vorgesehenen neuen Auflagen zum Schutz der Umwelt werden die Kosten für die Stromerzeugung in neuen Steinkohlekraftwerken um zwei Pfennig je Kilowattstunde und bei Altanlagen sogar um drei Pfennig erhöhen. Es müsse mit weiteren Auflagen für Altanlagen gerechnet werden, deren Aufwendungen nur schwer abschätzbar seien, sagte Reinhard Bartsch, Mitglied des Vorstandes der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), auf einer Tagung in St. Michaelisdonn.

Bartsch hielt fest, daß sich die VDEW nicht gegen die Auflagen zur Ausrüstung von Neuanlagen mit Rauchgasentschwefelung wende. Die Vereinigung fordere lediglich längere Übergangsfristen für die Nachrüstung von Altanlagen, für die in den Entwürfen bisher nur fünf Jahre vorgesehen sind.

Begründet wird diese Forderung auch mit den hohen Investitionsaufwendungen, die durch die Auflagen erforderlich werden. Allein für die Reduzierung von Schwefeldioxid nach dem vorliegenden Entwurf entstünden Nachrüstungskosten von etwa zehn Mrd. Mark in Steinkohlekraftwerken und nochmals 1,2 Mrd. Mark in Braunkohlekraftwerken.

„Es ist heute keineswegs mehr sicher, ob der früher eindeutige Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und überproportionalem Stromverbrauchszuwachs auch in Zukunft erhalten bleibt", sagte Bartsch. Die Elektrizitätswirtschaft werde sich mit dieser Frage in allernächster Zeit noch intensiv zu befassen haben.

In einer Betrachtung der Strompreisentwicklung der vergangenen 30 Jahre stellte Bartsch fest, daß die Preise bis Ende der sechziger Jahre stabil gehalten werden konnten. Spätere Preiserhöhungen seien spürbar hinter denen anderer Energieträger zurückgeblieben.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Konjunkturaufschwung gewinnt an Fahrt

New York (dpa/VWD) – Der Konjunkturaufschwung in den größten europäischen Industrieländern, in Japan und Kanada gewinnt zunehmend an Fahrt, doch kommt er noch nicht an das jüngste Wirtschaftswachstum in den USA heran. Nach einer den Unternehmen nahestehenden New Yorker Forschungsorganisation „The Conference Board" ist der Sammelindex der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren in der Bundesrepublik im Februar mit einer Jahresrate von sechs Prozent, in Großbritannien von fünf Prozent, in Frankreich von drei Prozent, in Italien von einem Prozent, in Japan von zwei Prozent und in Kanada von sechs Prozent gestiegen. Dagegen zeigte er in den USA auf Jahresbasis eine Zuwachsrate von zehn Prozent.

Weniger Erwerbstätige

Wiesbaden (rtr) – Die Zahl der Erwerbstätigen ist 1982 gegenüber 1981 nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Durchschnitt um 455 000 oder 1,7 Prozent auf 25,7 Millionen Personen gesunken. Davon seien 22,5 Millionen oder 87,5 Prozent abhängig Beschäftigte gewesen, was gegenüber 1981 einer Abnahme um 422 000 oder 1,8 Prozent entspreche, teilte das Amt weiter mit. Im Jahresdurchschnitt 1982 sei nur die Zahl der Erwerbstätigen in den „sonstigen Wirtschaftsbereichen (Dienstleistungen)" mit 8,6 Millionen um 58 000 oder 0,7 Prozent gestiegen. Von den anderen Wirtschaftszweigen habe das produzierende Gewerbe bei einem Beschäftigtenstand von 10,9 Millionen mit 3,6 Prozent oder 412 000 die höchste Abnahmerate zu verzeichnen. Innerhalb des produzierenden Gewerbes ging den Angaben zufolge der Beschäftigtenstand im Baugewerbe mit 85 000 oder 4,9 Prozent relativ am stärksten zurück.

Sinkende Inflationsrate?

Frankfurt (rtr) – Die Deutsche Bank und die Bayerische Landesbank sind optimistisch für weitere Fortschritte in der Inflationsbekämpfung. Bereits im Juni, so schreibt die Bayerische Landesbank in ihrem am Montag veröffentlichten Kapitalmarktbericht, sei bei der Preissteigerungsrate mit einer Zwei vor dem Komma zu rechnen. Die Deutsche Bank schreibt in ihrem Börsenbrief etwas vorsichtiger, es bestünden gute Aussichten, daß der Preisindex der privaten Lebenshaltung im Verlauf des Jahres unter drei Prozent sinkt. Die letzte Jahressteigerungsrate wurde vom Statistischen Bundesamt für März mit 3,5 Prozent errechnet. Zwar werde die Mehrwertsteuererhöhung um einen Punkt auf 14 Prozent zur Jahresmitte die Rate um etwa einen halben Punkt nach oben drücken, schreibt die Deutsche Bank. Gemildert werde dieser Effekt statistisch jedoch dadurch, daß zur gleichen Zeit des Vorjahres Tabaksteuer und Postgebühren kräftig angehoben wurden.

UdSSR erhöht Ölpreis

Rotterdam (rtr) – Die Sowjetunion hat nach Händlerangaben vom Montag eine Preiserhöhung von 0,50 Dollar auf 28,50 Dollar pro Barrel für Uralöl (Tarif Nordwest-Europa) mit Wirkung vom 1. Mai für einige ihrer nordeuropäischen Kunden vorgeschlagen. Am Wochenende hatte bereits Ägypten seine Ölpreise mit Wirkung vom 1. Mai angehoben, nachdem von den Spot-Märkten über unerwartet feste Ölpreise berichtet worden war. Ägypten wird den Preis für seine Spitzenqualität „Suez Blend" um 0,50 Dollar auf 27,50 Dollar je Barrel anheben, wie die Egyptian General Petroleum Corp. mitteilte.

Osthandel

Luxemburg (VWD) – Die EG wird in Washington mit Nachdruck gegen die Verschärfung der Exportbehinderungen beim Osthandel durch die USA protestieren. Die Außenminister der Gemeinschaft vereinbarten am Montag in Luxemburg, daß die EG sowohl als Wirtschaftsblock als auch in Einzeldemarchen der Mitgliedsstaaten in Washington gegen die Verlängerung des vor einem Jahr im Zusammenhang mit dem Erdgas-Röhren-Geschäft verabschiedeten Export-Verwaltungsgesetzes protestieren werde.

BAUINDUSTRIE

Kein Anstieg in größerem Ausmaß für dieses Jahr

hg. Bonn

„Für 1983 ist mit einem weiteren Rückgang des Bauvolumens nicht zu rechnen." Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie erwartet jedoch, wie aus dem jetzt vorgelegten Jahresbericht hervorgeht, „auch keinen Anstieg in größerem Ausmaß". Im Jahresdurchschnitt werde die Zunahme der Bauproduktion kaum über die von den Wirtschaftsforschungsinstituten im Herbst 1982 vorausgesagten „mageren" 0,5 Prozent hinausgehen, heißt es weiter. Dies ergebe sich schon aus den niedrigen Auftragsbeständen, die im Bauhauptgewerbe Ende 1982 um 6,4 Prozent unter denen des Vorjahres gelegen hätten.

Vor allem die weiter geschrumpften Investitionspläne der öffentlichen Hand dämpften die Erwartungen für 1983, betont der Verband, dessen Mitglieder über zwei Drittel ihrer Umsatzerlöse mit öffentlichen Auftraggebern erzielen; ein realer Rückgang um vier Prozent erscheine hier „unausweichlich". Die wohnungsbaupolitischen Maßnahmen der Bundesregierung, würden überdies ihre Wirkung nicht kurzfristig, sondern erst nach einer gewissen Zeitspanne entfalten. Hier erwartet der Verband, übers Jahr gerechnet, eine Zunahme von vier Prozent. Im Wirtschaftsbau sei mit einer Zunahme um ein bis zwei Prozent zu rechnen.

In seinem Vorwort zum Jahresbericht beklagte Bauindustrie-Präsident Günther Herion die Aktionen der Kartellbehörden nach den bekanntgewordenen Baupreisabsprachen. Die Ursachen dieser Absprachen seien vor allem im „Mißbrauch der öffentlichen Nachfragemacht" zu suchen. „Die Bauunternehmer", so fordert Herion, „müssen deshalb endlich aus der wettbewerbsrechtlichen Grauzone herausgebracht werden."

INTERNATIONALE ENERGIEAGENTUR / Studie Umweltschutz und Kohle

Mögliche Konflikte sind lösbar

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die den westlichen Industriestaaten verfügbaren Technologien erlauben eine verstärkte Verwendung der Kohle in einer für die Umwelt „akzeptablen" Weise. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht des bei der Internationalen Energieagentur (IEA) bestehenden Konsultativrats der Kohleindustrie (CIAB), der der gestern in Paris eröffneten ersten amerikanisch-europäischen Kohlekonferenz vorgelegt wurde.

Dem Bericht liegt eine Untersuchung über die Umweltverträglichkeit von 31 Industrie- und Kohlekraftwerksprojekten in acht Mitgliedstaaten zugrunde. In dem vom Präsidenten der amerikanischen Conoco Inc., Ralph E. Bailey, geleiteten (CIAB) ist die deutsche Industrie durch den Vorstandsvorsitzenden der Saarbergwerke AG, Rudolph Lennartz, vertreten.

Zur kohlenbedingten Umweltverschmutzung der Bundesrepublik wird in dem Bericht festgestellt, daß es insbesondere im Saarland und an der Ruhr einige Zonen gibt, in welchen die Luftverunreinigung überdurchschnittlich ist. Es bestünde jedoch überall dort kein Konflikt zwischen dem industriellen Kohlenverbrauch und der Umwelt, wo zuverlässige wissenschaftliche Befunde vorliegen. Probleme gebe es nur, wo die Wissenschaft nicht in der Lage sei, die Umweltbeeinträchtigung nachzuweisen. Unter diesen Umständen empfiehlt der CIAB „vernünftig abgewogene Schutzmaßnahmen".

Allgemein stellt der Bericht fest, daß in zahlreichen westlichen Industriestaaten die Lösung der Umweltschutzprobleme der Kohleindustrie als eine der wichtigen Voraussetzungen für die künftige Expansion des Kohleverbrauchs angesehen wird. Ein adäquater Schutz der Umwelt dürfe aber nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Kohle gegenüber anderen Energieträgern in Frage stellen.

Zu diesem Zweck wird den Regierungen insbesondere empfohlen, die nationalen und lokalen Umweltschutzbedürfnisse in einer Weise zu harmonisieren, welche die Diversität der Kohleversorgung erweitert und die Kosten der Kohlenverwendung reduziert.

Der Industrie selbst empfiehlt der CIAB eine positive Einstellung gegenüber den Umweltschutzbedürfnissen. Die Forschung und Entwicklung von alternativen Nebenprodukten der Kohleverwendung sollten verstärkt werden.

In dem von der IEA im Oktober 1982 herausgegebenen „Weltenergieausblick" war die Erwartung geäußert worden, daß der Kohleverbrauch der westlichen Industriestaaten (OECD) von 1160 Millionen Tonnen 1980 auf 1248 bis 1258 Millionen Tonnen 1985 und auf 2128 bis 1480 Millionen Tonnen im Jahre 2000 zunimmt; damit würde sich aber der Kohleanteil am gesamten Primärenergieverbrauch von zur Zeit 20 Prozent kaum erhöhen.

FINANZPLATZ BEIRUT / Banken kehren zurück

Hoffnung auf neuen Boom

LASZLO TRANKOVITS, Beirut

Nach acht Jahren Bürgerkrieg und Krieg in Libanon mehren sich die Anzeichen für ein Aufblühen der ehemaligen Finanz- und Wirtschaftsmetropole Beirut: Die Tresore der Banken sind voll Gold und Devisen, die Landeswährung ist begehrt und stabil, europäische Banken nutzen bislang ungenutzte Lizenzen, internationale Konzerne eröffnen Filialen. Manches Luxushotel ist wieder ausgebucht, die Mieten steigen explosionsartig. Obwohl der Frieden in Libanon noch nicht gesichert ist, hoffen Banker, daß Libanon bald wieder zur „Schweiz des Nahen Ostens" wird – wie er sich vor Beginn der blutigen Wirren 1975 rühmte.

Die Hoffnungen seien durchaus berechtigt, erklärte der Direktor der Abteilung Wirtschaftsforschung der libanesischen Zentralbank, André E. Chaib. Weder hätten während der Krisenjahre eine Kapitalflucht noch eine beunruhigende Geldentwertung stattgefunden. Die Zahlungsbilanz habe stets einen Überschuß ausgewiesen. Außerdem könne keine andere Stadt die Rolle Beiruts übernehmen.

Sicher – die goldenen 70er Jahre werden so schnell keine Zweitauflage erleben, eine Auffassung, die Alec Lindow Gillibrand, leitender Manager der British Bank of the Middle East, vertritt. Zu sehr hätte sich das internationale Finanzsystem geändert. Regionale Bankplätze wie Singapur oder Hongkong hätten zugunsten von Börsen- und Bankzentren wie New York oder London an Attraktivität eingebüßt.

In Beirut gibt es derzeit knapp 100 Banken, etwa ein Viertel davon sind in ausländischer Hand, 15 saudiarabische Banken haben Zeitungsberichten zufolge eine Lizenz beantragt. Internationale Gesellschaften eröffnen in Beirut erneut große Büros.

Trotz der letzten Jahre hat Libanon nicht an wirtschaftlicher Bedeutung verloren. Seine Vorteile sind der offene Markt, die Geschäftstüchtigkeit der Libanesen, der ideale Zugang zu den arabischen Märkten und die liberale Wirtschaftspolitik.

Die zerstörten Gebäude in Libanon – der Schaden wird auf 15 bis 25 Milliarden Dollar (36 bis 60 Milliarden Mark) geschätzt – müssen schnellstens vom Staat wieder aufgebaut werden. Ein entsprechendes Programm über 35 Milliarden Dollar, verteilt auf die kommenden zehn Jahre, liegt bereits vor.

Libanon muß nach Ansicht der Wirtschaft rasch mit den Auswirkungen der israelischen Besatzung fertig werden. Jordanien und Saudi-Arabien verhängten vor wenigen Wochen Importbeschränkungen und Kontrollen für libanesische Waren, weil über Libanon Waren wie Geflügel, Computer, Radio, Kleidung oder Schmuck aus dem geächteten Israel in die arabischen Länder Eingang gefunden hatten.

Saudi-Arabien aber ist für Libanon von erheblicher Bedeutung. Etwa 30 Prozent aller Exporte gingen in dieses reiche Land. Libanesen werfen Israel vor, mit einer aggressiven Handelspolitik zu Dumpingpreisen die Landwirte im besetzten Südteil des Landes zu bedrohen.

Einen entscheidenden Schritt zur Sanierung der libanesischen Finanzen gelang der Regierung mit der Übernahme der von Falangisten seit Jahren kontrollierten Häfen. Denn in den letzten Jahren verlor der Staat an Zöllen schätzungsweise über eine Milliarde Dollar. Seit einigen Wochen werden zumindest im Raum Groß-Beirut wieder alle Waren ordnungsgemäß verzollt. Der Optimismus in der libanesischen Finanz- und Wirtschaftspolitik hat bereits ein Symbol: Im September soll erstmals seit acht Jahren wieder eine große Industriemesse stattfinden, die „Expo Beirut 83". (dpa)

ENTWICKLUNGSHILFE / Die Opec-Staaten haben ihre Programme stark gekürzt

Größter Geldgeber ist Saudi-Arabien

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Während die Entwicklungshilfe der westlichen Industriestaaten (OECD) auch in den letzten Jahren trotz der Weltwirtschaftskrise weiter zugenommen hat, ist die der ölexportierenden Staaten (Opec) stark zurückgegangen. Im Jahre 1981 erreichte sie nur noch 7,1 nach 9,1 Milliarden Dollar 1980. Dies ergibt sich aus einem von der OECD erstellten Bericht, in welchem allerdings darauf hingewiesen wird, daß es sich mangels offizieller Opec-Angaben um Schätzungen handelt, die insbesondere keinen Aufschluß über die finanziellen Bedingungen der Hilfe geben.

Demgegenüber hatte die gesamte OECD-Hilfe 81,4 (73,9) Milliarden Dollar erreicht, wovon allerdings nur noch 25,5 (27,2) Millionen Dollar auf die öffentlichen Leistungen entfielen. Bis 1980 waren diese Leistungen kontinuierlich gestiegen. Dagegen unterlag die Opec-Hilfe sehr großen Schwankungen. Inflationsbereinigt war sie 1975 nach dem ersten und 1978 nach dem zweiten Ölpreisschock am höchsten.

An der Untersuchung überrascht, daß die Entwicklungshilfe der Opec nicht erst im vergangenen Jahr auf Grund des Ölpreisrückgangs nachließ, sondern bereits 1981. Die OECD führt dies vor allem auf die Folgen der iranischen Revolution und des Iran-Irak-Krieges zurück. Diese beiden Länder hätten daraufhin wegen reduzierter Ölexporte und höherer nationaler Ausgaben ihre Entwicklungshilfeprogramme stark gekürzt.

Diese Ausfälle wurden durch die zunächst weiter gestiegene Hilfe der Golfstaaten nicht ausgeglichen. Saudi-Arabien, die Vereinigten Emirate, Kuweit und Qatar erlangten damit 1981 einen Anteil an der gesamten Opec-Hilfe von 95 Prozent. Mitte der siebziger Jahre hatte dieser erst 80 Prozent erreicht. Saudi-Arabien allein erbrachte 1981 drei Viertel aller Leistungen, gegenüber zwei Drittel zwischen 1974 und 1977.

Noch stärker als den absoluten Beträgen nach schwankte die Opec-Hilfe im Vergleich zum Bruttosozialprodukt dieser Staaten. Der höchste Anteil war 1975 mit 3 Prozent verzeichnet worden. Im Jahre 1981 fiel er auf 1,5 Prozent. Demgegenüber kamen die OECD-Staaten 1981 auf einen Anteil von 1,13 Prozent. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt der OECD schrumpfte dagegen auf 0,35 (0,38) Prozent.

Im Unterschied zu der geographisch breit gestreuten OECD-Hilfe war die der Opec auf einige wenige Länder konzentriert. In dem Bericht wird vermutet, daß Ägypten, Syrien und Jordanien mehr als die Hälfte der von der Opec zwischen 1971 und 1981 verteilten Hilfe empfangen haben. In den letzten Jahren allerdings soll der Anteil dieser Länder zurückgegangen sein. Noch 1970 hatte er 90 Prozent erreicht.

Der weitaus größte Teil der Opec-Hilfe erfolgt bilateral. Erst seit 1973 gibt es eine – stark schwankende – Beteiligung an der Entwicklungshilfe multilateraler Organisationen. Es handelt sich dabei durchweg um rein arabische. Der Weltbanktochter Ida waren von der Opec zwischen 1973 und 1981 nur 73 Millionen Dollar bereitgestellt worden.

Bei der Opec waren die Entwicklungsländer Ende 1981 mit 23 Milliarden Dollar verschuldet im Vergleich zu 18 Milliarden Ende 1980. Die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer hatte sich gleichzeitig auf 525 (459) Milliarden Dollar erhöht, dabei auf 399 (356) Milliarden Dollar gegenüber der OECD aus bilateralen Krediten und auf 65 (56) Milliarden Dollar gegenüber internationalen Organisationen.

SPANIEN / Regierung legt Haushalt '83 vor

Förderung für Investitionen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Spaniens Wirtschafts- und Finanzminister Miguel Boyer wird noch in dieser Woche dem Parlament den Haushalt 1983 vorlegen. Mit seiner Verabschiedung ist jedoch nicht vor Ende Juli zu rechnen. Nach dem Haushaltsplan der Regierung erreichen die Ausgaben 4530 Milliarden Pesetas (rund 82 Milliarden Mark). Die Einnahmen werden mit 3400 Milliarden Pesetas angesetzt. Demnach wird das Defizit 1100 Milliarden Pesetas, etwa 6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, betragen. Minister Boyer äußerte sich zufrieden darüber, daß das Verhältnis von Defizit und Bruttoinlandsprodukt sich gegenüber dem Vorjahr nicht verschlechtert habe.

Wird der Staatshaushalt um die Länderhaushalte erweitert, dann steigen die Gesamtausgaben der öffentlichen Hand auf 7400 Milliarden Pesetas. Das Defizit bleibt gegenüber den Einnahmen auf etwa der gleichen Höhe von 1100 Milliarden Pesetas. Wie Boyer ankündigte, will die Regierung das Defizit je zur Hälfte durch öffentliche Schuldverschreibungen im In- und Ausland finanzieren.

Gegenüber dem Haushalt des Vorjahres ist eine Steigerung der Einnahmen um 22 Prozent vorgesehen, im wesentlichen aus Steuererhöhungen gegenüber 1982 um einen Prozentpunkt auf 15,3 Prozent finanziert. Die Einkommenssteuern werden so verteilt, daß Familien, die bis zu 1,8 Millionen Pesetas im Jahr einnehmen, weniger Steuern zahlen müssen als bisher. Höhere Einkommen werden stärker besteuert.

Die Gesellschaftssteuern sind im Haushalt 1983 neu geregelt. Sie steigen von 33 Prozent auf 35 Prozent. Gleichzeitig gab Boyer aber Maßnahmen zur Investitionsförderung bekannt. So können bei entsprechender Investition Unternehmen mit Steuererlaß rechnen.

Die heftigen Beschwerden der spanischen Wirtschaft über die Höhe der Arbeitsnebenkosten – hervorgerufen vor allem durch die Sozialversicherung – führten jetzt zur Ankündigung einer Reform der Sozialversicherung. Einzelheiten müssen noch vom Parlament verabschiedet werden. Insgesamt erhöhen sich die Einnahmen für die Sozialversicherung im Haushaltsplan auf 2730 Milliarden Pesetas, zu denen der Staat 473 Milliarden Pesetas beitragen wird – zehn Prozent weniger als ursprünglich vorgesehen. Von den restlichen 2200 Milliarden Pesetas müssen die Unternehmer 1860 Milliarden Pesetas beisteuern. Der Arbeitnehmeranteil beschränkt sich auf 34 Milliarden Pesetas. (SAD)

USA / Eine der größten Bankenfusionen:

Seafirst wird übernommen

rtr, San Francisco

Die Bankamerica Corp. und die Seafirst Corp. haben sich auf einen Plan für eine 400 Millionen-Dollar-Fusion von Seafirst mit einer 100prozentigen Bankamerica-Tochter geeinigt. Nach Ansicht von Branchenexperten würde dies eine der größten Bankenfusionen in der US-Geschichte sein und die mit Schwierigkeiten kämpfende Seafirst retten. Gleichzeitig würde der Plan den bisher bedeutendsten Schritt zur Durchbrechung von US-Bankenbestimmungen darstellen, nach denen Fusionen über die Grenzen der Bundesstaaten hinweg untersagt sind.

Der Bundesstaat Washington arbeitet jedoch derzeit eine Gesetzgebung aus, nach der Seafirst von einem Institut außerhalb des Staates erworben werden dürfte. Bankenkreise rechnen auch damit, daß die Fusion die nötige Genehmigung vom Federal Reserve Board erhält. Die Seafirst-Aktionäre sollen auf einer Aktionärsversammlung in 60 Tagen über die Fusion abstimmen.

Die Transaktion würde Bankamerica, der Mutter der größten US-Bank Bank of America, die Gelegenheit zur Ausweitung ihres Bankengeschäfts in den USA außerhalb von Kalifornien geben. Seafirst kontrolliert die Seattle-First National Bank, die Rang 19 unter den US-Banken einnimmt.

Wie Bankamerica mitteilte, werden für jede Seafirst-Stammaktie 7,70 Dollar in bar und rund 3/10 einer nicht stimmberechtigten Bankamerica-Vorzugsaktie im Wert von 25 Dollar je Aktie geboten. Seattle-First National solle außerdem eine Kapitalspritze von 150 Millionen Dollar von Bankamerica erhalten.

Seafirst hatte 1982 einen Verlust von 93,1 Millionen Dollar ausgewiesen. Bei der Bekanntgabe der Transaktion wurde mitgeteilt, daß im ersten Quartal 1983 ein Verlust von 133 Millionen Dollar entstanden sei. Die Probleme der Bank wurden ausgelöst durch Kredite an Energieunternehmen von über einer Milliarde Dollar.

Trotz der anhaltenden Schwierigkeiten bezeichnete Bankamerica-Präsident Samuel Armacost die Probleme von Seafirst als lösbar.

Italienische Schuhe weiter gefragt

dpa/VWD, Mailand

Italienische Schuhe werden im Ausland weiter gut verkauft, auch wenn sie immer teurer werden. In den ersten zwei Monaten 1983 stieg ihre Ausfuhr gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 28 Prozent auf 862 Milliarden Lire (1,45 Milliarden DM), real um über zehn Prozent. Hält die Tendenz an, so könnte die Ausfuhr – Branchenexperten zufolge – auch dieses Jahr die schwache Inlandsnachfrage ausgleichen.

1982 produzierte Italiens Schuhindustrie 504,5 Millionen Paar Schuhe im Wert von 6659 Milliarden Lire (rund 12 Milliarden DM). Der Menge nach nahm die Produktion gegenüber dem Vorjahr um 13,4 Prozent zu, wertmäßig um 26 Prozent. Entscheidend hierfür war die Ausfuhr, die um 14 Prozent auf 387,3 Millionen Paar stieg und dem Wert nach um 31 Prozent auf 4737 Milliarden Lire wuchs. Demgegenüber sank der Binnenabsatz real um etwa drei Prozent. Rund ein Viertel der italienischen Ausfuhr geht in die Bundesrepublik Deutschland. Zweit- und drittgrößter Kunde sind die Vereinigten Staaten und Frankreich mit 17 und 11 Prozent Anteil (1982).

ÖSTERREICH / Exporte steigen um sechs Prozent

Weltmarktanteil erhöht

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Die günstige Entwicklung der österreichischen Exporte nach Deutschland hat im Januar weiter angehalten. Gegenüber dem Vergleichsmonat 1982 wurden 12,5 Prozent mehr Waren in die Bundesrepublik ausgeführt. Auf der anderen Seite stiegen die Güterausfuhren nach Österreich nur um 4,1 Prozent.

Diese für Österreich günstige Entwicklung, die schon 1981 zu registrieren war, stellt aber nur einen Abbau des bilateralen österreichischen Handelsdefizits dar. Denn einer Steigerung um 6,8 Prozent auf 78 Mrd. Schilling (5,5 Mrd. Mark), standen im Vorjahr noch immer deutsche Lieferungen nach Österreich im Wert von 135 Mrd. Schilling (9,5 Mrd. Mark) gegenüber. Der stärkere Zuwachs der österreichischen Exporte seit 1981 führt aber nicht nur kontinuierlich zu einer Verkleinerung dieses Handelsdefizits, sondern auch zu einem Anstieg des Anteils Österreichs an den von der Bundesrepublik importierten Waren auf erstmals über drei Prozent (1982) und damit auf den zehnten Platz unter den Lieferanten nach Deutschland unmittelbar hinter der Sowjetunion, Japan und der Schweiz.

Die österreichischen Exporteure konnten auch auf anderen Märkten trotz einer insgesamt stagnierenden Nachfrage Marktanteile gewinnen und damit einen Exportzuwachs von sechs Prozent erreichen. Gemessen an den westlichen Industriestaaten vergrößerte sich der nominelle Marktanteil um 4,2 Prozent, eine Steigerung, die nur von der Bundesrepublik und Italien übertroffen wurde. Besonders erfolgreich waren die Österreicher in den Opec-Staaten, eine Entwicklung, die durch die Abwertung des Schillings gegenüber dem Dollar begünstigt wurde. Ebenso gelangen in den übrigen Entwicklungsländern einige beachtliche Wettbewerbserfolge.

An den Importen der westlichen Industriestaaten untereinander vergrößerte sich der österreichische Marktanteil um 4,9 Prozent, an denen Westeuropas um 3,7 Prozent. Im Handel mit den osteuropäischen Staaten gingen die Ausfuhren real um 2 Prozent zurück.

Ölreserven reichen noch 50 Jahre

VWD, Wien

Zur Jahrtausendwende werden die Mitglieder der Organisation Erdöl exportierender Länder (Opec) noch über Erdölreserven für weitere 33 Jahre verfügen; das geht nach einem Bericht der Opec-Nachrichtenagentur (Opecna) aus neuesten Statistiken des Kartells hervor. Dabei wurde allerdings bei der Erstellung des Verhältnisses Reserven zu Förderung die Durchschnittsförderung des Jahres 1981 von 22,5 Millionen Barrel je Tag zugrunde gelegt. Mittlerweile sei die Förderung jedoch auf weniger als 15 Millionen gesunken. Das bedeute, die Reserven würden noch erheblich länger reichen, wenn es nicht in umittelbarer Zukunft zu einer beträchtlichen Nachfrage- und damit Fördersteigerung komme.

In der Opec-Veröffentlichung „Opec Facts and Figures" werden die Gesamtreserven der 13 Mitgliedsländer mit 436 Milliarden Barrel Erdöl per Jahresende 1981 und die weltweiten Gesamtreserven mit 671 Barrel angegeben. Als Land mit den größten Reserven wurde Saudi-Arabien mit 167,85 vor Iran mit 57 Milliarden Barrel genannt.

FRANKREICH / Stahlkonzerne Usinor und Sacilor

Mehr Staatshilfe gefordert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die von der sozialistischen Regierung voll verstaatlichten französischen Stahlkonzerne Usinor und Sacilor sind trotz des im Juni 1982 geschlossenen weiteren Stahlsanierungsplans noch tiefer in die roten Zahlen geraten. Die in diesem Plan vorgesehenen neuen massiven Staatshilfen müßten deshalb erweitert werden. Dies hat Usinor-Präsident Raymond Levy gefordert. Für dieses Jahr sieht der Plan allein an staatlichen Kapitaldotationen 6,45 Milliarden Franc (1,95 Milliarden Mark) vor.

Daraus kann aber noch nicht einmal das Geschäftsdefizit der beiden Konzerne aus 1982 von 8,67 Milliarden Franc (4,99 Milliarden Franc Usinor und 3,68 Milliarden Franc Sacilor) abgedeckt werden. Das Vorjahresdefizit von zusammen 6 Milliarden Franc wurde so erheblich übertroffen. Allerdings lag dies auch daran, daß Usinor für die Abschreibung einer 1975 erworbenen amerikanischen Kohlenzeche, Sonderrückstellungen von 2 Milliarden Franc bildete.

Der unter dem inzwischen zurückgetretenen Industrieminister Chevènement aufgestellte Plan setzt der französischen Stahlindustrie nach Ansicht des Usinor-Präsidenten viel zu ehrgeizige Produktionsziele. Bis 1986 sollte danach die Rohstahlproduktion des Landes von 18,4 Millionen Tonnen 1982 auf 24 Millionen Tonnen gesteigert werden. Tatsächlich aber würde sie schon 1983 auf 17 Millionen Tonnen zurückgehen, meint man bei Usinor. Um die Produktionskapazität dieser Industrie in Übereinstimmung mit der Nachfrageentwicklung zu bringen, hält Levy weitere Betriebsstillegungen und Entlassungen für erforderlich.

Von da an dürften laut EG-Beschluß an die Stahlindustrien der Gemeinschaft keine staatlichen Subventionen mehr gewährt werden. Während aber in allen anderen EG-Ländern, vor allem in der Bundesrepublik, die Restrukturierung der Stahlindustrie bereits sehr weit fortgeschritten ist, steckt die französische Stahlindustrie mitten in der Sanierung.

ITALIEN / Sinkende Einschaltquoten bei staatlichen Rundfunk- und TV-Anstalten

Privatsender gewinnen an Boden

GÜNTHER DEPAS, Mailand

In Italien soll das private Werbefernsehen auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt werden. Unter anderem sollen die privaten Sendegesellschaften dazu verpflichtet werden, einen angemessenen Teil ihrer Sendungen selbst zu produzieren und die Netzübertragungen im gesamten Staatsgebiet einzuschränken. Mit der Limitierung der Werbespots und der Verlangsamung des Konzentrationsprozesses soll außerdem die Gewähr dafür geschaffen werden, daß wie im Pressewesen auch im Fernsehen die Medienvielfalt erhalten bleibt.

Der Initiative der bisherigen Koalitionsparteien liegt der kürzlich von der parlamentarischen Aufsichtskommission für die staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt RAI-TV vorgelegte Jahresbericht zu Grunde. Daraus geht hervor, daß das staatliche Fernsehen durch die private Konkurrenz in den letzten Jahren in die Defensive gedrängt wurde und heute Schwierigkeiten hat, Einschaltquoten und Zuschauer zu halten. Nach den Untersuchungen der Kommission haben die Privatsender seit 1981 begonnen, eigene Netze aufzubauen und systematisch lokale Sender aufzukaufen oder durch Pacht- und Werbeverträge eng an sich zu binden.

Auf diese Weise haben heute fünf private Fernsehgesellschaften (Canale 5, Retequattro, Euro-TV, Rete 10-Italia Uno und Rete A) rund 80 Prozent der gesamten Networks und des gesamten Werbeaufkommens in der Hand. Um verlorenen Boden zurückzugewinnen, ist nach Ansicht der Kommission nicht nur die Reglementierung der Privatsender notwendig, sondern auch die Reform des Rundfunk- und Fernsehgesetzes aus dem Jahre 1975, mit dem unter anderem die finanziellen Grenzen der RAI-TV abgesteckt werden.

Bei allem geht es in erster Linie um die Werbung, die sich für die Privatsender zu einem Geschäft ersten Ranges entwickelt hat. Im laufenden Jahr wird das gesamte Werbeaufkommen in Italien nach Schätzungen des Mailänder Verbandes der italienischen Werbeagenturen (UPA) gegenüber dem des Vorjahres um 24 Prozent (real um 10 bis 11 Prozent) steigen. Daran werden der Rundfunk mit 130 Milliarden Lire (plus 19 Prozent), die Presse mit 185 Milliarden Lire (plus 18 Prozent) und das Fernsehen mit 992 Milliarden Lire beteiligt sein. Auf die staatliche RAI-TV würden dabei 362 Milliarden Lire (plus 27 Prozent) und auf die Privatsender 630 Milliarden Lire (plus 46 Prozent) entfallen.

Fast die Hälfte dieses Aufkommens wird in die Kassen von Canale 5 fließen, der schon im kommenden Jahr an die 1000 Mitarbeiter beschäftigen wird, ebensoviel wie alle verbliebenen lokalen Sender zusammen. Bei den privaten Sendern ist die Nachfrage nach Werbespots von seiten der Wirtschaft so groß, daß keine der Sendeanstalten, die im Juni vorigen Jahres mit dem Verband der Werbeagenturen ein Werbelimit vereinbarten, dieses (15 Prozent der gesamten Sendezeit) einhielt. Mit ihrem Angebot ist es den privaten Sendern inzwischen gelungen, die Einschaltquoten der staatlichen RAI-TV fast schon einzuholen und zum Teil sogar zu übertreffen (beim zweiten Programm).

Bei dem Geschäft des privaten Werbefernsehens mischen vor allem große und kleine Verleger mit: Giornale Nuovo bei Canale 5 und Rete 10, Mondadori bei Retequattro und Alberto Peruzzo bei Rete A. Herausragende Figur ist freilich der Mailänder Bau- und Immobilienunternehmer Silvio Berlusconi (Canale 5 und Rete 10).

Das Geschäft ist so attraktiv, daß sich nicht nur ausländische Finanzbarone wie Edmond de Rothschild und einer der bisher potentesten europäischen Privatsender, die CLT (Compagnie Luxembourgeoise de Télédiffusion), engagiert haben (bei Rete A), sondern jüngst auch die Libyen Arab Foreign Bank eine Kontrollbeteiligung an Canale Sette erwarb und jetzt Verhandlungen über den Kauf des Senders GBR führt.

OETKER / Tiefkühlkost-Markt nicht ausgeschöpft

Impulse durch Innovationen

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Tiefkühlkostprodukte im Wert von rund 1,86 Mrd. DM wurden 1982 in der Bundesrepublik umgesetzt. Das war zwar mehr als das Fünffache des Wertes von vor anderthalb Jahrzehnten, gegenüber dem Vorjahr stieg der Umsatz nach vorher zweistelligen Zuwachsraten jedoch nur noch um magere 3,1 Prozent. Nach Meinung der Dr. Oetker Tiefkühlkost GmbH, Bielefeld, ist dies weniger auf konjunkturelle Einflüsse zurückzuführen, sondern auf eine nachlassende Attraktivität des Angebots. Eine ähnliche Entwicklung ist auch im Eiscreme-Bereich zu verzeichnen, inzwischen ebenfalls ein Milliardenmarkt.

Das Haus Oetker sieht sich auf beiden Märkten in der Rolle des David. Mit einem Marktanteil bei Tiefkühlkost und Eiscreme von rund 15 Prozent kämpft es nach eigenen Worten mit einem Goliath um die Gunst des Verbrauchers. Neben diesem Goliath, der Unilever-Tochtergesellschaft Langnese-Iglo, ist Oetker jedoch der einzige Anbieter mit einem Vollsortiment in allen Teilbereichen. Der Umsatz des Bielefelder Unternehmens betrug hier 1982 insgesamt 371 Mill. DM, ein Plus von 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Produziert wird im wesentlichen in den beiden Werken Ettlingen/Baden und Wittlich/Mosel; einschließlich Vertrieb und Logistik beschäftigt die Oetker-Tochter 1055 Mitarbeiter.

„Wenn zwei Marktpartner im Wettbewerb um die Gunst des Verbrauchers ringen, kann das für den Handel nur von Vorteil sein", bemerkt Alfred Hellmann, seit Jahresbeginn Geschäftsführer der Dr. Oetker Tiefkühlkost GmbH. Der neue Mann an der Spitze sieht nach mehreren kritischen Jahren, in denen Investitionen in den Markt Gewinne übertrafen, bereits eine Trendwende zugunsten seines Unternehmens. Er baut dabei nicht zuletzt auf einen wachsenden potentiellen Abnehmerkreis, bedingt durch die Zunahme der jungen Haushalte. Auch im Vergleich mit anderen europäischen Ländern liegt der Jahresverbrauch bei Tiefkühlkost mit 9,6 Kilogramm pro Kopf erst auf einem noch ausbaufähigen Mittelplatz. Ähnlich verhält es sich mit den 6,7 Litern Verbrauch bei Eiscreme.

Oetkers Marketingstrategie stützt sich dabei nicht nur auf seinen Markennamen und sein Vollsortiment, sondern auch auf die Innovationsfähigkeit. Diese hat bereits in der Vergangenheit dem Markt starke Impulse gegeben, wobei als Beispiel einerseits altdeutsche Kuchen und Pizzas, andererseits Premium-Eis und Multi-Pakkungen zu nennen sind.

AEG-KABEL / Trotz Marktschwäche höherer Gewinn – Auch für 1983 optimistisch

Produktivität sichert die Rendite

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Einen weiteren realen Rückgang um 3 (4) Prozent erlebte die AEG-Telefunken Kabelwerke AG, Reydt/Mönchengladbach, 1982 auf ihren Märkten. Mehr als leichte Besserungstendenzen ab dem zweiten Halbjahr erwartet Vorstandsvorsitzender Walter Birkhan auch für 1983 nicht. Doch gegenläufig zur Marktschwäche hat sich das Unternehmen 1982 seinen Ruf als eine der wenigen blühenden Töchter des kranken AEG-Konzerns mit dem zur Hauptversammlung am 10. Juni vorgelegten 1982er Abschluß bewahrt. So soll es nach der Vorstandsprognose auch 1983 bei einem Konzernumsatz sein, der im Berichtsjahr bei 1,07 Mrd. DM stagnierte und nun mit 1,2 Mrd. DM erwartet wird.

Für 1982 präsentiert AEG-Kabel Verbesserungen des Jahresüberschusses bei der AG auf 13,6 (11,7) und li Konzern auf 14,2 (12,3) Mill. DM. Nach auf 5 Mill. DM verdoppelter Dotierung der Rücklagen, die nun bei der AG mit 60,4 Mill. DM erstmals das Aktienkapital von 57,6 Mill. DM übertreffen (und das Eigenkapital um 18 Prozent größer als das Anlagevermögen halten), soll unter Fortfall des 1981er Bonus von 1 DM die Dividende auf 7,50 (7) DM erhöht werden. Daran partizipieren freie Aktionäre mit noch knapp 3 Prozent des (bei der Mutter für Bankengläubiger verpfändeten) Aktienbesitzes.

Den Betriebsgewinn konnte AEG-Kabel laut Birkhan 1982 mit 40 Mill. DM auf Vorjahresniveau halten. Desgleichen das nach DVFA-Methode ermittelte Bruttoergebnis von 45 DM je Aktie. Der Cash-flow (vor Steuern) besserte sich auf 73 (61) Mill. DM.

Die entscheidende Quelle solcher Renditesicherung auf schwachem Markt war wiederum die um weitere 4 (3,5) Prozent verbesserte Produktivität pro Beschäftigten. Dies allerdings unter Inkaufnahme eines weiteren Abbaus der Konzernbelegschaft um 1,7 (1,5) Prozent auf 4904 Leute. Dieser Rationalisierungskurs, der sich an halbwegs ausreichender Auslastung der personellen (und nicht der weit höheren maschinellen) Produktionskapazität orientiert, soll auch 1983 fortgesetzt werden.

Im reinen Kabelgeschäft hat das Unternehmen 1982 einen Umsatz von 825 (850) Mill. DM erzielt, ohne Metallpreisschwankungen 724 (712) Mill. DM. Das zu etwa 40 Prozent von Kunden im Nahen und Mittleren Osten getragene Exportgeschäft brachte trotz zunehmender internationaler Konkurrenz 18 (17) Prozent des Kabelumsatzes. Generell kam das Umsatzwachstum nur aus den Bereichen Energie- und Fernmeldekabel, während Starkstromleitungen und Winkeldrähte gegenüber 1981 zurückfielen. Der mit großen Zukunftshoffnungen und mit bislang etwa 30 Mill. DM Aufwand entwikkelte neue Produktbereich Lichtwellenleiterkabel (Glasfasertechnik) verharrte weiterhin noch bei dürftigen 5 Mill. DM Jahresumsatz.

Das wahre Elend magerer Kapazitätsauslastung spürte AEG-Kabel 1982 nur bei der vor einem Dutzend Jahren teuer erworbenen 31,9-Prozent-Beteiligung Kabelwerk Frowein GmbH, Rotthalmünster (1,6 Mill. DM Stammkapital, etwa 100 Beschäftigte). Mit einer Abschreibung von 2 Mill. DM wurde diese Beteiligung mangels Aussicht auf nachhaltige Ertragsbesserung auf den Nominalwert abgeschrieben. Positives erwartet man dagegen von der zur Jahreswende 1982/83 aus AEG-Besitz übernommenen und auf 16 (12) Mill. DM Stammkapital aufgestockten AEG Isolier-und Kunststoff GmbH, Kassel (80 Mill. DM Umsatz, 380 Beschäftigte).

Mit den Schwerpunkten bei Rationalisierung und Produktinnovation wurden die Konzern-Sachinvestitionen auf 34 (24) Mill. DM bei 32,1 (24,4) Mill. DM Abschreibungen aufgestockt. Sie sollen auch 1982 annähernd diese Höhe erreichen.

ARBED / Saar-Tochter braucht Bankenwohlwollen

Noch weniger produziert

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Wenigstens die Stahlpreise seien nun auf wieder aufgestocktem Niveau weithin stabil. Die Mengennachfrage aber bleibe dürftig und werde sich wohl erst im zweiten Halbjahr 1983 etwas bessern. Im Einklang mit dieser Einschätzung seines Verwaltungsratspräsidenten Emmanuel Tesch hat die Luxemburger Arbed S. A., die zu den zehn größten Stahlkonzernen der freien Welt gehört, ihre 1982 um 9,9 (8,2) Prozent auf 9,9 Mill. t gesunkene Rohstahlproduktion im ersten Quartal 1983 um 19,6 Prozent auf nur noch 2,3 Mill. t weiter heruntergefahren. Voll mit von der Partie blieb die größte Konzerntochter Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, deren 1982 um 18,7 (8,1) Prozent auf 2,39 Mill. t gedrosselter Rohstahlausstoß im ersten Quartal 1983 weitere 17,9 Prozent Minus meldete.

Seinen 30 000 Aktionären, die seit 1976 ohne Dividende sind, mußte Tesch nun auf der Hauptversammlung für 1982 bei einem um 14,3 Prozent auf 49,1 Mrd. Flux (2,5 Mrd. DM) gestiegenen Umsatz der Muttergesellschaft einen auf 4,3 (3,2) Mrd. Flux angeschwollenen Neuverlust präsentieren, der den Verlustvortrag auf 15,6 Mrd. Flux erhöht und die Eigenkapitalquote auf 16 (21) Prozent der Bilanzsumme reduziert.

Bedauern läßt der Arbed-Chef darüber erkennen, daß der mit dem Gros seiner Stahlaktivitäten so nahe an der deutschen Grenze angesiedelte Konzern in die Neustrukturierungsdiskussion der deutschen Stahlindustrie nur mit seiner wichtigsten deutschen Tochter einbezogen wurde. Was man dann selbst an Kooperationsplänen zumal mit Frankreichs verstaatlichten Stahlkonzernen intensivierte, blieb bislang „ohne Erfolg".

Den auch in Luxemburg unumgänglichen Abbau von Kapazitäten und etwa einem Drittel der 16 500 Arbeitsplätze versucht der Staat mit Subventionen an die Arbed S. A. über die Liquiditätshürden zu bringen.

Den von der Mutter der Saar-Tochter versprochenen Liquiditätsbeistand von 100 Mill. DM jedoch kann man nicht mehr erfüllen. Über die von Bund und Land für Saarstahl in 1983 zugesagte Hilfe von 310 Mill. DM hinaus laufen in diesen Tagen Verhandlungen mit den bei Saarstahl involvierten Banken, von denen Tesch die Einsicht erhofft, „nicht auf Unmöglichkeiten zu beharren".

NAMEN

Fritz Brandi, Alleingeschäftsführer der Elf Aquitaine Deutschland GmbH, Düsseldorf, vollendet heute das 65. Lebensjahr.

Hans Grimm, Seniorchef der Grimm & Co. GmbH, Strick- und Wirkwarenfabriken, Karlsruhe, wird heute 80 Jahre.

Dr. h. c. Konrad Jacob, Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, vollendet am 27. April das 70. Lebensjahr.

Lars Schmidt (49), Vorstandsmitglied der Dr. Ing. h. c. Porsche AG, Stuttgart, scheidet zum 30. April 1983 aus dem Unternehmen aus. Seine Aufgaben nimmt Vorstandsvorsitzender **Peter Schutz** wahr.

Prof. **Karl Piwonski** (53), erst seit 1. Juli 1981 technisches Vorstandsmitglied der Hoesch AG und der Hoesch Werke AG, beide Dortmund, hat seine Ämter wegen unterschiedlicher Auffassungen über die Unternehmenspolitik niedergelegt. Ein Nachfolger soll wegen der noch offenen Umstrukturierungsfragen in der deutschen Stahlindustrie vorerst nicht bestellt werden.

Geplantes Wachstum auf solider Basis

J. G. Düsseldorf

Um sieben Prozent auf 60 Mill. DM hat die Rheiner Maschinenfabrik Windhoff AG, Rheine, 1982 ihren Gruppenumsatz mit 580 Beschäftigten gesteigert. Hermann Windhoff, Aufsichtsratsvorsitzender des Familienunternehmens, ist für 1983 optimistisch. Er rechnet für das Hauptwerk in Rheine, das unter seinen 370 Beschäftigten fast 100 Ingenieure zähle, mit einem Umsatzplus von etwa 10 Prozent.

Die Expansion sei notwendig, um den großen Fixkostenblock der Ingenieurleistungen zu bewältigen. Sie läßt auch Überlegungen reifen, das geplante Wachstum durch Aufnahme von Publikumsaktionären auf soliden Füßen zu halten. Rükkenwind für solche Pläne spürt die Gruppe, zu der zwei deutsche und eine südafrikanische Tochter gehören, aus der Ertragsentwicklung. Die einst hohen Schulden habe man auf nur noch 4 Mill. DM langfristige Bankkredite abgebaut. Der Verlustvortrag von 0,9 Mill. DM sei nun getilgt.

WWK-VERSICHERUNGEN / Neugeschäft 1982 abermals zurückgegangen

Kostenentwicklung in den Griff bekommen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die verschlechterte wirtschaftliche Entwicklung hat auch bei der WWK-Lebensversicherung a. G., München, wie bei der Gesamtbranche ihre Spuren hinterlassen. Wie schon 1981, als auch der Abbau des hauptberuflichen Außendienstes eine Rolle spielte, ging 1982 abermals – und stärker als im Jahr zuvor – das Neugeschäft zurück. Dennoch hat die Gesellschaft, bei deren Neugeschäft die Kapitalversicherungen 84,3 (82,9) Prozent stellen, ihre Position in der Spitzengruppe der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (VVaG) behauptet.

Einen bemerkenswerten Schönheitsfehler stellt jedoch die weiter überdurchschnittlich gestiegene Stornoquote dar. Auf der anderen Seite hat die Kostenentwicklung über geringere Aufwendungen für Abschlußkosten durchweg positive Ertragsaspekte. Den weitaus stärksten Anteil an dem auf 210 (171) Mill. DM gewachsenen Bruttoüberschuß hatten jedoch Kapitalerträge und günstiger Risikoverlauf. Vom Überschuß fließen 98,1 (98,2) Prozent der Überschußreserve der Versicherten zu, während die 4 Mill. DM der Stärkung des Eigenkapitals dienen.

Mit dem Ergebnis „unter dem Strich" zufrieden kann die Tochter WWK Allgemeine Versicherung AG. sein. Bei einer 1982 um 7,5 (13,5) Prozent auf 35 Mill. DM gestiegenen Prämieneinnahme wird mit einer Schadenquote von 72,4 (72,7) Prozent ein verdoppelter versicherungstechnischer Überschuß von 2 (1) Mill. DM ausgewiesen.

Die WWK Allgemeine betreibt fast ausschließlich das „einfache" Privatgeschäft (Unfall-, Haftpflicht- und Hausratversicherung). Größte Sparte (35) ist die Kfz-Versicherung mit 35 Prozent Prämienanteil. Der Jahresüberschuß von 0,85 (0,77) Mill. DM erhöht die Ausschüttung auf 12 (10) Prozent.

WWK-Leben	1982	± %
Versicherungsbest. (Mill. DM)	11 644	- 3,8
Eingel. Neugeschaft	1 210	– 21,5
Beitragseinnahmen	399	- 6,1
Aufw. f. Vers.-Fälle	102	- 11,2
Kapitalanlagen[1])	3 473	- 13,4
Kapitalertrage[2])	259	- 16,1
Aufw. fur Beitr.-Ruckerst.	206	- 22,6
Ruckst. fur Beitr.-Ruckerst.	407	- 22,6
	1982	1981
Stornoquote[3])	7,6	6,8
Verw.-Kostenquote[4])	5,6	5,7
Abschl.-Kostenquote[5])	40,8	40,1
Überschußquote[6])	52,6	45,4

[1]) ohne Depotford.; [2]) Durchschnittsrendite: 7,6 (7,1) Prozent; [3]) Ruckk., Umwandlung in beitragsfreie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4]) sonst. Aufw. d. Vers.-Beitr. in % d. Beitrage; [5]) in Promille d. eingel. Neugesch.; [6]) Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Weg frei bei Gelsenwasser

Dortmund (dpa/VWD) – Die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) können jetzt ihre Beteiligung an der Gelsenwasser AG, Gelsenkirchen, von 24,99 auf 25 Prozent erhöhen. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat die vom Bundeskartellamt dagegen eingelegte Rechtsbeschwerde abgewiesen. Für VEW sei nun auch kartellrechtlich der Weg frei, die steuerlichen Vergünstigungen nach dem Schachtelprivileg zu erlangen.

Weiter auf Expansion

München (dpa/VWD) – McDonald's, größte Schnellrestaurant-Kette in der Bundesrepublik, setzt weiter auf Expansion. In den nächsten Jahren sollen deshalb jeweils 20 neue Restaurants eröffnet werden. Beim Umsatz will McDonald's in diesem Jahr 500 Mill. DM überspringen. 1982 eröffnete die Hamburger Kette 18 neue Geschäfte und erlöste mit ihren 12 000 Beschäftigten 453 Mill. DM. Derzeit gibt es zwischen Flensburg und Garmisch-Partenkirchen 172 Restaurants. Weltweit betreibt McDonald's heute in 30 Ländern über 7300 Schnellimbiß-Restaurants, der Gesamtumsatz lag 1982 bei 7,8 Mrd. Dollar (18,9 Mrd. DM).

Rheintuch zu Schmitz

Mönchengladbach (dpa/VWD) – Das Textilunternehmen Rheintuch Schwartz + Klein AG, Mönchengladbach, über dessen Vermögen Mitte März dieses Jahres das Konkursverfahren eröffnet worden war, soll der ebenfalls in Mönchengladbach ansässigen Tuchfabrik Willy Schmitz KG angegliedert werden. Das sieht eine Vereinbarung zwischen Konkursverwalter F. W. Metzeler und Firmeninhaber Friedhelm Schmitz vor.

Ausschüttung unverändert

Hannover (dpa/VWD) – Die Einbecker Brauhaus AG, Einbeck, schlägt der Hauptversammlung am 25. Mai 1983 für das Geschäftsjahr 1982 wieder die Zahlung einer Dividende von 10 DM je 50-DM-Aktie sowie einen unveränderten Bonus von 1,50 DM je Aktie vor. Der Bilanzgewinn betrug 1,67 Mill. DM.

Starke Hausse in Großbankaktien

Ausländische Anleger kauften, soviel sie bekommen konnten

DW. – Ausländische Käufer bestimmten das Bild an der deutschen Aktienbörse am Montag. Im Mittelpunkt des Kaufinteresses standen am Montag Großbanken. Ihre Notierungen zogen in der Spitze zeitweise um etwa 10 DM an. Bei ungewöhnlich großen Umsätzen konzentrierten sich vor allem ausländische Käufer auf diesen Markt. Sehr fest auch Commerzbank-Optionsscheine nach doppelter Plusankündigung mit 56 DM (47 DM).

Mit kleinen Gewinnen, die aber über 1 DM nicht hinausgingen, schlossen die Farbennachfolger. Am Automarkt konnten sich die von einer Bank empfohlenen VW um etwa 4 DM verbessern. Unter den Spezialitäten zogen Rütgers um 26 DM auf 398 DM an. Kursgewinne bis gut 2 DM gab es bei den Elektropapieren, so bei AEG. Am Montanmarkt setzte die Hoesch-Aktie ihren steilen Kursaufschwung auf 57 DM (plus 2,30 DM) fort. Freundlicher auch Mannesmann und unter den Rohstoffpapieren Preussag.

Düsseldorf: Bilfinger u. Berger erhöhten um 2 DM auf 270 DM und DAB um 2 DM auf 133 DM. Isenbeck stockten um 5 DM auf 340 DM auf. Kromschröder verloren 9 DM auf 213 DM zu und Pongs u. Zahn verbesserten sich um 16 DM auf 150 DM. Stolberger Zink verminderten um 30 DM auf 1270 DM (ex Div.). Bei den Versicherungen erhöhten Aachener Rück um 30 DM auf 1050 DM und Nordstern Allgemeine um 5 DM auf 785 DM. Nachgeben mußen Allianz Leben um 40 DM auf 2280 DM.

Frankfurt: Am Beginn der neuen Woche setzten sich die Kursgewinne am Aktienmarkt fort. Von Spezialaktien konnten sich Flachglas auf 325 DM plus 23 DM verbessern, Südzucker 325 DM plus 13 DM, Contigas 376 DM plus 23 DM und Magdeburger Feuer 460 DM plus 32 DM. Ansonsten blieben Mainzer Aktienbier 277 DM plus 10 DM, Schiess 117 DM plus 7 DM und Pittler-Maschinen bei Minusankündigung 51 DM minus 3 DM.

Hamburg: Bei lebhaftem Geschäft im Bankensektor ergaben sich Kurssteigerungen bis zu 10 DM (Dresdner Bank), Commerzbank legten 9,50 DM zu. Fest tendierten Kaufhauspapiere Horten plus 9,50 DM und Karstadt plus 4 DM. Flensburger Schiffbau, Bremer Vulkan und Nordd. Steingut verbesserten sich um je 1 DM. Reichelt gingen zu 98,90 DM (plus 1,40 DM) um. Triton gaben auf 156,50 DM (minus 1,60 DM) nach.

München: Agrob VZ erhöhten um 2 DM auf 357 DM und Augsburger Kammgarn um 1 DM auf 80 DM. Dywidag stockten um 4,50 DM und Ekatit um 4,80 DM auf 114,80 DM auf. Leonische Draht gaben um 3 DM auf 320 DM nach. Süd Chemie stockten um 3 DM und Zahnräder Renk um 15 DM auf.

Berlin: Dt. Hypobank Berlin zogen um 11,50 DM an. Concordia Chemie wurden um 10 DM höher taxiert. Rheinmetall lagen um 5,50 DM, Adca und Orenstein um je 5 DM und BHF-Bank um 4,50 DM fester. Siemens konnten sich um 1,50 DM, AEG und Engelhardt um je 1 DM verbessern. Dt. Eisenhandel taxierte man um 2 DM niedriger. Bekula gaben um 1 DM nach.

Nachbörse: fester

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

	Düsseldorf 25.4	22.4.	25.4. Stücke	Frankfurt 25.4	22.4	22 4 Stücke
AEG	58,5-8,5-60-59,8G	57,5	59454	58 7-7,7-60-59,7	57,5	27603
BASF	149-9,2-9-9G	148,5	41937	149-9,7-9,2-9,2	148,2	24392
Bayer	139-9,2-40-39,5	138,9	45801	139,5-9,7-9,5-9,5	138,5	46997
Bayer Hypo	323-21	321	1539	322-2,5-4-2	319G	8395
Bayer. Vbk.	382-1-78-78G	379	6696	380-2-78-77G	377G	12713
BMW	340-39-8,5-39G	340G	1873	339,5-9,3-8,7-9,5	339,5B	24216
Commerzb.	174-5-8-7,2	168,5	61935	172,5-5-79-76,5	168 8	76551
Conti Gummi	91,8-1,5-2-1,5G	91,5	29068	92,2-2-1,8-2,2	91,7	55529
Daimler	541-40,5-39-40G	540G	3976	540,5-40-1-40G	539G	6049
Dt. Bank	349-50-1-51	346	22354	350-50,5-1-51,5	345,8	21068
Dresdner Bk.	194,8-8,5-5,5-5,8	187	44364	195,5-6-9-6	187,5	88780
DUB	254-54G	254G	1089	254,5-3	254	821
GHH	168,5-9,5-9,5G	169	4210	167-7,5-70-69,5bG	167,5	5477
Harpener*	280-2-80-80G	279G	6899	280-1-80,5-81	279	10947
Hoechst	145,2-5-5,5G	145,3	15887	145-5,5-5,8-6	144,7	22929
Hoesch	56-5,5-7,3-7,7	54,7	155826	55,9-5,9-7,3-7,4	54,8	220620
Holzmann	543G-40G	546G	–	540	544	612
Horten	162-3-5-2G	160G	12696	159-60-3-2,5	158	18044
Kali + Salz	167,5-8,5-7,5-8	166G	2068	168-9-9,5-8	166,5	3210
Karstadt	279,5-80-3-80G	280G	6219	280-2-4-1	276G	6394
Kaufhof	265-6,5-7-6	265,5	10023	266-5,5-6-5,5	265bG	6285
KHD	251,5-1-0,5-0,5G	250	5672	250,9-50,5-50,8-50	248,5	11596
Klöckner-W.*	46,4-6-5,3-5G	44,8G	7623	44,5-4,8-5,3-5	44,9	21636
Linde	382-3,5-1,5	384	1143	384,5-4-5-3G	383	5774
Lufthansa St.	114-4,4-3-4G	113,5G	897	114-3,2-4,5-4,8	113,1	2926
Lufthansa VA	112-3,5-2,5-3,5G	113G	4634	113-2,5-3,5-4	113,2	5861
Mannesmann*	171-4-1-4G	170,5G	43041	170,5-70-3,8-74	170,5	29397
MAN	–	167G	–	166,5	167	868
Mercedes-H.	482-3-0,5-1,5G	483G	4426	483-1-1-80,5	483bG	2956
Metallges	242-50-45-9G	242bG	512	243-4-57-50	242	2848
Preussag*	269-72-70-71G	270	5895	270-70,5-3-1	270	16555
RWE St.	191-2,5-1-1G	188	19323	190-1bG-90-91	187,8	15869
RWE VA	189-90,5-89-9G	188,3	11182	189-88-90-87,8	187	16929
Rütgers	370G-85-95G	370G	144	382,5-3-400-406	377	437
Schering	374-82-76-80	372	7880	376,5-7,5-81-78	375	7632
Siemens	342-3,5-1-3,5	341G	25626	341,5-1-3,3-3,2	341,7	29335
Thyssen	85,8-6-5,8-5,6	85G	36341	85,7-5,9-6-5,9	85,5	13160
Veba	166	165,5	28531	166,1-6-5,7-5,8	165,5G	14514
VEW	137,9-8-8G	137,5G	3511	138-8,5-8,2-8,5	137,9	19382
VW	189-9-8-8,2	184,8	71206	188,5-9-8-8,5	184 7	100944
Philips**	40,4-0,7-0,5-0,8G	40,2	20564	40,4bG-40,5-40,8G	40,7	34029
Royal D**	102,3-2,5-2,3G	102,4	18387	102,5-2-2,5-02,5	102,1	26130
Unilever**	192-2G	192,4	710	193	193,5	670
Kurswert in 1000 DM			179473			170563

	Hamburg 25 4	22 4	25.4 Stücke	München 25.4	22.4	22.4. Stücke
AEG	58,5-8-9,8-9,9	57,5	7780	57,2-60-57-2-59,7	57	6216
BASF	148,5-9-9	148	10556	148-49-48-49	148,5	10674
Bayer	138,5-9-9,5-9,5	138,6	17212	138,3-9,9-8,3-39,7	138	9242
Bayer Hypo	322	324	406	321-4-1-21bG	319	13252
Bayer. Vbk.	380	378	2050	382-2-77-78	378	7727
BMW	340-39	340	1068	341-9,5-39-49,5	339	5121
Commerzb.	172-2,5-8,5-6	168	35122	173,5-8-3,5-76,5	168,5	20128
Conti Gummi	92-1,7	91	10580	91,5-1,9-1,5-91,9	–	11175
Daimler	542-1-40	545	1500	545-5-1-41	543	883
Dt. Bank	348-9-51-50	346	9400	349-51-49-50	345	13950
Dresdner Bk.	193,5-5-8-6	187,4	54115	191-8-91-96	187,5	17453
DUB	254B	–	10	254,5B-4,5-3-53bG	254,5	1280
GHH	167,2-9-9,5-9	169	7225	170-8-68-70	168	2542
Harpener*	280,5-2	280	398	283-4-1-81	285bG	1090
Hoechst	144,5-4,5-5,2-5,5	144,8	5840	144,8-5,7-4,8-45,5	145	11406
Hoesch	55,5-6-7,2-7,5	54,7	41718	55,8-7-5,7-57	54,5	35191
Holzmann	537	–	50	542G-2-35-35bG	540	56
Horten	160-1-3-2	158bG	3016	162-4,8-1-64,8	160	2114
Kali + Salz	169	168	864	168,5-9-8,5-69	167,5	121
Karstadt	277-80	277	2601	275G-81-75-59	284	1072
Kaufhof	267-6-5	265	1070	260-4-60-62bG	253bG	575
KHD	251-1	249	2270	251-2-1-52	251	1220
Klöckner-W.*	45-5,5-4,5-5	44	2283	45-5,4-5-45bG	44,5	5249
Linde	382-4-9	379	380	379-85-79-85	384bG	346
Lufthansa St.	114G	–	45	115-13-12,5-12,5bG	113,1	469
Lufthansa VA	112-3-3-3,5	113	4017	110-13-10-12,5bG	114	701
Mannesmann*	170,5-1-3-4	170	13761	171,5-4-70,5-74	170	7727
MAN	–	–	120	168B-8-8-68bG	168	163
Mercedes-H.	483-3-2	485	993	483-3-1-81bG	482bG	642
Metallges	243	241	100	250-48-50	259bG	396
Preussag*	271,5-70-1-2	270	4225	270-3-70-73	270	4744
RWE St.	191-3-2-1	188,5	3370	188-92-88-91	187,5	1800
RWE VA	188-9-90-88,5	187	2180	188,5-89-8-88,5bG	187	2155
Rütgers	398G	370G	–	370G-70-70-70bG	370	12
Schering	375-6-82-80	372G	3129	381-2-79-81	370	2689
Siemens	342-1-2-2,5	341	9009	342,8-3,5-1-42,5	341	13174
Thyssen	85,5-6-6-5,6	85,5B	4711	84,8-6,3-4,8-85,8	85	4049
Veba	165,8-5,5-6	165,2	10044	166,2-6,2-5,8-66	166,5	4367
VEW	138	139	1743	137,5-38-7,5-37,5bG	137,5	1074
VW	188,5-9-8,5-8	184,5	17383	189-9,5-8,5-88,5	185	55948
Philips**	40,3-0,5	41	21328	40,4-40,8-40,4-40,5	40,1bG	3565
Royal D**	102,4-2,5-2,7	102,5	14748	102,8-03-02,5-03	102,5	3780
Unilever**	193	193	365	192G-2-2-92G	191,5bG	160
Kurswert in 1000 DM			55706			52826

Aktien-Umsätze

Düsseldorf		
Philips Komm.	980	(1705)
Hamborner	2313	(6858)
Dt. Babcock	2337	(9720)
dgl. Vz.	829	(2577)
Strabag	515	(1171)
Gimes	6459	(7841)
Goldschm.	2121	(1292)
Salamander	2753	(895)
Akzo**	762	(4565)
Robeco**	80	(261)
Frankfurt		
Allianz Vers.	5525	(17481)
BBC	14437	(8446)
BHF	12878	(16048)
Degussa	11583	(9848)
DLW	4464	(2043)
Contigas	1034	(965)
IWAK	12249	(15125)
Philips Komm.	987	(7371)
Varta	998	(905)
IBM**	3573	(3568)
Hamburg		
Beiersdorf	3090	(2074)
Bekula	808	(780)
Br. Vulkan	1234	(1132)
Hapag	612	(615)
HEW	1856	(2036)
Hussel	60	(20)
NWK	2332	(2627)
Phoenix	1513	(2668)
Reichelt	1764	(1685)
Salamander	718	(1193)
München		
Ackermann	427	(276)
Allianz Vers.	1595	(3088)
Dierig	964	(553)
Dywidag	260	(282)
Energ. Ostb.	44	(85)
Isar-Amper	505	(488)
Münch. Rück	296	(–)
PWA	4536	(3438)
Salamander	1058	(246)
Südchemie	120	(118)

	25 4.	22 4.		25. 4	22. 4.		25. 4	22. 4.		25. 4.	22. 4.
H AachM Beteil 9	770	780	H Breitenb.-C. *78	511bG	520B	H Elikrath 0	63	61,2	H Holsten-Br. 6	265,5	270
H Aach. M. Vers. 5	293	285	H Br. Straßb. *0	300G	300G	B Engelhardt 6	246	245G	F Holzmann 10	540	540
D Aach. Rück. 9+7,5	1050	1020T	H Br. Vulkan 0	40	39	D Enka 3,33	138	140,5	D Horten 7,5	164	160
D Asoag *4	185,01	185G	H Br. Wollk. 6	134	134	M Erlus 10	457bG	454,5	B Hw. Kayser *12	260G	260G
M Ack-Gogg 2,5	115bG	116bG	F BBC 6	179,4	178	M Erste Kulmb. 8	800bG	807bB	D Hussel 7	242	241
H Adca 0	100	96,5	S BSU Textil %12	1200G	1200G	S esbi *0	47,5	47,5	D Huta Heg. 5	147bB	147,5
D Adler 9	295G	298G	D Buckau-W 0	120	119,5	S Essl Masch. *10	555TG	550TG	M Hutschenr. 8,5+1	271bG	261bG
F Adt AG 7,5	197	180,5	D Buderus *12,6	371G	371G	M Esterer **30	600bB	600bB	H Hypo Hbg. 10+2	514	514
F AEG-Telef 0	58,4	56,5	M Bgl. Br. Ing. *11+1	710bG	710bG				D IKB 7	214	209
D AEG-Kabel 7+1	244,5	244,5	S Bgl. Brh. Rav. *5	390G	390G	D Farb. Liqu. RM 0	11,5	11,4	S IWKA 0	142	143
S Aesculap 8	327	316bG	D Burbach 3,2	150G	150bG	F Flachglas 10	325	302	M Isar-Amper 6	325bG	322bG
D Agrippina *7	586	586	S Calw D. **18	681G	680G	H Flb. Schiff 3	126	126	D Isenbeck *9,5	340T	335T
M Agrob *9	345bG	345bG	F Casella *9	525	522	D Ford *0	1050T	1050T	H Jacobsen *8	625G	625G
M dgl. Vz. *11	359	357bG	F Ceag 0	177,9	172	B Forst Ebn. *4	1800G	1800G	H Jute Bremen *6	305G	305

	25.4	22.4.		25.4	22 4.		25 4	22 4.
D Mannesmann 6	172,5	169,9	D Rhenag 7	370	380	S V. Alt u. Str. *0	110G	110G
D Mann. Demag 6	179,5	175	Hn Ried. d. H. *11	340B	340bB	F VDM *6,666	–	189
F Mannh. Vers. 8	451	450bG	M Ried. Jersey 0	114,8	110bG	D V. Dt. Nickel *0	140	132
H Markt & K. *6	255	255	H Rind. Sth. A **0	820G	820G	D VEW 6	138	137,5
F MAN St. 7	166,5	167	H dgl. Lit. B **0	650G	650G	S Ver. Filz *0	140G	140G
F dgl. Vz. 7	159	163,5	F Rosenthal 8,5	311	309	F VGT *0	170T	173G
F MAN-Roland 16	420B	420bB	H Ruberoid. 7	–	–	H V. Kammg 0	–	–
S M.Mül.Weing. *14	363	363bG	D Rütgers 8,5	385	370	M V. Kunstm. *10	909G	909G
D Mauser 4	133	138T	S Salamander 7,5	231	231	D V. Rumpus *0	205G	210
D Mech. Viers. 0	–	–	H Scheidem. *4,5	170G	170G	D V. Seidenw. St. 0	67,2	67,2
F Mercedes 10+1	481	483	D Schering 10,5	380	368,5	D V. Wertst. 4	180G	180G
F Metallges. 4	250	246	D Schiess 4	118	117,5	H Vereins-Westb. 9	309	308
S Mot. u. Lack 0	190bB	185G	M Schlenk. 4	165TB	170TB	M Vbk.-Nürnb. 10	393	384bG
S Müag 6,5	280G	280G	F Schlossqu. H. *0	550T	560G	D Vict. Leben *16+2	3300	3100

	25 4	22 4.
B Chem. Brockh. 7	272G	272G
H Delmo 4	255G	258,5
S Dinkelacker 7,5	338G	338
D Dol.-Basalt *10	395G	395G
D Dorst. Masch. *0	370G	370G
H Drägerw. Vz. 7	268	269,5
Hn Einb. Br. 10 + 1,5	460	465
D Eisen. u. Hütt. *8	220	220
M Electronic 2000	471	479
Br Elsfl. Werft 0	95	94bG
B Eschw. Berg *0	172/76	195/203
D Geimn. AG *2,56	240G	240G
B Gruschwitz *4	310G	310G
B Gunther *0	310B	310B

Ungeregelt. Freiverkehr

	25. 4.	22. 4.
M A. Alpenm. 15,5%	435	430
F Allgussa *18	900G	900G
F Alte Leipziger B **7	350G	350G
F dgl. 50% NA *5	340G	340G
F Berl. AG Ind. *4	240G	240
D Berl. Leben 9	545G	545G
M Bernard **28	2250G	2250G
F Bibl. Institut 6	345G	345G
F Bosw. & Kn. 4	199G	199,2
F Bürst. Krönzl *0	440G	440G

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Junge Aktien

25. 4. 83: BMW 326; Bavaria 209G; Jute-Spinnerei 151 G; Philips Komm. 303 T; VEW 129; Allianz Versicherung 627; RWE St. 189; RWE Vz. 180; Reag 400; Herlitz St. 282; Herlitz Vz. 269,5.

WELT-Aktienindex vom 25. 4.: 139,9 (138,7); WELT-Umsatzindex vom 25. 4.: 6133 (6210).

Ausland

New York

	22. 4	21. 4.		22. 4.	21. 4		22 4.	21. 4
Alcan Aluminium	31,50	31	General Foods	45	–	Singer	27,50	27
Allied Chemical	47	46,75	General Motors	65,50	64,50	Sperry Corp.	36,625	36,625
Alcoa	32,625	32,125	Gen. T. & E.	43	42,50	Stand. Oil Calif.	36,25	36,25
AMR Corp	27,875	28,625	Getty Oil	64,50	64,875	Stand. Oil Indiana	45,75	43,625
Am. Cyanamid	42,125	42	Goodyeartire	33,25	32,50	Storage Techn.	19,125	19,625
Amax.	25,125	25,25	Goodrich	41,50	39,50	Superior Oil	34,375	34,25
Am. Express	68,875	68,75	Graco	43,625	43,75	Tandy	58,75	60,625
Am. Motors	8	7,25	Gulf Oil	33	33,50	Teledyne	147	142
Am. Tel. & Telegr.	66,375	66,50	Halliburton	31,25	32	Telex Corp	22,50	23,50
Asarco	35,25	35,375	Hewlett Packard	73,50	77	Tesoro	15,375	15,25
Atlantic Richfield	42,375	42	Homestake	29,50	29,625	Texaco	34,125	34,375
Avon Products	52	32,125	Honeywell	102,375	101,25	Texas Instrum.	145,75	150,50
Bally	21,625	21,50	IBM	117	114,75	Tosco	10	10,125
Bk. of America	23,25	23,375	Int. Harvester	9,875	9,125	Transamerica	28,625	29
Bethlehem Steel	21,75	21,125	Int. Paper	54,25	54,375	Travellers	33,625	33,275
Black & Decker	21,875	21,875	Int. Tel. & Tel	38,25	38,125	Trans World Corp	33,25	35,125
Boeing	41,25	40,875	Int. North. Inc.	27,625	27,625	UAL	34,50	35,125
Brunswick	30	29,50	Jim Walter	45,125	43,50	Union Carbide	61,50	61,375
Burroughs	46	46	J. P. Morgan	85,25	84,75	Union Oil of Calif.	31,50	31,875
Caterpillar	46	46	TV Corp	15,25	15,75	United Technologies	75,75	74,25
Celanese	60,25	59 75	Litton Industries	63,625	65,875	US Steel	23,375	25,875
City Investing	31,875	32,25	Lockheed Corp.	123,50	117,75	Westinghouse El.	44,25	44,75
Chase Manhattan	57,25	57,625	Loew's Corp.	171,50	172,50	Weyerhaeuser	40,125	40,125
Chrysler	26	25,875	Lone Star	32,75	32,75	Whittaker	27,625	27,125
Citicorp	43	44,25	Louisiana Land	31,25	30,50	Wyly	12,125	12
Clorox	30,375	30,125	Mc Dermott	18,50	18,50	Woolworth	35	34,125
Coca Cola	57	56,375	Mc Donnell Doug.	57,125	57,25	Xerox	45,125	44,25
Colgate	23,25	22,875	Merck & Co.	84,75	85,75	Zenith Radio	17	16,875
Comm. Edison	27,25	27,125	Merrill Lynch	99,25	98,50	Dow Jones Index	1196,30	1198,27
Comm. Satellite	67	67	Mesa Petroleum	12,125	12,25	Stand. & Poors	160,42	160,05
Continental Group	43,625	43,375	MGM (Film)	14,75	14,375			
Control Data	48,50	48,875	Minnesota M.	85,125	84,25			
CPC Int.	37	36,375	Mobil Oil	28,375	28,75			
Curtiss Wright	40,50	41,50	Monsanto	91,375	91,75			
Deere	37,375	36,375	National Gypsum	32,75	31,125			
Delta Airlines	44,875	47,50	Nat. Semiconductor	31,50	32,75			
Digital Equipm	120,50	121,50	National Steel	27,375	27,125			
Dow Chemical	30,125	29,875	NCR	119,625	119,125			
Du Pont	45,75	44,875	Newmont	53,375	54			
Eastern Gas-Fuel	18,50	18,25	PanAm World	5,25	5,375			
Eastman Kodak	82	81,875	Pfizer	81,625	82,50			
Exxon	33,25	32,875	Phibro	74,75	77			
Fabergé	19,25	18,75	Philips Petroleum	33,50	33			
Firestone	21,50	20	Philip Morris	64,375	65,25			
Fluor	20,625	20,50	Pittston	13,625	13,125			
Ford	48,125	45,625	Polaroid	33,25	33,625			
Foster Wheeler	13,375	13,50	Prime Computer	29,50	28,25			
Fruehauf	32,625	33	Proctor & Gamble	62,50	62,125			
GAF Corp.	18,75	18,75	RCA	25,50	25,25			
General Dynamics	47,625	47,25	Revlon	35	35,25			
General Electric	109,125	110,875	Reynolds Ind.	51,125	51,25			
			Rockwell Int.	55,875	55,75			
			Rorer Group	25,50	25,875			
			Schlumberger	41,125	41,375			
			Sears, Roebuck	39,625	38,75			
			Shell Oil	38,25	38,25			

Mitgeteilt v. Merrill Lynch (Hbg.)

Toronto

	22. 4	21. 4
Abitibi Paper	22,50	27,50
Alcan Alu	38,25	38
Bk. of Montreal	33	32,625
Bk. of Nova Scotia	45,25	45
Bell Canada	27,50	27,125
Bluesky Oil	3,55	3,40
Bow Valley	20,625	20,50
Brenda Mines	13,75	13,875
Brunswick M. & Sm.	17,375	17,25
Can. Cement	17,75	17,625
Cdn. Imperial Bk.	38,625	38,625
Cdn. Pacific Ltd.	47,625	47,25
Cdn. Pacif. Enterpr.	22,875	23,125
Cominco	50,25	49,75
Caseca Res.	3,35	3,35
Denison Mines	40,375	39,375
Dome Petroleum	4	3,90
Domtar	24,625	25
Falconbridge Nickel	61	61,50
Great Lakes Paper	72	72
Gulf Canada	15,50	15,50
Gulfstream Res.	1,65	1,56
Hiram Walker Res	24,75	24,50
Hudson Bay Mining	19,25	19
Husky Oil	10,625	10,50
Imperial Oil	33,75	33,50
Inland Nat. Gas	15,625	15,375
Inco	17,75	17,125
Inter City Gas Ltd.	11,625	11,375
Interprov. Pipeline	28,125	27,625
Kerr Addison	17,25	17,375
Massey Ferguson	4,45	4,55
Moore Corp.	62,375	61,25
Noranda Mines	25,50	24,625
Norcen Energy Res.	31,375	31,375
Northgate Expl.	7,50	7,625
Northern Telecom.	112,75	106,75
Nova	8,875	9,25
Oakwood Petrol	7	7
Revenue Prop	1,53	1,50
Rio Algom Mines	48	48
Royal Bk. of Can.	34,50	33,875
Seagram	38,875	38,625
Shell Canada	24,875	24,75
Sherritt Gordon	8,75	8,75
Steel of Canada	25,625	25,875
Transcdn. Pipelines	26,75	26,50
Westcoast Transm.	14,125	14,25
Index: TSE 300	2328,8	2317,60

Mitgeteilt v. Merrill Lynch (Hbg.)

London

	22 4	21. 4.
All. Breweries	139	140
Anglo Am. Corp $	23,13	23,75
Anglo Am. Gold $	1,21	1,22
Babcock Int.	168	167
Barclays Bank	485	485
Beecham	405	411
Bowater	176	181
B. A. T. Industries	645	660
Br. Leyland	32	34
British Petroleum	388	390
Burmah Oil	170	176
Cadbury Schweppes	113	112
Charter Cons.	253	253
Cons. Gold. Fields	549	552
Cons. Murchison	470	480
Courtaulds	93	94
De Beers $	8,68	8,80
Distillers	2,54	2,54
Driefontein $	34,25	34 75
Dunlop	49	52
Free St. Geduld $	49,50	49,50
General Electric	234	230
Guinness	111	111
Hawker Siddeley	390	390
ICI	456	471
ICL Ltd	79	77
Imperial Tobacco	108	111
Lloyds Bank	515	516
Lonrho	89	88
Marks & Spencer	209	211
Midland Bank	375	378
Nat. Westminster	598	596
Plessey	594	599
Reckitt & Colman	411	421
Rio Tinto-Zinc	582	587
Rustenburg Plat. $	8,13	8,13
Shell Transp.	494	494
Thorn Emi	518	520
Tube Investm	168	164
Unilever	805	820
Vickers	127	126
Woolworth	270	277
Financial Times	685,2	692

Mailand

	25. 4.	22. 4
Bastogi	Geschlossen	215,5
Breda		5910
Carlo Erba		7960
Centrale		2241
Fiat		2693
Fiat Vz.		1864
Finsider A		54
Generali		125125
IFI Vz.		4650
Italcementi		41200
Italgas		941
Lepetit St.		26800
Magneti Marelli		810
Mediobanca		59550
Mondadori		5470
Montedison		174
Olivetti Vz.		2705
dgl. St.		2630
Pirelli SpA		1560
Rinascente		359
RAS		138900
S. A. I.		13501
SIP		1916
Snia Viscosa		834
STET		1699
Index		190,27

Amsterdam

	25 4.	22. 4
ACF Holding	162	160
Akzo	56,5	56,9
Alg. Bk. Nederl	371	365
Amev	122	119,9
Amro Bank	59,9	58,9
Bertel's Patent	27,6	27,6
Bijenkorf	20	20,1
Lucas Bols	88,1	88,3
Bredero	188,5	190
Bührmann	44,6	44,5
Desseaux	54	54,5
Fokker	28,1	28,1
Gist Brocades	150	146
Océ-v. d. Grinten	179,5	184
Hagemeijer	35	35
Heineken Bierbr	155	156,2
KLM	147,5	147,1
Kon. Hoogoven	21,8	21,8
Nationale Ned.	144,5	142
Ned. Lloyd Groep	89,1	90,5
van Ommeren	24,3	24,7
Pakhoed	53,7	53,7
Philips	46,5	45,3
Rijn-Schelde	4,5	4,95
Robeco	283,5	283,5
Rolinco	275,8	275
Royal Dutch	114,8	114,5
Slavenburgs Bk.	85	85,3
Unilever	217,5	217,5
Ver. Masch	68,1	67,9
Volker Stevin	34,9	34,5
Westland Utr. Hyp.	124,5	122
Index: ANP/CBS	105,2	105,3

Wien

Creditanstalt-Bkv Vz.	209	208
Gösser-Brauerei	280	270
Länderbank Vz.	207	204
Österr. Brau AG	250	240
Perlmooser	351	348
Reininghaus	315	305
Schwechater Br.	155	150
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P	173	171
Universale HochTief	223	218
Veitscher Magnesit	200	202
Index	55,32	54,42

Tokio

	25 4.	22. 4.
Alps	2200	2240
Bank of Tokyo	291	291
Banyu Pharma	670	683
Bridgestone Tire	500	500
Canon	1310	1330
Daikin Kogyo	292	280
Daiwa Sec.	514	520
Daiwa House	582	598
Eisai	1310	1500
Fuji Bank	500	500
Fuji Photo	1770	1750
Hitachi	772	776
Honda	839	845
Ikegai Iron	199	199
Kansai El. P.	928	929
Kao Soap	540	538
Kirin Brewery	423	424
Komatsu	511	517
Kubota Iron	327	329
Matsushita El. Ind.	1390	1400
Matsushita El. Wks	592	599
Mitsubishi El.	372	368
Mitsubishi H. I	236	230
Nicco Sec.	453	436
Nippon El.	949	953
Nippon St.	176	170
Nomura Sec.	705	719
Pioneer	2590	2590
Ricoh	738	740
Sankyo	705	701
Sanyo Electric	472	487
Sharp El.	1250	1300
Sony	3470	3450
Sumitomo Bank	500	500
Sumitomo Marine	231	227
Takeda	800	805
Teijin	306	305
Tokyo Marine	510	514
Tokyo El. Power	1040	1020
Toray	388	381
Toyota Motor	1070	1100
Index	623,22	622,02

Kopenhagen

Den Danske Bank	265,75	274
Jyske Bank	470	480
Kopenh. Handelsbk.	246	259,5
Novo Industri	2570	2319
Privatbanken	256	259
Ostasiat. Komp.	128	179,5
Den Sukkerfabr.	500	502,25
For. Bryggener St.	880	875
Kgl. Porc. Fabr.	345	344

Zürich

	25 4	22. 4
Alusuisse	625	619
dgl. NA	205	204
Bank Leu	4020	4000
Brown Boveri	1160	1170
Ciba Geigy Inh.	1920	1920
Ciba Geigy Part	1550	1545
Elektr. Watt	2645	2630
Fischer Inh	565	565
Frisco A	–	–
Globus Part	–	495
H. La Roche 1/10	7825	7700
Holderbank	720	715
Interfood Inh	5625	5575
Italo-Suisse	159	158
Jelmoli	1490	1480
Landis Gyr	1280	1280
Mövenpick Inh.	3225	3225
Motor Columbus	545	545
Nestlé Inh	4090	4090
Oerlikon-Bührle	1380	1390
Sandoz NA	2085	2075
Sandoz Inh.	5300	5250
Sandoz Part.	795	796
Saurer	195	200
Schw. Bankges	3235	3240
Schw. Bankverein	320	320
Schw. Kredit	2000	1995
Schw. Rückv. Inh.	7175	7175
Schw. Volksb. Inh	1400	1400
Sulzer Partsch.	290	287
Swissair	825	820
dgl. NA	705	675
Winterthur Inh	2975	2975
Winterthur Part	2860	2840
Zür. Vers. Inh.	17600	17400
Ind.: Schw. Kred.	275,6	274,4

Brüssel

Arbed	1200	1202
Brux. Lambert	1805	1835
Cockerill Ougree	119	120
Ebes	2480	2485
Gevaert	2180	2160
Kredietbank	5490	5440
Petrofina	5280	5300
Soc. Gen. d. Belg	1635	1620
Sofina	4730	4705
Solvay	2740	2750
UCB	3270	3250
Index	121,47	121,83

Madrid

	25 4.	22. 4.
Banco de Bilbao	Geschlossen	254
Banco Central		292
Banco Hisp. Am.		217
Banco Popular		238
Banco de Santander		244
Banco de Urquijo		–
Banco de Vizcaya		358
Cros		23
Dragados		137
El Aguila		67
Fenix		361
Fecsa		50
Galerias Prec.		–
Hidroelectr. Esp.		53,25
Iberduero		44,25
S. E. A. T.		–
Sevillana de El.		51,25
Telefonica		74
Union Electrica		52,25
Urbis		9
Vallehermoso		74,5
Index		110,9

Hongkong

China Light - P	15,00	14,40
Hongkong Land	4,65	4,37
Hongk. - Sh. Bk.	8,50	8,15
Hongk. Teleph	33,75	33,00
Hutch Whampoa	14,30	13,70
Jard. Matheson	14,50	13,70
Swire Pac. - A -	–	–
Wheelock - A -	–	–

Singapur

Cycle - Car	6,45	6,75
Cold Storage	5,00	5,00
Dev. Bk. of Sing	9,95	9,95
Fraser - Neave	8,45	8,50
Kl. Kepong	7,55	7,53
Mal. Banking	8,85	8,40
Nat. Iron	10,00	10,00
OCBC	12,00	12,00
Sime Darby	2,52	2,51
Singapur Land	8,30	8,20
Un. Overs. Bank	4,86	4,82

Paris

	25. 4.	22. 4.
Air Liquide	437	444
Alsthom Atlant.	167	170
Beghin-Say	248	247
BSN-Gerv.-Danone	1670	1688
Carrefour	1390	1470
Club Méditerranée	705	708
C. F. P	157,2	159,1
Elf-Aquitaine	148	148
Gal. Lafayette	149	159
Hachette	1045	1027
Imetal	51,4	51,8
Lafarge	259,9	259,9
Locafrance	266,8	258
Machines Bull	44	38,8
Michelin	800	810
Moet-Hennessy	1019	1029
Moulinex	81,9	83
L'Oréal	1416	1420
Penarroya	43,6	43,2
Pernod-Ricard	469	462
Perrier (Source)	269	267,5
Peugeot-Citroën	182,9	185
Printemps	121,5	122
Radio Techn.	356	360
Redoute à Roubaix	939	939
Schneider	113,5	117,5
Sommer Allibert	270	275,8
Thomsen C. S. F	188,9	197,8
Usinor	1,43	1,41
Index: INSEE	–	119,6

Sydney

ACI	Geschlossen	1,40
Ampol. Explor.		2
Bk. New S. Wales		2,98
Brok. Hill. South		–
Brok. Hill. Prop.		8,44
Coles		2,92
CRA		5,20
CSR (Thelss)		3,30
Metals Expl.		0,45
MIM-Holdings		4,70
Myer Emporium		1,50
North Broken Hill		2,58
Oakbridge		1,26
Peko Wallsend		6,98
Poseidon		4,90
Thomas Nat. Tr.		1,77
Waltons		0,80
Western Mining		4,80
Woodside Petr.		0,95
Index		597,3

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 25. 4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅞–9⅛	4¾–5	4⅛–5⅛
3 Monate	9 –9¼	4⅞–5⅛	4½–4⅞
6 Monate	9⅛–9⅜	5 –5¼	4⅜–4⅞
12 Monate	9¼–9½	5¼–5½	4⅜–4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 25. 4.: Tagesgeld 4,95–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,0–5,1 Prozent; Dreimonatsgeld 5,15–5,25 Prozent.

Privatdiskontsätze am 25. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 25. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 25. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,00; Verkauf 25,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 20,50 Verkauf 24,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 25. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1315,00	1598,95
10 US-Dollar (Indian)**)	1008,00	1201,32
5 US-Dollar (Liberty)	418,00	568,39
1 £ Sovereign alt	250,00	305,10
1 £ Sovereign Elizabeth II	247,00	301,71
20 belgische Franken	189,00	247,47
10 Rubel Tscherwonez	261,00	323,18
2 südafrikanische Rand	241,00	300,58
Krüger Rand, neu	1093,00	1280,29
Maple Leaf	1092,00	1279,16
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	252,00	318,66
20 schweiz. Franken „Vreneli"	219,00	273,46
20 franz. Franken „Napoléon"	211,00	266,68
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1017,00	1211,36
20 österr. Kronen (Neuprägung)	204,00	253,12
10 österr. Kronen (Neuprägung)	107,00	137,86
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	471,00	571,78
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	111,00	148,03

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Der Rückgang der Geldmenge um 3,1 Mrd. Dollar war erstaunlich hoch und setzte den Dollar-Zinssätzen etwas zu. Dadurch kam am 25. 4. auch der Dollar-Kurs etwas unter Druck und fiel zeitweise auf 2,4320 zurück, konnte sich im Tagesverlauf aber wieder auf 2,44 erholen. Zur amtlichen Notiz von 2,44412 verkaufte die Bundesbank 10,05 Mill. Dollar. Unverändert mit 118,96 notierte der Schweizer Franken und reagierte gegen D-Mark damit nicht auf die Anhebung der Einlagenzinssätze um ¼ Prozentpunkt durch die 4 Schweizer Großbanken. Das englische Pfund stieg um 2,9 Pfg. Auf 3,814 in Reaktion auf den leichteren Dollar und die Ende letzter Woche veröffentlichte niedrigste Inflationsrate seit 15 Jahren. US-Dollar in: Amsterdam 2,7495; Brüssel 48,63; Paris 7,3175; Mailand Feiertag; Wien 17,1640; Zürich 2,0521. Ir. Pfund/DM 3,1623, Pfund/Dollar 1,5623.

Devisenterminmarkt

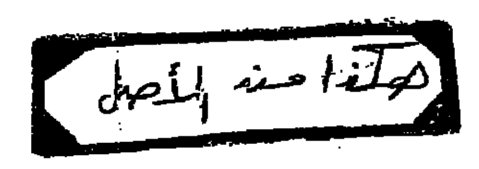
Alle Termine wiesen am 25. April geringere Deports auf, bedingt durch einen Rückgang der Dollar-Zinssätze um ⅛ Prozentpunkt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,92/0,82	2,57/2,47	4,95/4,75
Pfund/Dollar	0,17/0,14	0,42/0,38	0,70/0,65
Pfund/DM	2,50/1,10	5,60/4,20	9,80/8,30
FF/DM	30/14	75/59	157/141

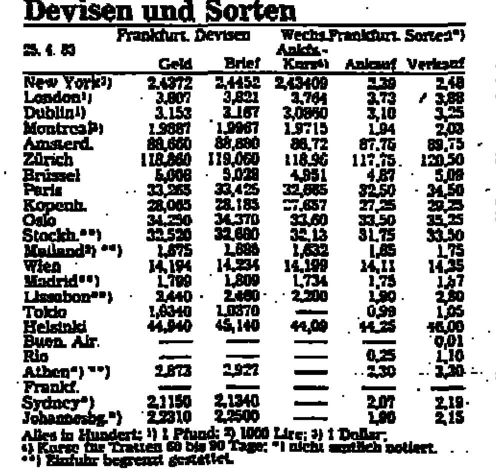
Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/5 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,50 (5,29) – 7,50 (5,79) – 8,00 (6,18) – 8,50 (6,50). Ausgabe 1983/6 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,50 (5,33) – 7,50 (5,87) – 8,00 (6,29) – 8,50 (6,66) – 8,50 (6,92)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent). 1 Jahr 5,04, 2 Jahre 5,76.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 99,60, Rendite 7,10.



Devisen und Sorten



25. 4. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴⁾	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,4372	2,4452	2,43409	2,39	2,48
London¹)	3,807	3,821	3,764	3,73	3,88
Dublin¹)	3,153	3,167	3,0850	3,10	3,25
Montreal³)	1,9887	1,9967	1,9715	1,94	2,03
Amsterd.	88,660	88,880	88,72	87,75	89,75
Zürich	118,860	119,060	118,96	117,75	120,50
Brüssel	5,008	5,028	4,951	4,87	5,08
Paris	33,265	33,425	32,885	32,50	34,50
Kopenh.	28,065	28,185	27,657	27,25	29,25
Oslo	34,250	34,370	33,60	33,50	35,25
Stockh.**)	32,520	32,680	32,13	31,75	33,50
Mailand²) **)	1,675	1,695	1,632	1,65	1,75
Wien	14,194	14,234	14,199	14,11	14,35
Madrid**)	1,790	1,800	1,734	1,75	1,67
Lissabon**)	2,440	2,480	2,200	1,90	2,80
Tokio	1,0340	1,0370	—	0,99	1,05
Helsinki	44,940	45,140	44,09	44,25	46,00
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,873	2,927	—	2,30	3,30
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,1150	2,1340	—	2,07	2,19
Johannesbg.*)	2,2310	2,2500	—	1,90	2,15

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 22. 4.: 881 Optionen, 47 100 (78 800) Aktien, davon 181 Verkaufsoptionen = 8100 Aktien. Kaufoptionen: AEG 7-50/14, 7-55/10, 7-60/7,60, 10-55/10,50, 1-50/18, 1-55/12, 1-60/10, Siemens 7-340/16, 7-380/12, 10-330/32, 10-330/20, 1-340/37,50, 1-330/30, Veba 7-160/10,10, 10-170/7,10, BASF 7-150/11, 10-150/12,10, 10-160/... 1-150/15,90, 1-160/10,50, Bayer 7-140/8, 7-150/4,50, 10-140/11, 10-150/5,70, 1-140/14,80, 1-160/10, Hoechst 7-150/6,50, 10-140/13,40, 10-150/8,40, 1-140/17, BMW 7-320/40, 7-340/28, 7-300/48, 10-340/34, 10-380/27, 1-360/35, VW 7-180/12, 7-190/5, 10-170/25, 10-180/15,60, 10-... [illegible]

1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschreib.

[illegible]

Anleihenmarkt recht nervös

Unter den festverzinslichen Wertpapieren verlief das Geschäft am Markt für öffentliche Anleihen ausgesprochen nervös. Die Notierungen wichen bis um 0,25 Prozentpunkte nach beiden Seiten von den Freitagkursen ab. DM-Auslandsanleihen lagen bei kleinem Geschäft uneinheitlich, wobei es Abschwächungen bis um 0,2 Prozentpunkte gab, während Pluskorrekturen nur bis zu einem Zehntelpunkt reichten. Der Pfandbriefmarkt hat sich nach der Unsicherheit der letzten Tage stabilisiert.

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien

[illegible]

Warenpreise – Termine

Fester lagen die Gold- und Silbernotierungen am Freitag an der New Yorker Comex kurz vor Marktschluß. Etwas schwächer notierte dagegen Kupfer. Höher in allen Sichten wurden bis zur Berichtsstunde Kaffee und Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

	22. 4.	21. 4.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	349,00	342,50
Juli	360,50	355,00
Sept	371,25	385,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)	22. 4.	21. 4.
Wheat Board cif		
St. Lawrence 1 CW	238,61	237,86
Amber Durum	242,21	240,46
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	128,00	128,30
Juli	131,70	131,10
Sept.	135,60	136,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	98,50	98,00
Juli	95,40	94,00
Sept.	–	–
Hafer Chicago (c/bush)	22. 4.	21. 4.
Mai	162,50	159,25
Juli	167,75	165,00
Sept	172,25	171,00
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	314,00	306,25
Juli	318,75	310,25
Sept	310,95	304,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	22. 4.	21. 4.
Mai	108,50	107,10
Juli	106,90	105,70
Sept	107,50	106,40
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	22. 4.	21. 4.
Mai	10,27	10,25
Juli	10,50	10,49
Sept	10,46	10,48
Nov	10,56	10,57
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Mai	18,75	18,75
Sept.	19,25	19,25

Genußmittel

	22. 4.	21. 4.
Kaffee		
New York (c/lb)	22. 4	21. 4.
Terminkontr. Mai	125,40	119,00
Juli	125,40	125,50
Sept.	123,00	125,45
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1840	1843
Juli	1866	1874
Sept.	1883	1887
Umsatz	4010	–
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	7,63	7,28
Juli	7,95	7,67
Sept	8,32	8,08
Okt	8,54	8,38
Jan	8,95	8,80
Umsatz	13 853	–
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	22. 4. 6,61	21. 4. 6,65
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	22. 4.	21. 4.
Mai	1817–1822	1765–1766
Juli	1629–1630	1610–1612
Sept.	1555–1562	1537–1538
Umsatz	5668	3169
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1256–1257	1239–1240
Juli	1278–1279	1267–1268
Sept	1293–1294	1279–1280
Umsatz	3420	3642
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Mai	120,75–120,80	122,20–122,25
Aug.	131,05–131,10	132,10–132,15
Okt	139,25–139,50	140,25–140,40
Dez.	144,50–145,00	145,75–146,00
März	153,60–153,75	154,70–154,85
Mai	158,00–159,00	158,75–158,85
Umsatz	0	0

	22. 4.	21. 4.
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	22. 4.	21. 4.
schw. Sarawak spez.	250,00	250,00
weißer Sarawak	345,00	345,00
weißer Muntok	350,00	350,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	22. 4.	21. 4.
Mai	114,20	114,70
Juli	113,05	113,00
Sept.	111,75	112,00
Nov.	108,00	108,00
Jan.	101,75	101,00
Umsatz	200	300

Öle, Fette, Tierprodukte

	22. 4.	21. 4.
Erdnußöl		
New York (c/lb)	22. 4.	21. 4.
Südstaaten fob Werk	25,50	25,50
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	20,50	21,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	19,35	18,78
Juli	19,70	19,13
Aug.	19,89	19,32
Sept.	20,05	19,48
Okt.	20,28	19,67
Dez.	20,67	20,07
Jan.	20,75	20,25
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	22,00	22,00
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	17,75	17,375
Choise white hog 4% fr. F.	17,375	17,375
Talg		
New York (c/lb)		
top white	16,50	16,50
fancy	16,00	16,00
bleichfähig	15,75	15,75
yellow max. 10% fr. F.	14,00	14,00
Schweine		
Chicago (c/lb)		
April	49,05	49,95
Mai	49,50	50,70
Juli	47,30	48,00
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Mai	68,30	70,50
Juli	66,90	69,00
Aug.	63,67	65,60

	22. 4.	21. 4.
Rinder		
Chicago (c/lb)	22. 4.	21. 4.
Ochsen einh. schwere River Northern	48,00	48,00
Kühe einh. schwere River Northern	40,00	40,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Mai	644,50	626,50
Juli	663,50	642,00
Aug.	662,50	646,50
Sept.	674,50	651,50
Nov	686,50	664,50
Jan.	699,50	677,50
März	713,00	690,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Mai	192,00	187,50
Juli	194,20	189,20
Aug	196,00	190,90
Sept.	198,50	192,50
Okt.	200,50	193,50
Dez.	204,80	200,00
Jan.	206,80	205,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	22. 4.	21. 4.
Mai	291,90	289,50
Juli	298,20	294,60
Okt.	306,20	303,70
Kokosöl		
New York (c/lb)	22. 4.	21. 4.
Westküste fob Werk	22,00	25,50
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	25. 4.	22. 4.
jegl. Herk. cif	500,00	500,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	405,00	395,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	430,00	425,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	122,00	121,00
Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	600,00	590,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	252,00	253,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	22. 4.	21. 4.
Baumwolle		
New York (c/lb)	22. 4.	21. 4.
Kontrakt Nr. 2:		
Mai	71,10	72,00
Juli	71,75	72,19
Okt.	72,90	73,40
Dez.	73,15	73,39
Jan	74,48	–
Mai	74,85	–
Kautschuk New York		
(c/lb): Händlerpreis loco RSS -1:	58,75	59,50
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	22. 4.	21. 4.
Mai	426–437	435
Aug.	444–446	438–442
Okt.	446–447	440–444
Umsatz	112	221
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	22. 4.	21. 4.
Mai	43,30	43,20
Juli	43,80	43,80
Okt.	44,50	44,50
Dez.	45,10	45,10
Umsatz	2250	0
Tendenz: nominell		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	22. 4.	21. 4.
Mai	568,0–570,0	568,5–569,0
Juli	592,0–594,0	590,5–591,0
Okt.	577,0–577,5	577,5–578,0
Umsatz	113	124
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	22. 4.	21. 4.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	22. 4.	21. 4.
April	13 904	13 901
Mai	14 010	14 000
Kautschuk		
London (p/kg)	22. 4.	21. 4.
Nr. 1 RSS loco	74,50–75,50	74,00–75,00
Mai	74,40–76,00	73,50–74,50
Juni	75,00–76,00	74,30–75,50
Juli/Sept.	75,40–75,50	74,70–74,80
Tendenz: etwas stetiger		

	22. 4.	21. 4.
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	22. 4.	21. 4.
Nr. 1 RSS loco	260,50–261,50	263,00–264,00
Mai	260,50–261,50	263,00–264,00
Juni	259,00–260,00	261,00–262,00
Nr. 2 RSS Mai	244,00–245,00	246,50–247,50
Nr. 3 RSS Mai	240,50–241,50	243,00–244,00
Nr. 4 RSS Mai	233,50–234,50	236,00–237,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£ lgt)	22. 4.	21. 4.
BWC	390,00	390,00
BWD	350,00	350,00
BTC	414,00	414,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg. 1 Ft – 78 WD – (–): BTC – (–): BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	25. 4.	22. 4.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	114,63–114,82	112,43–112,53
drittfolg. Monat	118,83–119,02	116,41–116,79
Zink: Basis London		
laufend. Monat	174,82–175,00	171,59–171,97
drittfolg. Monat	180,35–180,54	177,09–177,47
Produz.-Preis	183,39	183,86
Reinzinn 99,9%	3661–3897	3665–3702

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	25. 4.	22. 4.
Elektrolytkupfer		
für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	428,72–431,01	423,95–426,23
Blei in Kabeln	122,25–123,25	120,00–121,00
Aluminium		
für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	25. 4.	22. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	353–359	350–356
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	392–393	389–390
MS 63	397–399	393–396

Zinn-Preis Penang

	22. 4.	21. 4.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring. kg)	31,60	31,85

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	25. 4.	22. 4.
Leg. 225	300–308	300–305
Leg. 226	308–310	302–308
Leg. 231	340–346	332–346
Leg. 233	351–356	348–351

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	25. 4.	22. 4.
Platin (DM je g)	35,70	36,20
Gold (DM je kg Feingold)		
Barren-Vkfpr.	35 100	34 700
Rücknahmepr.	34 300	33 900
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	35 050	34 740
Rücknahmepr.	34 000	33 700
verarbeitet	36 790	36 450
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 755	34 465
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	979,20	961,50
Rücknahmepr.	944,90	927,80
Verarbeitet	1022,60	1004,10

Internationale Edelmetalle

	25. 4.	22. 4.
Gold (US-$/Feinunze)		
London		
10.30	442,25	436,25
15.00	441,50	437,00
Zürich mittags	441,00–441,75	435,25–436,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	103 250	102 500
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	785,90	776,90
3 Monate	805,10	794,60
6 Monate	824,70	813,85
12 Monate	862,70	848,75
Platin (£-Feinunze)		
London	22. 4.	21. 4.
fr. Markt	270,40	271,85
Palladium (£-Feinunze)		
London 1. Händlerpr.	82,15	82,45

New Yorker Preise	22. 4.	21. 4.
Gold H & H Ankauf	437,00	439,50
Silber H & H Ankauf	1211,00	1224,00
Platin fr. Händlerpr.	413,00–415,00	413,00–415,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	127,00–129,00	128,00–130,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c Feinunze)		
April	1198,00	1219,00
Mai	1200,00	1222,00
Juni	1220,00	1242,00
Juli	1220,00	1261,00
Sept.	1250,00	–
Dez	1285,00	–
Jan.	1292,60	–
Umsatz	24 000	–

New Yorker Metallbörse

	22. 4.	21. 4.
Kupfer (c/lb)		
April	77,30	77,45
Mai	77,35	77,65
Juni	78,25	78,45
Juli	78,90	79,20
Sept.	80,30	80,50
Dez	82,05	82,60
Jan.	82,80	83,20
Umsatz	18 000	17 000

Londoner Metallbörse

	25. 4.	22. 4.
Aluminium (£/t)		
Kasse	879,00–880,00	881,00–882,00
3 Monate	905,00–905,50	907,00–907,50
Blei (£/t) Kasse	300,00–300,50	296,50–296,50
3 Monate	311,00–311,50	307,50–307,75
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1109,0–1110,0	1105,0–1106,0
3 Monate	1138,0–1138,5	1132,0–1132,5
abends Kasse	–	1106,5–1107,0
3 Monate	–	1133,0–1134,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1092,5–1093,0	1087,0–1090,0
3 Monate	1116,0–1117,0	1110,0–1113,0
Zink (£/t) Kasse	457,0–458,0	458,0–459,0
3 Monate	472,00–472,50	473,00–473,50
Zinn (£/t) Kasse	8797–8800	8885–8895
3 Monate	8750–8751	8834–8835
Quecksilber ($/Fl.)	–	315–330
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	88–91

FINANZANZEIGEN

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.). Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffe (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 22,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

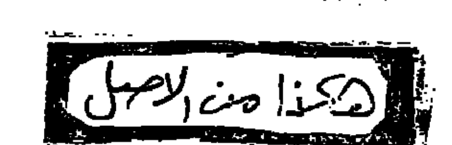
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Hoffnung auf Nullwachstum

P. Jo. – Es war eine Erfolgsmeldung, die das Frankfurter Institut für Bildungsmedien e. V. herausschickte. Da konnte man lesen: „Zum ersten Mal seit vier Jahren ist die Zahl der Lehrpläne rückläufig. 1982 wurden von den Kultusministerien der elf Bundesländer ‚nur' noch 257 neue Lehrpläne veröffentlicht. Das sind im Vergleich zum Jahr 1981, in dem die Ministerien die Rekordhöhe von 320 Lehrplänen erreichten, immerhin 63 (oder rund 20 %) Richtlinien weniger."

Allerdings muß dieser „frohen Botschaft" eine Einschränkung nachgeschoben werden: „Der Anteil der Entwürfe an der Gesamtzahl der neuen Richtlinien blieb gleich hoch wie in den Vorjahren. Fast ein Drittel der 257 Lehrpläne des Jahres 1982 – nämlich exakt 79 Richtlinien – wurden in Erprobungsfassungen herausgegeben."

Trotzdem will man sich den Optimismus nicht vermiesen lassen. Das Institut „wertet die rückläufige Tendenz in der Lehrplanentwicklung als positiven Ansatz". Zugleich fordert es einen weiteren kräftigen Abbau der „Lehrplanhalde" und eine „drastische Verminderung der Lehrplanentwürfe", nicht zuletzt, weil jede Änderung auf die Schulbuchproduktion durchschlägt und dort zu einer Kostenexplosion sowie ständig weiter steigenden Schulbuchpreisen führt. Vor allem aber geht es darum, „mehr Beständigkeit in den Lernprozeß der Schüler zu tragen".

Diese Anmerkung ruft die Erinnerung an Zeiten wach, in denen die ältere Schwester noch der jüngeren helfen konnte, weil beide dieselben Sachen nach denselben Lehrplänen aus denselben Büchern lernten – auch wenn Jahre dazwischenlagen. Und zugleich drängt sich eine Karikatur aus dem „Punch" vor die Augen. Darauf sieht man einen erstaunten Personalchef einem Bewerber gegenübersitzen, der frohgemut seine ungewöhnliche Qualifikation erklärt: „Ich bin zur Schule gegangen, als gerade mal ein gutes Lehrkonzept ausprobiert wurde . . ."

Ost-Berlins geplanter Marx-Engels-Denkmalpark

Für Klassiker nur Marmor und Stahl

In Ost-Berlin wurden in den letzten Jahren drei Kirchenkuppeln neu eingedeckt. Vom Dom am alten Lustgarten leuchtet ein neues goldenes Kreuz, die Doppeltürme der Nicolaikirche wurden wieder aufgesetzt, und vom restaurierten Turm des Französischen Domes strahlt eine goldene Statue. Hoch an der Zeit, mag da mancher Parteigenosse denken, auch wieder einmal etwas für die sozialistische Stadtbildgestaltung der „Hauptstadt" zu tun.

Nun, Abhilfe ist schon in Sicht. In Plänen, Fotos und Modellen wird zur Zeit im Marstall unter den Linden vorgestellt, wie den Begründern der neuen Lehre, Marx und Engels, demnächst mitten im Herzen Berlins, zwischen Fernsehturm und Palast der Republik, gleich eine ganze Denkmalanlage gesetzt werden soll. Heute stehen dort auf der letzten noch verbliebenen Freifläche des Zentrums einige Pappeln und Erlen in einer Allerwelts-Grünanlage, an der der Touristenstrom vom Brandenburger Tor zum Alexanderplatz achtlos vorüberzieht.

Die Planungen für die Anlage gehen zurück auf das Jahr 1973, als das Politbüro der SED einem entsprechenden Beschluß folgte. Ein Entwurfsauftrag erging an den heute 60jährigen Bildhauer Ludwig Engelhardt, der seit 1960 Mitglied der Akademie der Künste der „DDR" ist und bereits an der künstlerischen Beratung beim Bau des Palastes der Republik beteiligt war. Engelhardt legte seinen Entwurf 1977 vor, und das Politbüro hat ihn inzwischen gebilligt und seine Ausführung verfügt. Die Stadtverordneten von Ost-Berlin, die in ihrem Zentrum städtebaulich auch sonst nichts zu sagen haben, wurden selbstverständlich nicht befragt. Sie billigten das Projekt später einstimmig wie auch der Ministerrat der „DDR" und dann, gewissermaßen als Krönung, auch noch der X. Parteitag der SED 1981.

Das Konzept für die Anlage entstand also, als drüben noch ausgesprochen monumental gebaut wurde. Man hatte gerade Lenin in poliertem Granit und Riesenformat vor einer hohen Fahne auf einen hohen Sockel an einer großen Straßenkreuzung aufgestellt. Engelhardt hat Marx und Engels dagegen zwar immerhin in doppelter Lebensgröße, aber nur auf einem 50-cm-Sockel vorgesehen. Die Anlage besteht aber aus mehreren Teilen und diese aus verschiedenen Materialien: Marmor, Bronze, Edelstahl.

Im Mittelpunkt eines 64-Meter-Kreises, der zu den Straßen hin durch Bäume abgeschirmt wird, sitzt Karl Marx, und Friedrich Engels steht daneben, wie man das von den Darstellungen der beiden auf Familienfotos kennt. Sie schauen mit sicherem, festem Blick in die gleiche Richtung – in die Zukunft und direkt nach Osten. Engelhardt hat sie recht real gestaltet, nicht naturalistisch, aber auch nicht symbolisch und pathetisch, wie etwa die bekannte große Plastik des Kopfes von Karl Marx vor dem Parteigebäude in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz). Man fühlt sich durch die etwas steife Haltung der beiden eher an die sogenannten Naiven erinnert.

Hinter den Klassikern und sinnigerweise in Richtung Westen und West-Berlin stehen fünf schlanke Marmorblöcke, deren Reliefs die Not und Unterdrückung in der Zeit vor dem Sozialismus zeigen. Der 53jährige Werner Stötzer, Mitglied der Akademie der Künste und 1977 Nationalpreisträger, hatte Teile seines Entwurfes schon auf der VIII Kunstausstellung 1977/78 gezeigt. Etwas seitlich vor Marx und Engels werden vier Doppelstelen stehen, also insgesamt acht Edelstahlplatten von fast fünf Meter Höhe und 1,20 Meter Breite. Etwas weiter vor ihnen zeigen zwei Bronzereliefs die „schöne sozialistische Gegenwart", ihre „Würde, Kraft und Schönheit" auf einer Breite von jeweils vier Metern und einer Höhe von reichlich zwei Metern, ebenso hoch wie die Marmorblöcke im Hintergrund.

Auf den Reliefs der 43jährigen Margret Middell, einer Schülerin von Ludwig Engelhardt, herrschen weibliche Formen angenehm vor. Die Stelen, die senkrecht stehenden Stahlplatten, bergen weniger ein künstlerisches als vielmehr ein politisches Problem: In den Stahl werden etwa 175 alte Fotografien im sogenannten elektrokorrosiven Verfahren eingraviert. Sie sollen den Kampf der Arbeiterklasse in den Jahren zwischen Marx und Engels und dem Sieg ihrer Ideen zeigen. Viele Fotos stammen aber erst aus der Zeit nach dem Sieg: Arbeiter am Werkstück, zur Demonstration, in der Brigade. Sie sind unverbindlich, letztlich langweilig.

Spannende historische Aufnahmen sind eben oft genug heikle Dokumente. Die Auswahl im Marstall zeigt daher auch nur unbestimmte Szenen, ohne die Führer der Arbeiterklasse. Damit ist wohl das Problem vom Tisch, ob die Geschichte vom Sieg des Sozialismus in der Welt – nicht nur in Deutschland – mit oder ohne Stalin und Mao, Castro, Tito und Breschnew zu schreiben ist. Lenin ist unstrittig und oft zu sehen, auch Thälmann und Bebel tauchen auf, aber Ulbricht bleibt vor der Tür. Pieck und Grotewohl sind vertreten, und Ho Chi Minh lächelt wenigstens von einem Plakat amerikanischer Studenten. Bei vielen Bildern aus dem ostasiatischen Raum kann man schwer erkennen, ob da gerade für oder gegen den Sozialismus gekämpft wird oder vielleicht zwischen verschiedenen Sozialisten untereinander.

Eine Besonderheit der Anlage ist auch die klar didaktische, belehrende Anordnung ihrer einzelnen Teile. Man schaut auf Marx und Engels: Hinter ihnen die kapitalistische Vergangenheit, vor ihnen die Zeit des Kampfes, auf den Stahlplatten beschrieben. Ganz im Vordergrund die lichte Gegenwart, in der der (östliche) Beschauer lebt. Im Sommer werden die Lehrer davor stehen und das beim Ausflug alles so erklären.

Vielleicht begreift aber der eine oder andere nicht gleich und wiederholt die Erklärung versehentlich in die falsche Richtung: aus der schönen Vergangenheit führte ein Kampf, an dem Marx und Engels beteiligt waren, zu Not und Unterdrückung, wie sie auf den Marmorblöcken hinter den beiden zu sehen ist. Vielleicht führt er den logischen Aufbau der Anlage sogar verkehrt weiter: Aus der Not und Unterdrückung führt der Weg nach Westen, direkt nach West-Berlin. Aber so darf man die Anlage natürlich nicht interpretieren, und auf derartige Gedanken hat das Politbüro wohl auch keine Zeit verschwendet, als es diesen „Höhepunkt in der städtebaulich-architektonischen Vollendung des Zentrums" seiner Hauptstadt Berlin (Ost) beschloß.

ANDRÉ HASE

Welten verschwimmen im Grauen: Brigitte Fassbaender (rechts) als Orpheus, Lucia Popp als Eurydike in Erich Walters Inszenierung in München FOTO: ANNE KIRSCHBACH

E. Walters „Orpheus und Eurydike" in München

Geister im Spiralnebel

Glucks „Orpheus und Eurydike", das Stück mit der erhabenen und bewegenden Musik und der spindeldürren Handlung, wird jetzt am Münchner Nationaltheater gespielt. Die Aufführung gelingt nicht gut. Der Fehler hat man zu viele gemacht mit dem schweren Werk. Das rächt sich.

Das beginnt bei der von Hans Swarowsky eingedeutschten und eingekürzten Fassung, diesem schlimmen Mißverständnis. Mit seiner Opernreform wollte Gluck zwar dramatisch wahrhaftige Musik auf der Bühne durchsetzen, wollte menschlich fühlende und handelnde Gestalten präsentieren statt blutleerer Antikenstatuen, aber das hieß längst nicht, daß er auf kunstreichen, effektvollen Gesang verzichten wollte. Den Orpheus teilte er immerhin noch einem Kastraten zu, Exponent einer unnatürlichen, virtuosen Gesangskultur. Auch die Wiener Fassung schrieb er notabene in italienischer Sprache. Verdeutscht und versimpelt in den Gesangspartien geht diese große Opernmanier in die Binsen. Übrig bleibt eine Art Liedertafel-Oper.

Brigitte Fassbender, der Orpheus, hat eine Liedstimme. Das opernhafte Posaunen ist ihre Lieblingssache längst nicht mehr. Sie verinnerlicht ihren Gesang, obzwar hörbar indisponiert, auf zu Herzen gehende Weise. Sie läßt viel Empfindung in die Schlichtheit einfließen. Man lauscht ihr gespannt und nachdenklich. Die große Bühne und das große Haus werden damit nicht gefüllt. Mitreißen kann sie nicht.

Auch Lucia Popp, die Eurydike, übt sich in der vokalen Demut. Auf feine Art blaßblütig spinnt sie Kummer und Zweifel zu Sopranliedern. Schicksalhaftes tönt daraus nicht. Julie Kaufmann gibt in der kaum mehr vorhandenen Partie des Amor die Stichworte, die das bißchen Handlung zweimal in Gang setzen.

Keine Handlung, doch einige Tanznummern – deswegen wird Glucks „Orpheus und Eurydike" wohl so oft einem Choreographen zur Regie anvertraut. Balanchine und Neumeier haben das Stück inszeniert. München setzt nun auf den Düsseldorfer Ballettchef Erich Walter, einen Mann der scheuen Gesten und der heimlichen Symbolik. Er verbannt den Chor in den Orchestergraben und bevölkert die Bühne mit Tänzern. Aber zu tanzen gibt er ihnen fast nichts. Sie figurieren. Sie schreiten. Sie wedeln mit federbesetzten Armen oder winken von fahrbaren Podesten mit Schwertern. Sie recken sich als Furien ein bißchen auf. Sie benedeien als Selige des Elysiums. Das bißchen Aktion, das die Oper bietet, wird so nicht einsehbarer.

Günther Schneider-Siemssen hat die Ausstattung entworfen. Sie arbeitet vorwiegend mit Licht und Projektionen. Schleier hängen reichlich (und dämpfen die Stimmen merklich). Eine Erdkugel scheint grau bei den Klagen des Orpheus auf, Spiralnebel, grau in grau, kreisen beim Reigen der seligen Geister. Auf der Erde ist es so trüb wie im Hades. Orpheus brauchte eigentlich gar nicht in die Unterwelt herabzusteigen. Die Welten verschwimmen zur grauen Vagheit.

Auch in der Musik verschwimmt so einiges, und gegen Schluß immer mehr. Dabei hatte Eugen Jochum am Pult zunächst straffe Tempi und starke Akzente vorgegeben. Zwar hakten auch da zuweilen die Einsätze, aber Gluck klang doch kraftvoll und stark. Die Kraft verließ Jochum im dritten Akt doch merklich. Die Musik kam ins Schleppen, bis der Sängeratem knapp wurde.

Die Bläser des Bayerischen Staatsorchesters hatten da mehr Luft. Sie spielten über alle Maßen schön an diesem Abend, formten die Töne wohl und knüpften sie zu ausdrucksstarker Melodie. Sie setzten Glucks ernste Oper ins Recht. Aber das reicht natürlich nicht, die Münchner Aufführung gegen die Ponnelles in Köln oder Freyers in Berlin anspielen zu lassen.

REINHARD BEUTH

JOURNAL

Bertolucci leitet Jury in Venedig

DW. Venedig

Bernardo Bertolucci wird Chef der Jury bei der 40. Filmbiennale in Venedig. Das wurde jetzt in Venedig zusammen mit dem genauen Datum der Filmfestspiele bekanntgegeben. Der Wettbewerb um die „Goldenen Löwen" beginnt danach am 31. August und endet am 11. September. Bei den letzten Biennalen hatten Filme aus der Bundesrepublik den ersten Preis erhalten: 1981 „Die bleierne Zeit" von Margarethe von Trotta und 1982 „Der Stand der Dinge" von Wim Wenders.

Verschollene Partituren von Albinoni gefunden

dpa, Udine

Die Partituren von fünf Arien des venezianischen Barockkomponisten Tommaso Albinoni (1674–1745) hat der italienische Musikprofessor Maurizio Grattoni im Archiv von Cividale bei Udine gefunden. Die Arien, die von Streichorchester und Cembalo begleitet werden sollen, werden in Kürze in Udine aufgeführt. Viele Werke Albinonis, der über 50 Opern komponierte, sind verschollen.

Sonning-Preis für Simone de Beauvoir

AFP, Paris

Der mit knapp 60 000 D-Mark dotierte Sonning-Preis ist in der dänischen Botschaft in Paris der französischen Schriftstellerin Simone de Beauvoir verliehen worden. Mit dem Preis der 1950 gegründeten Sonning-Stiftung wurden bereits so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Winston Churchill, Laurence Olivier, Niels Bohr und Dario Fo ausgezeichnet.

Neues Ashton-Ballett in New York uraufgeführt

DW. New York

Ein neues Ballett des Choreographen Sir Frederick Ashton wurde jetzt vom Londoner Royal Ballet während eines Gastspiels in der New Yorker Metropolitan Opera uraufgeführt: „Varii Capricci" zu einer Musik des im vergangenen Jahr verstorbenen Komponisten William Walton.

Jazz-Altmeister Dave Brubeck auf Tournee

dpa, Hamburg

Der amerikanische Pianist Dave Brubeck startet mit seinem Quartett am 26. April in Hamburg zu einer Deutschland-Tournee. Schon bei seiner Gastspielreise vor zwei Jahren bewies Brubeck, daß sein zeitloser Klassik-Jazz durch die Mitwirkung junger Musiker frischen Schwung bekommen hat. Nur wenigen Musikern ist die Verschmelzung von Elementen klassischer Musik mit dem Jazz so perfekt gelungen wie dem inzwischen 62jährigen Brubeck. Das Dave-Brubeck-Quartett spielt außerdem in Bielefeld (27. 4.), Düsseldorf (28. 4.), Stuttgart (29. 4.) und Berlin (4. 5.).

Vicente Aleixandre 85

Aus dem Spanier Vicente Aleixandre, der heute vor 85 Jahren in Sevilla auf die Welt kam, im Jahre 1977 der Nobelpreis für Literatur zugesprochen wurde, schreckten die Feuilletonredaktionen der ganzen Welt auf. Der kränkelnde Lyriker, der unbeweibt in Madrid lebt, war selbst nicht weniger verwundert; er akzeptierte den Preis stellvertretend für seine berühmten Kollegen Rafael Alberti und Jorge Guillén, für die ganze Gruppe spanischer Intellektueller, die man unter dem Begriff der „Generation von 1927" zusammenfaßt, überhaupt für alle spanischen Dichter, deren Ruhm nicht über die Pyrenäen gedrungen ist, und für das ganze spanische Volk und seine Kultur. Aleixandre ist ein „poeta doctus", der mit vielerlei Ausdrucksformen experimentiert hat; der „DDR"-Lyriker Erich Arendt hat sich um die Übersetzung seiner Gedichte verdient gemacht.

jae



Vicente Aleixandre FOTO: DIE WELT

Earl Hines gestorben

AFP, Oakland

Der amerikanische Jazzpianist Earl „Fatha" Hines ist im Alter von 77 Jahren in Oakland (Kalifornien) an den Folgen eines Herzanfalls gestorben. Er hatte seit den dreißiger Jahren in den bekanntesten amerikanischen Bigbands, darunter der von Louis Armstrong, gespielt und Stars wie Dizzy Gillespie, Charlie Parker, Billy Eckstine und Sarah Vaughn zum Aufstieg verholfen. Seit 1951 hatte er zusammen mit dem Posaunisten Jack Teagarden in San Francisco seine eigene Band. Die US-Enzyklopädie „Encyclopedia of Jazz" nennt Hines „einen der größten Pianisten der Geschichte des Jazz".

Zum 70. Geburtstag von Sigrid Hunke

Sonne und Kaisermantel

In Kiel als Tochter eines prominenten Buchhändlers geboren, nach Studien bei Martin Heidegger, Nicolai Hartmann und Karlfried Graf Dürckheim zum Dr. phil. promoviert, gelernte Orientalistin, mit einem Diplomaten verheiratet und Mutter von drei Kindern, gehört Sigrid Hunke zu den ganz wenigen schreibenden Frauen des deutschen Sprachraums, die man als eine „konservative Intellektuelle" bezeichnen darf. Ihr spezifischer Konservatismus hat freilich nichts mit parteipolitischer Subalternität oder schmollender Nostalgie zu tun. Ganz im Gegenteil: diese Simone de Beauvoir von rechts ist eine im ursprünglichsten Sinn des Wortes *radikale*, das heißt: immer wieder zu den Ursprüngen, Grundlagen und bleibenden Beständen der europäischen Geistesgeschichte vorstoßende und an sie produktiv erinnernde Autorin.

Vielfältig ist der Kreis ihrer Interessen und Talente. Sie schrieb Novellen, Essays und Romane; vertonte Gedichte von Eichendorff und anderen Lyrikern; ist als einzige Frau, Europäerin und Nichtmuslimin Ehrenmitglied des „Obersten Rates für Islamische Angelegenheiten" in Kairo und gilt zwischen Marokko und Pakistan geradezu als inoffizielle Botschafterin deutscher Kultur in der mohammedanischen Welt, als hochverehrte Interpretin und Vermittlerin arabischer Kultur im deutschen Raum. Diese einmalige Position verdankt sie vor allem zwei Sachbüchern, in denen nachgewiesen wird, in wie hohem Maße Europa der islamischen Philosophie und Naturwissenschaft verpflichtet ist: „Allahs Sonne über dem Abendland" und „Kamele auf dem Kaisermantel".

Nicht minder bedeutsam sind Frau Hunkes Bücher zur abendländischen Geistesgeschichte: „Europas eigene (andere) Religion", „Glaube und Wissen", „Das Reich und das werdende Europa". In diesen Werken wendet sich die engagierte Religionshistorikerin gegen das dualistisch-manichäische Erbe, das seit der Spätantike nicht nur große Bereiche der christlichen Kultur, sondern auch mächtige Strömungen der modernen säkularen Zivilisation verhängnisvoll beeinflußt habe. In Marx und Freud sieht Sigrid Hunke manichäisch-gnostisches Geistesgut nicht minder wirksam als in Paulus, Augustinus und Luther. Sie kritisiert leidenschaftlich einen in absoluten Antithesen und starren Entweder-oder-Entgegensetzungen denkenden Geistestypus.

Ihre eigene geistespolitische und religionsphilosophische Vision deutet der Titel des 1971 erschienenen Buches an: „Das Ende des Zwiespalts". Mit einer kurzen, vielleicht nicht ganz unmißverständlichen Formel nennt sie ihre Weltanschauung „Dialektischer Unitarismus". Als Propheten und Kronzeugen dieser die „Einheit der Gegensätze", die „Gotthaltigkeit aller Natur" betonenden religiös-philosophischen Grundhaltung sieht sie Meister Eckhart, Nikolaus von Kues, Goethe, Schelling, Einstein und Teilhard de Chardin an.

Sigrid Hunke ist die wohl einzige deutsche Schriftstellerin, der es schon zu Lebzeiten vergönnt ist, daß eine eigene Hunke-Gesellschaft (mit Sitz in Bonn) sich der Förderung und Verbreitung ihres Werkes tatkräftig widmet. Heute feiert sie, der man ihr Alter wahrhaftig nicht ansieht, ihren 70. Geburtstag: rüstig, welt-neugierig und wie immer voller Pläne.

G.-KLAUS KALTENBRUNNER



Eine „Simone de Beauvoir von rechts": Sigrid Hunke FOTO: BLAU

Die 15. Wittener Tage für neue Kammermusik

Sag's mit dem Zymbal!

Im städtischen Saalbau traf man es an wie beim späten Frühling im Ruhrtal rund um Witten mit altem Laub, grellem Grün und noch zu zählenden Blüten. Bei den 15. Wittener Tagen für neue Kammermusik hatten die Veranstalter die Ehrlichkeit über die Sensation gestellt und eingeräumt, daß man nicht jedes Jahr einen John Cage oder Alfred Schnittke aufbieten kann. Im vergangenen Jahr war eben alles schon etwas weiter gewesen. Aber auch solche Wittener Kammermusikalltage haben ihren Informationswert. 23 Komponisten mit insgesamt 36 Werken, darunter immerhin zwölf Ur-, und elf deutsche Erstaufführungen, wurden präsentiert, und das ist ja unterm Strich eine respektable Sache, auch wenn nicht alle Blütenträume reif werden.

In Witten geht es nicht darum, mit der Sammellinse ein Abbild der gegenwärtigen Kammermusik-Situation zu entwerfen, sondern um erhellende Schlaglichter und Akzentsetzungen und auch um den Blick über die östlichen Grenzen, der diesmal Ungarn ins Auge faßte. Solche Erkundungen nicht mit dem Fernrohr, sondern in diesem Falle mit Hilfe des angereisten Budapester Kammerensembles, gehören ja seit je zum Selbstverständnis der Wittener Kammermusiktage.

Sie waren nur zur einen Hälfte ergiebig. Die andere brachte Funktionsträger des ungarischen Musiklebens mit Bartók-Huldigungen und Realismus-Verschnitt zur Aufführung, immer das Zymbal im Mittelpunkt. Am Ende freilich war ein ganzer Abend György Kurtag gewidmet, der zusammen mit seiner Frau Martha aus seinem Schulwerk für neue Klaviermusik das Neueste spielte. Natürlich steht auch da Bartók im Hintergrund. Manches scheint hinter ihn zurückzugreifen, anderes ihn fortzuschreiben, aber in sehr persönlicher Handschrift: Das Konzert mit Fragmenten für Solosopran und der exquisiten Adrienne Csengery war das vielleicht erfolgreichste dieser Tage.

Solche Portraitkonzerte haben in Witten Tradition. Ein anderes war Nicolaus A. Huber gewidmet und seinem „kritischen Komponieren": Solo für einen Violinsolisten beginnt folkloristisch und endet bei Nicaragua, aber solche politische Simplizität verdeckt nicht, daß es sich bei Huber um eine der wichtigsten, materialbewußtesten Komponisten der mittleren Generation handelt. Ein weiteres Portrait galt dem Kölner Griechen Dimitri Terzakis und seinen Vermittlungen zwischen byzantinischer und heutiger Musik. Und beinahe zu einem Portrait geriet das „Selbstbildnis des Richard Wagner" des in Köln lebenden Bulgaren Bojidar Dimov, in dem eine Mixtur aus Selbst- und Wagner-Zitaten Wagners Antisemitismus nach Auschwitz verlängert – kein uninteressantes Werk, aber auch kein unstrittiges Sujet, auch wo Erfahrung (ein Verwandter starb in Auschwitz) persönliche Rechtfertigungsmomente einbringen mag.

Ansonsten blieb im Gedächtnis: Rolf Riehms Auseinandersetzung mit der Quartett-Tradition in „Tempo strozzato", einem intensiven, klugen Stück. Michael Rantas „Transits", Johann-Karten Raekkes originelle Instrumentneuschöpfungen über Klangflächen mit Schlagzeugern in Interaktion tretend. Oder Robert HP Platz' virtuoses Trio für Oboe, Klarinette und Fagott, für das Bläserensembles dankbar sein werden.

DIETER SCHÜREN

Internationale Kurzfilmtage von Oberhausen

Warhol ißt Hamburger

Im nächsten Jahr werden die Kurzfilmtage von Oberhausen ihren 30. Geburtstag feiern. Neben der Berlinale sind sie das älteste Filmfest in Deutschland. Liegt es an diesem fortgeschrittenen Alter, daß die Atmosphäre in Oberhausen heuer so müde und lustlos war? Viel fade Einheitskost wurde serviert. Wäre da nicht die kleine Reihe indischer Filme gewesen, so hätte sich das Ausharren auf den harten Stühlen in der Oberhausener Stadthalle nicht gelohnt. Vor allem der 17minütige Beitrag von Meera Dewan, „Liebesgeschenk", ging unter die Haut. Die junge indische Regisseurin greift aktuelle Zeitungsberichte auf, in denen von Mord oder versuchtem Totschlag an frisch vermählten Frauen erzählt wird. Der Grund für die Mordversuche liegt in alten indischen Traditionen verankert. Die Frauen müssen sterben, weil ihre eingebrachte Mitgift der Familie des Mannes nicht reicht.

Daß der Film trotz seiner heiklen Thematik keine aggressive Anklage gegen überholtes Brauchtum oder die Mißachtung der Frau in Indien geworden ist, sondern der Versuch einer Klärung der tief wurzelnden Gründe für solch haarsträubende Vorkommnisse, macht ihn zu einem ergreifenden Dokument.

Ein weiterer Schwerpunkt in Oberhausen war das Thema Reisen, dessen Abhandlung eher dürftig und nach den Klischees des gängigen Reise-Journalismus ausfiel. Nur der dänische Beitrag „66 Szenen aus Amerika" wich vom Schema F ab. Gag dieses komischen Filmes war Andy Warhol, der einen „Hamburger" verzehrte. Unter dem Motto „Zur neueren Stimmung im Westen" tat sich ein abstruses Sammelsurium aus den sonderbarsten Stimmungsbildern auf, wobei vor allem der Sex auf seine Kosten kam.

Nur wenige der 97 Filmemacher dieser 29. Oberhausener Kurzfilmtage wußten Geschichten zu erzählen. Zu den raren Talenten zählte der Rumäne Horia Conyantin. Sein Film „Im Spiegel der Erinnerungen" ist die kafkaeske Geschichte eines Anwalts, der sich durch seinen Opportunismus oft genug in Schuld verstrickt hat. In einem geheimnisvollen Spiegel, den er in einem Antiquariat aufstöbert, erblickt er seine Vergangenheit und findet sein Gewissen wieder.

Wie in jedem Jahr standen auch diesmal in Oberhausen wieder Filme über und aus der Dritten Welt im Mittelpunkt. Doch nur wenig davon blieb im Gedächtnis haften. Die meisten Beiträge waren im Stil schlechter Fernsehreportagen inszeniert: ein Mixtum aus endlosen Interviews, Slum-Bildern und Schießereien. Zwei Filme fielen in diesem Panoptikum auf. Der argentinische Streifen „Die Totos" berichtet über Slum-Kinder in Buenos Aires, die sich inmitten des Elends eine geradezu mitreißende Lebensfreude bewahrt haben. Der andere Film mit dem Titel „Jibero" stammt aus Kuba und erzählt von einer Hundejagd. Das Vorbild des Regisseurs Daniel Diaz Torres ist offensichtlich Sergio Leone und der Italo-Western der sechziger Jahre. Auch wenn „Jibero" wie ein Abziehbild dieses Genres wirkt, liefert er doch den Beweis, daß auch Kurzfilme technisch gut gemacht sein können. Das war unter den hundert Filmen aus 37 Ländern, die im Wettbewerb gezeigt wurden, die Ausnahme von der Regel!

MARGARETE von SCHWARZKOPF

Ein neues Stück von Heiner Müller in Bochum

Medea am Swimmingpool

Jetzt kaufe ich mir erst mal das Buch zum Film", sagte eine junge Dame, als nach 80 Minuten alles vorüber war. Sie hatte in den Kammerspielen des Schauspielhauses Bochum zu denen gehört, die den drei Darstellern, dem Regisseur Matthias Langhoff und dem anwesenden Autor frenetisch zugejubelt hatten, wie es dort Brauch ist. Schließlich war eine Uraufführung zu bewundern, „Verkommenes Ufer, Medeamaterial und Landschaft mit Argonauten" von Heiner Müller aus Ost-Berlin. Verstanden hatte sie nichts.

Das Buch wird sie noch mehr enttäuschen. Die drei Stücke zusammen sind knapp zehn Seiten lang, doch für sechs Mark werden einem 492 Seiten in die Hand gedrückt. Damit man weiß, wer die Argonauten sind, wer Jason und wer Medea. Was man sich unter Kolchis vorstellen muß oder unter der Kreisstadt Strausberg, unter Fritz Lang oder Boris Karloff. Die Bochumer Theatermacher trauen solche Kenntnisse ihrem Publikum nicht zu, wie man sieht.

Doch alle diese Namen und Begriffe kommen im Stück vor. Müller stellt sich seine Aufführung bezeichnenderweise in einer Peepshow vor, an einem verschlammten Swimmingpool und auf einem toten Stern. Weil Bochum dergleichen nicht bieten kann, entwarf Langhoff einen blutroten Horizont um eine Spielfläche, die mit lauter Blechbüchsen belegt ist.

In diesem „Ambiente", wie das heute heißt, hört man zunächst „Verkommenes Ufer", 35 Zeilen Fäkallyrik, die nichts erspart, aber auch über nichts informiert. Was folgt, „Medeamaterial", ist noch wortfeindlicher. Müller hat von des Euripides Drama um die verstoßene Frau, um Vertreibung, Rache und Kindsmord, alles Mythologische weggeschlagen. Übrig bleibt ein „Monolog der Barbarin", und diesen haben die Regisseure – Langhoffs Partner ist Manfred Karge, der auch den Jason spielt, bis ins Unerträgliche ausgedehnt. Zwischen die Sätze treten retardierende Mimik und Gestik, die Gefühle und Leidenschaften in ihrem ungeformten, noch nicht Wort gewordenen Urzustand vorführen sollen.

Kirsten Dene führt das vor, mit einem Mut zur Häßlichkeit, wie man ihn seit Anna Magnanis „Rose Tattoo" nicht wieder gesehen hat. Sie windet sich schreiend, sie erbricht sich, sie freut sich wie ein Kind, sie lacht aus vollem Herzen, sie röhrt wie der Abschaum des Straßenstrichs, sie schreit, sie weint hemmungslos und bringt den Zuschauer um seine Fassung.

Auch aus Müllers Text übrigens, den Frau Dene dazwischen spricht. Hamburgisch eingefärbt zuweilen, voller Haß und schneidend jetzt, weich und liebevoll gleich darauf, wenn sie zu den Kindern spricht, die von der Inszenierung als zwei Hundefutterdosen auf die Bühne gebracht werden, deren Inhalt Medea am Ende mit den Händen zermatscht.

Karges Jason steuert nur wenige Worte bei. Seine Stunde schlägt erst danach, in der „Landschaft mit Argonauten". Da spricht er wiederum Lyrik, doch gleichzeitig läuft er auf wankendem Schiff – in der Tat; der Bühnenboden wogt auf und ab – um sein Leben. Volle zwanzig Minuten lang, unter einer Maske, in Ledermontur, in immer gleichem Rhythmus.

So viel gestählte Kraft, so viel Sportsgeist macht Eindruck. Der Jubel nimmt kein Ende. Die Texte verdienen ihn nicht.

KATHRIN BERGMANN

An Bord der „Siddharta“ war ein Agentenjäger

Neue Fragen nach Rettung aus dem Chinesischen Meer

WERNER KAHL, Bonn

Die im In- und Ausland mit Spannung und Mitgefühl verfolgten Schilderungen über das Segler-Drama deutscher Funkamateure im Südchinesischen Meer sind gestern um eine drehbuchreife James-Bond-Rolle erweitert worden, die Skeptiker in ihren Zweifeln über die Ereignisse bestärkt haben. Denn der Sprecher der geretteten Insassen der Jacht „Siddharta", Baldur Drobnica, arbeitet bei der Spionageabwehr der Bundesrepublik Deutschland.

Millionen von Radiohörern und Fernsehzuschauern war der 48jährige Kölner Verfassungsschutzbeamte aus dem mittleren Dienst durch seine Erklärung nach der Rettung über eine außersinnliche Wahrnehmung bekannt geworden. Eine Stimmenvision, so Drobnica, habe ihm die Kraft zum Aushalten gegeben: „Am zehnten Tag werdet ihr gerettet", vernahm er angeblich am zweiten Tag in dem hilflos treibenden Rettungsboot. Zwei der mitsegelnden vier Funker, die Kölner Diethelm Müller und Gero Band, kamen bei der Törn ums Leben.

Was sich auf der „Siddharta" abspielte, wird nun vermutlich von der Staatsanwaltschaft aufgerollt werden. In Hongkong, wo die Geretteten am Wochenende eingetroffen waren, konnten die Zweifel über den Hergang des Unglücks nicht ausgeräumt werden. Eine vom PR-Direktor des Hilton-Hotels organisierte Pressekonferenz verließen die Korrespondenten mit unbeantworteten Fragen.

Handelte es sich entgegen den bisherigen Angaben doch nicht um eine private Segeltour von Funkamateuren, die von einem „weißen Fleck" auf der Funkkarte inmitten des 350 Inseln zählenden Spratley-Archipels im Südchinesischen Meer harmlosen Kontakt zu Hobbyfunkern in anderen Ländern herstellen wollten?

Für diese Premiere hatten sich die Funker das gefährliche und völkerrechtlich umstrittene Seegebiet im Chinesischen Meer ausgesucht. Peter Marx, in Singapur ansässiger Jachtbesitzer, erklärte in Hongkong, er habe der Expedition zugestimmt, weil er so sein Boot lukrativ verchartern konnte, die anderen hätten es aus Leidenschaft für die Funkerei getan.

Ungeklärt blieb, warum der Bootsbesitzer trotz fünfzehnjähriger Erfahrung in südostasiatischen Gewässern die Funker nicht vor den von vietnamesischem Militär besetzten Spratley-Inseln warnte. Schließlich konnten auch die Zweifel an der Darstellung nicht ausgeräumt werden, daß die Überlebenden, wie behauptet, zehn Tage ohne Wasser und Nahrung in einem winzigen Beiboot im Meer trieben, ehe sie von dem von einer japanischen Reederei gecharterten und in Panama gemeldeten Frachter „Linden" an Bord geholt wurden.

In Hongkong bereiten sich die Geretteten auf die Heimkehr in die Bundesrepublik vor. Baldur Drobnica soll nach seiner Rückkehr zu den Vorgängen dienstlich gehört werden. Der Agentenjäger hatte korrekt die privat deklarierte Reise angemeldet. Daß er bei diesem Törn den kommunistischen Machtbereich tangieren würde, war nicht vorauszusehen, sagte ein Sprecher und wies Spekulationen um einen Spionageauftrag des Bundesamtes für Verfassungsschutz zurück.

*

In Hanoi wurde gestern, wie die französische Presseagentur ergänzend mitteilte, erstmals zugegeben, daß vietnamesische Streitkräfte am fraglichen Tag „Warnschüsse auf ein unbekanntes Boot" abgegeben habe. Daraufhin habe das Boot abgedreht. Mehr sei nicht bekannt.



Verfassungsschutz-Mann Baldur Drobnica FOTO: AP





Der Lavastrom wälzt sich immer näher an die am Fuße des Ätna gelegenen Ortschaften heran. Die Straße, die sich den Vulkan hinaufschlängelt, ist schon an 12 Stellen unterbrochen, das Hotel fast völlig von der schwarzen Masse eingeschlossen. FOTOS: DPA

Dynamit soll die glühende Flut des Ätna stoppen

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Der Ätna gibt keine Ruhe. Seit vier Wochen spuckt er in unregelmäßigen Abständen und mit wechselnder Intensität feurige Lava. Der Schaden, den dieser Ausbruch von Europas größtem noch tätigem Vulkan bisher angerichtet hat, wird auf mehr als 50 Millionen Mark geschätzt. In den Ortschaften am Südhang des Berges verbreiten sich zunehmend Besorgnis und Unruhe.

Zwar besteht für Nicolosi, Belpasso und Regalna keine unmittelbare Gefahr, aber die Experten sind sich einig: Diese Eruption mit dem ständigen Auf und Ab der Lava-Temperaturen und dem Aufbrechen immer neuer kleiner Krater ist anormal und deshalb unberechenbar. Die Bevölkerung ruft immer lauter nach Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der bedrohten, am Berghang gelegenen Gemeinden.

Ernsthaft zur Diskussion stehen die Errichtung von Schutzwällen zur Ableitung der Lava in unmittelbarer Nähe der Dörfer und Kleinstädte sowie Sprengungen, um den Lava-Strom schon in möglichst großer Höhe in ein neues Bett, fern von allen Ortschaften, zu lenken. Als abenteuerlich und deshalb indiskutabel wird dagegen in Fachkreisen der Vorschlag abgelehnt, den Ätna zu bombardieren. Bisher hat die Lava zwei Restaurants, zwei Straßenwärterhäuser, zwei Skilifts, ein Dutzend Ferienhäuser, eine Karabinieri-Kaserne, eine Kaserne der Forstpolizei und ein Salesianerkloster zerstört. Die „Sapienza"-Hütte ist von ihr eingekreist, die Ätna-Straße an zwölf Stellen unterbrochen. Hektarweise sind Wälder und Obstplantagen in Flammen aufgegangen.

Der von „Katastrophenminister" Fortuna an Ort und Stelle entsandte Präfekt Pastorelli kam nach einer mehrtägigen Inspektion zu dem Schluß: „Die Lage ist im Augenblick noch nicht alarmierend, aber sicher ist, daß man nicht fatalistisch das abwarten kann, was noch geschehen könnte. Ich werde den Minister bitten, sich durch eigenen Augenschein von den Gefahren zu überzeugen. Denn ich glaube, daß eine Intervention dringend geboten ist. Wenn man uns nicht Knüppel in den Weg wirft, sollten wir innerhalb einer Woche in der Lage sein, konkret etwas zum Schutz der Ortschaften zu unternehmen, die sich in der Flußrichtung der Lava befinden."

Leicht wird eine solche Entscheidung nicht fallen. Denn wie sie auch immer aussehen mag, impliziert sie die Gefahr, daß, um eine bestimmte Ortschaft und ein bestimmtes Gebiet zu schützen, anderswo Schaden angerichtet wird. „Es wäre unaufrichtig zu leugnen, daß wir zögern", gestand Renato Cristofolini, Dozent für Vulkanologie an der Universität Catania und einer der Experten, die mit der Ausarbeitung eines Interventionsprogrammes beauftragt sind. „Die Wahrheit ist, daß sowohl Sprengungen als auch der Bau von Schutzwällen in ihren Auswirkungen viele Unberechenbarkeiten mit sich bringen würden. Es handelt sich um Experimente, die man unter ähnlichen Bedingungen noch niemals gewagt hat." Der Bürgermeister von Nicolosi, Ascenzio Borzi, hat sich für den Bau von Schutzwällen ausgesprochen. Er sagte: „Wenn die Lava über eine bestimmte Sicherheitslinie, sagen wir, zwei Kilometer vor dem Ort, vordringt, muß man das Notwendige tun, um ihren langsamen Fluß noch mehr zu verzögern. Als erste Maßnahme fordern wir Schutzwälle, die die Lava auf ein unbewohntes Gebiet unseres Gemeindeterritoriums ableiten."

In den letzten Tagen strömte die Lava, deren Temperatur sich von 900 auf 960 Grad erhöht hat, aus dem in über 200 Meter Höhe gelegenen Hauptkrater mit einer Anfangsgeschwindigkeit von sechs Stundenkilometern. Sie kühlte dann ziemlich schnell auf einige hundert Grad ab und verlangsamte ihre Geschwindigkeit auf 20 bis 30 Meter pro Stunde. Im Gebiet des 700 Meter hoch gelegenen Nicolosi ist sie bis auf 1200 Meter heruntergekommeh.

Sonnenphysiker bekommen Arbeit auf Teneriffa

AP, Bonn

Auf der Insel Teneriffa soll noch in diesem Jahr mit dem Bau eines Sonnenobservatoriums für deutsche Wissenschaftler begonnen werden. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) erklärte gestern in Bonn, die entsprechenden Verträge seien unterzeichnet. Das Sonnenobservatorium wird in rund 2400 Metern Höhe auf einem Hochplateau am Teide, dem höchsten Berg von Teneriffa, errichtet. Nach seiner Fertigstellung soll es die leistungsfähigste Beobachtungsstation in Europa sein. Von den Forschungen werden wichtige Impulse für die Plasmaphysik erwartet, die unter anderem einmal den Bau eines Kernfusionsreaktors ermöglichen soll.

Der Standort Teneriffa sei für die Sonnenphysiker erheblich besser geeignet als die bisherigen Außenstellen auf Capri und in Locarno. So dürfe die Erdatmosphäre über einem Sonnenteleskop nur minimale Störungen aufweisen. Außerdem dürfe die Sonnenscheindauer nicht unter 200 Tagen im Jahr liegen.

Der Betrieb des Sonnenobservatoriums wird aus Mitteln der Länder Baden-Württemberg und Niedersachsen finanziert.

Waldbrand bei Innsbruck

AP, Innsbruck – Auf dem Hechenberg in der Nähe von Innsbruck wütete auf einer Fläche von rund 20 000 Quadratmetern für 24 Stunden ein Waldbrand, der auch gestern noch nicht völlig unter Kontrolle war. Brandstiftung wird nicht ausgeschlossen.

Italien: Nacktbade-Verbot

AP, Rom

Der Oberste Gerichtshof Italiens hat das nackte Sonnenbaden an Badestränden und in öffentlichen Schwimmbädern verboten, den Frauen aber zugebilligt, genau wie Männer „oben ohne" baden zu gehen. Verstöße werden künftig mit Haftstrafen bis zu einem Monat oder Geldstrafen von 35 bis 700 Mark geahndet.

Überraschung bei Geburt

dpa, London

Ein britisches Ehepaar, das sich für eine künstliche Befruchtung entschied, hat vor einigen Wochen ein schwarzes Baby bekommen. Die Eltern sind „fuchsteufelswild", schrieb Professor Duncan Mitchell in seinem Buch über „Die künstliche Familie". Der Fall war bisher geheimgehalten worden.

Sparkasse ausgeraubt

dpa, Köln

Rund 950 000 Mark haben zwei Unbekannte gestern bei einem Überfall auf die Kreissparkasse in Pulheim bei Köln erbeutet. Die beiden mit Pistolen bewaffneten Männer waren vor Öffnung der Sparkasse in das Gebäude eingebrochen und zwangen vier Angestellte, den Tresor zu öffnen.

Unfallserie auf Autobahn

dpa, Ulm

Bei zwei Unfallserien auf der Autobahn in der Nähe von Ulm, in die 70 Fahrzeuge verwickelt waren, sind gestern 17 Menschen verletzt worden. Zur Unfallzeit herrschte dichter Nebel. Schaden: rund 750 000 Mark.

Vier Skelette entdeckt

AP, Berlin

Vier Skelette aus dem 15. Jahrhundert sind bei Rekonstruktionsarbeiten an einem Gebäude der landwirtschaftlichen Hochschule in Meißen entdeckt worden. Unter einem mehr als drei Tonnen schweren gotischen Grabstein, der seit 200 Jahren als verschollen galt, wurden die Skelette vier Zwickauer Ratsherren gefunden, die am 10. Juli 1407 in Meißen zu Unrecht hingerichtet worden waren.

Stiftung will Massenmördern den Teufel austreiben

dpa, London

Massenmörder und andere Gewalt-Kriminelle können nach Überzeugung einer christlichen Hilfsorganisation für britische Gefängnisinsassen in vielen Fällen geheilt und entlassen werden, wenn ihnen fachgerecht der Teufel ausgetrieben wird.

Die „Matthäus-Stiftung", in der prominente Katholiken und sogar Unterhaus-Abgeordnete mitarbeiten, hat nach Angaben ihres Direktors Peter Thompson in einer Eingabe an Gesundheitsminister Norman Fowler um die Erlaubnis gebeten, Exorzisten in den Gefängnissen tätig werden zu lassen. Die offizielle Antwort, nach der diese Entscheidung von Fall zu Fall von den Anstalts-Psychiatern getroffen werden soll, ist nach seinen Worten von der Stiftung „mit Enttäuschung" aufgenommen worden.

Die „unerklärliche Gewalttätigkeit" mancher Verurteilter könne durchaus von bösen Geistern stammen, erklärte Thompson gestern im „Guardian". Die Psychiater in den Gefängnissen, fügte er kritisch hinzu, sähen das jedoch nicht, weil sie meist keine Christen, sondern Agnostiker und Atheisten seien.

Thompson nahm zu umstrittenen Berichten Stellung, nach denen der 13fache Frauenmörder Peter Sutcliffe, der „Yorkshire Ripper", nach einem Exorzismus während der Untersuchungshaft jetzt „geheilt" sei, und meinte: „Wenn der Exorzismus erfolgreich war, dann ist Peter Sutcliffe heute nicht der Sutcliffe, der jene erschreckenden Taten beging."

Pony-Expreß mit Pedalen

Schnelle Fahrradboten unterwegs im New Yorker Chaos

GABRIELLE JAHN, New York

Sie sind die „Hell's Angels" von New York. Ihr Draufgängertum wird jedoch, anders als bei den kalifornischen Namensvettern, gut bezahlt. Je schneller sie sind, desto besser ihr Verdienst. Autoschlangen und Menschenmengen können sie nicht stoppen. Sie sind die Zuverlässigsten und Promptesten, wenn es um die Lieferung wichtiger Briefe, Dokumente und Pakete geht: die Fahrrad-Boten vom Hudson.

Michael Nehrbauer ist einer von ihnen. Sein Arbeitstag beginnt morgens um 10, wenn er seinen Helm anzieht, Mund- und Nasenschutz umlegt und sein Rennrad aus dem Hausflur schiebt. Dann wirft er sich seine Nylontasche um, schwingt sich auf sein Stahlroß, und ab geht die Post.

Er ist einer von 600 bis 700 Fahrrad-Boten, ohne die das Big Business New Yorks aufgeschmissen wäre. Sie sind die einzigen, die unberührt vom permanenten Verkehrschaos auf New Yorks Straßen und unbehindert von steckengebliebenen U-Bahnen supereilige Botendienste erledigen.

Pfeilschnell gleiten die Fahrrad-Boten durch den Verkehr. Mit einer Geschwindigkeit von 50 Kilometern pro Stunde hängen sie lokker Autos ab, wechseln mit traumwandlerischer Sicherheit die Fahrbahnen, ohne sich nach hinten umzusehen, fahren verkehrt durch Einbahnstraßen und übersehen geflissentlich rote Ampeln.

Michael Nehrbauer: „Fahrrad-Boten sind die heutige Version des Pony-Expresses aus den frühen Siedlertagen, als es noch keine Telegraphen und Telefone gab. Damals mußten die Boten zu Pferd mit schlechten Wegen, Klapperschlangen und anderen Gefahren fertig werden." Die Fahrrad-Boten heute müssen es mit den Risiken New Yorks aufnehmen: Löcher in der Asphaltdecke, Glassplitter, Bananenschalen und Fußgänger, die sich nicht an die Verkehrszeichen halten.

Nicht immer kann der gellende Pfiff aus der Trillerpfeife alle Hindernisse verscheuchen. Manchmal, wenn er zwischen Bussen und Lastwagen eingeklemmt ist, beginnt Michael Nehrbauer über die Vergänglichkeit des Lebens nachzudenken. Unfälle sind in seinem Metier häufig, viele schon endeten tödlich.

Mögliche Verletzungen schrekken die Zunft der Fahrradboten jedoch nicht ab. „Viele der Superradler haben eine College-Ausbildung, aber keine Lust, sich dem täglichen Büro-Einerlei auszusetzen und einen Chef über sich zu haben."

Sie sind unabhängig, bekommen ihre Aufträge per Telefon und sehen ihre Agentur oft eine Woche nicht. Diese Unabhängigkeit hat viele magisch angezogen: Musiker, Schauspieler, Schriftsteller und Lebenskünstler düsen zwischen 70 und 150 Kilometer pro Tag durch die Straßenschluchten New Yorks.

Der Job wird gut bezahlt. 500 Dollar lassen sich mühelos in der Woche zusammenradeln, macht einen Jahresverdienst von rund 25 000 Dollar, umgerechnet 62 000 Mark. (SAD)

Den Computer trügt keine Handschrift

In Frankreich wird ein System getestet, das Kreditkartenbetrügern auf die Spur kommt

CONSTANZE GUTACKER, Paris

Überall auf der Welt sind Wissenschaftler dem Bösen hart auf den Fersen. So arbeiten etwa amerikanische Forscher an einem System der Personen-Identifizierung, das einen Menschen aufgrund von Besonderheiten in der Iris eines Auges erkennt. Mit Hilfe der Elektronik, so hofft man, wird man eines Tages die Fingerabdruck-Karteien der Polizeibehörden in aller Welt durch Augen-Karteien ersetzen können. Weniger utopisch, dafür aber zumindest im Moment noch zukunftsträchtiger, scheint da ein System, das zur Zeit in Frankreich getestet wird. Ebenfalls auf elektronischem Wege sollen Scheckbetrüger der falschen Unterschrift überführt werden.

„Chatou, der Alptraum aller Betrüger?" fragte das französische Magazin „Le Point" schon triumphierend. Noch ist es aber nur ein Versuch, der da in Chatou, einem Städtchen in der Nähe von Paris, gestartet wurde. Die rund 15 000 Besitzer der in Frankreich gebräuchlichen Service-Karte „Carte bleu", die man im Einzugsbereich eines Supermarktes glaubt, sind aufgefordert worden, sich an diesem ersten Testlauf einer neuen Maschine zu beteiligen. Sie alle sollen ihre Unterschrift in einen Computer eingeben – fünfmal und mit verschiedenen Stiften, damit alle Variationen der eigenen Handschrift gespeichert sind.

Beim Einkauf dann zeichnet der Karteninhaber die Rechnung ebenfalls auf einem Lesestreifen des Computers gegen. Der ruft über einen Code in der Karte die entsprechenden Unterschriften aus seinem „Gedächtnis" ab und vergleicht sie mit der gerade geleisteten. Hat er Zweifel, tut er dies kund, und der Kunde muß noch einmal drei Unterschriften leisten. Damit soll jeder – für Geschäft und Kunden gleichermaßen peinliche – Irrtum ausgeschlossen werden. Gibt der Computer danach immer noch kein grünes Licht, muß die Unterschrift gefälscht, die Karte also in die falschen Hände geraten sein.

Vater dieser Idee ist allerdings kein Graphologe, sondern ein Elektromechaniker und Elektroniker. Louis Bechet (50), Franzose und Wissenschaftler am Genfer Batelle-Institut, ist den Eigenheiten der Handschrift schon seit Jahren auf der Spur. Jetzt, als er es schaffte, aus 600 Unterschriften 300 falsche herauszufinden, hielt er sein Kind für ausgereift.

Bechet fand heraus, daß sich bestimmte Teile der Unterschrift nie verändern. Sie dauert gemeinhin zwei bis drei Sekunden. Dabei kann sie durch Handstellung, Müdigkeit oder mit zunehmendem Alter modifiziert werden. „Es bleibt aber", so erklärt Bechet, „ein gewisser Rhythmus zwischen den einzelnen Sequenzen der Paraphe, der sich nie verändert – egal, wie schnell die einzelnen Teile der Unterschrift geleistet werden."

Der Franzose entwickelte ein Programm, anhand dessen der Computer etwa 40 solche untrüglichen Erkennungszeichen aus einer Unterschrift herausfiltern kann. Daraus fertigt er sich ein Oszillogramm. Die Ausschläge des Oszillographen vergleicht er mit den gespeicherten Werten. Die Tests bewiesen: Der Unterschriftenfälscher kann zwar jedes Auge betrügen, wenn er lange genug geübt hat, den Rhythmus der fremden Hand kann er aber nie kopieren.

Ganz nüchtern sieht Raoul Belanger, Präsident des Kartenunternehmens „Carte bleu", den Versuch: „Wenn es zu viele Probleme damit gibt, stoppen wir das Experiment sofort. Funktioniert es, werden wir versuchen, es so weit auszubauen wie eben möglich."

Mit Belanger hoffen seine Kollegen von den anderen Karten-Gesellschaften. Auch für Banken würden sich ganz neue Möglichkeiten eröffnen im Kampf gegen den Betrug per Unterschrift. Die Möglichkeiten, krumme Geschäfte mit Kreditkarten zu machen, sind mannigfaltig. Versuchen die Manager der Unternehmen, Sicherheiten einzubauen, müssen sie immer peinlichst besorgt sein, daß sie den Kunden nicht verärgern; denn gerade die Plastikkarten-Branche lebt vom Flair des Vertrauens und des Unkomplizierten. Und beim harten Kampf um Marktanteile will sich niemand den Ruf einhandeln, durch übertriebene Sicherungen dem Kartenzahler an die Bequemlichkeit zu gehen.

Deshalb dürfte auch der Traum vom Zentralcomputer, der die Unterschriften bei jedem Vertragspartner überprüft, noch einige Zeit ein solcher bleiben. Womit den Betrügern auf ebensolange Zeit auch der Alptraum erspart bliebe.

ZU GUTER LETZT

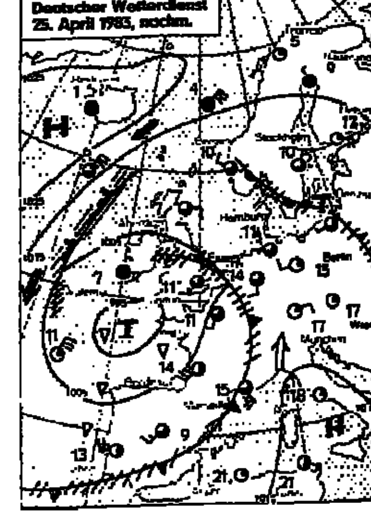
„Die geheimen Tagebücher von Hitlers geheimer Geliebten, Eva Braun, sind in einem geheimen Fach ihrer geheimen Handtasche gefunden worden." Der Londoner „Daily Mirror" in einer Satire über den Fund der Hitler-Tagebücher.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Der Auslaufer eines Tiefs südlich von Irland beeinflußt am Dienstag mit seinem Wolken- und Niederschlagsgebiet Deutschland.

Vorhersage für Dienstag

Gesamtes Bundesgebiet: Im Raum Berlin und in Ostbayern anfangs noch aufgeheitert und Temperaturanstieg bis nahe 20 Grad, später auch hier wie schon im übrigen Bundesgebiet stark bewölkt und zeitweise schauerartiger Regen. Tagestemperaturen sonst um 15 Grad. Nachts im Westen Bewölkungsrückgang und hier kaum noch Niederschlag. Nächtliche Tiefstwerte 9 bis 5 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus südlichen Richtungen.



Weitere Aussichten

Heiter bis wolkig, gelegentlich leichte Schauer.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	15°	Kairo	24°
Bonn	14°	Kopenh.	9°
Dresden	17°	Las Palmas	19°
Essen	14°	London	11°
Frankfurt	16°	Madrid	9°
Hamburg	11°	Mailand	16°
List/Sylt	7°	Mallorca	17°
München	17°	Moskau	19°
Stuttgart	15°	Nizza	16°
Algier	21°	Oslo	9°
Amsterdam	14°	Paris	11°
Athen	20°	Prag	16°
Barcelona	17°	Rom	18°
Brüssel	11°	Stockholm	10°
Budapest	21°	Tel Aviv	22°
Bukarest	21°	Tunis	21°
Helsinki	17°	Wien	17°
Istanbul	16°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 6.04 Uhr. Untergang: 20.37 Uhr. **Mondaufgang:** 20.54 Uhr, Untergang: 6.32 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Der Traum vom Haus wird Programm

Bauverwaltungen verhelfen mit „Spartricks“ Einkommensschwachen zum Eigenheim

F. DIEDERICHS, Berlin

„Sparhaus" heißt das Zauberwort, das in deutschen Großstädten wie Berlin, Hamburg oder München einkommensschwachen Familien den Traum vom eigenen Dach über dem Kopf zur Realität werden lassen soll. Maßgeschneiderte Programme der Bauverwaltungen machen möglich, was Banken momentan mit Werbeslogans wie „Jetzt bauen, die Zinsen fallen weiter" propagieren.

Die Palette der Angebote für Bauwillige beginnt bei einem Preis, für den bislang lediglich mittelgroße Eigentumswohnungen zu ergattern waren: Die Hamburger Baubehörde bietet zur Zeit drei Typen kostengünstiger Sparhäuser an, die allesamt für 165 000 Mark zu haben sind – mit Grundstück, das in Erbpacht (Laufzeit 75 Jahre) abgegeben wird. In München, wo ebenso wie in Hamburg und Berlin die Wohnungsnot groß ist, hat das städtische Planungsreferat 200 Sparhäuser aufgelegt – rund 130 Quadratmeter Wohnfläche, das Grundstück ebenfalls in Erbpacht, sind mit 185 000 Mark auch für Normalverdiener noch erschwinglich.

Und in Berlin, wo heute ein Einfamilienhaus im Schnitt kaum unter einer halben Million Mark zu haben ist, dürfen sich in den nächsten vier Jahren gar 2000 Familien auf ihr Sparhaus freuen: Bausenator Ulrich Rastemborski (CDU) bietet in einem Förderungsprogramm „Kosten- und flächensparendes Bauen" Häuser mit 100 Quadratmeter Wohnfläche an, die in den Außenbezirken, einschließlich Grundstück, die Preislinie von 300 000 Mark nicht übersteigen sollen".

„Rückbesinnung auf das Einfache", so ein Planer der Münchner Bauverwaltung, ermöglicht solche Tiefstpreise. Das bedeutet: Beim Sparhaus wird auf einen Vollkeller verzichtet (Ersparnis rund 20 000 Mark), eine Garage entfällt ebenso wie weitere Außenanlagen (Ersparnis rund 10 000 Mark). Bad, Küche und WC werden nur teilweise gefliest (Ersparnis bis zu 3000 Mark), die Deckenstärken werden verringert (Ersparnis rund 3000 Mark), und dünnere Wände bringen noch einmal 8000 Mark.

Wird das „Sparhaus" ein Reihenhaus, können durch Sammelleitungen für Gas, Strom und Wasser in einer Häuserzeile pro Gebäude weitere 5000 Mark eingespart werden. Als Hauptsparfaktor bei allen „Billighaus"-Modellen setzten die städtischen Planer jedoch die Eigenleistung des Bauherrn an.

Architekten und Baugesellschaften profitieren ebenfalls vom Run aufs Billig-Haus. Sie spezialisieren sich auf den Entwurf und die Bauausführung derart „abgespeckter" Eigenheime wie eine Aachener Planungsgruppe, die nach holländischem Vorbild Eigenheime mit 94 Quadratmeter Wohnfläche schlüsselfertig anbietet – zum Preis von nur 1350 Mark pro Quadratmeter Wohnfläche.

In Hamburg stehen auf der Warteliste für das Sparhaus mit dem 200 Quadratmeter großen Erbpacht-Grund schon 17 000 Interessenten. In Berlin zeigten in den vier Wochen nach Bekanntgabe des Förderprogrammes schon rund 1700 Familien Interesse. Die Hamburger Bauverwaltung wählt nach einem Punktsystem aus der Bewerberschar aus, kinderreiche Familien mit geringem Einkommen haben die besten Aussichten auf ein „Sparhaus". Die Chancen verbessern sich noch bei einem Auszug aus einer Sozialwohnung.

In Berlin gibt es zwar bei der Vergabe keine Punktwertung, doch auch hier haben die Bewerber aus dem sozialen Wohnungsbau die besten Karten. Für ein Eigenheim aus dem Senats-Förderprogramm des sozialen Wohnungsbaus gilt beispielsweise bei einem Vier-Personen-Haushalt ein Jahresbruttoeinkommen von 63 936 Mark als Obergrenze.

LEUTE HEUTE

Gegenangriff

Der in Deutschland vom Bildschirm bekannte und beliebte Schweizer Kabarettist **Emil Steinberger** (Foto) muß sich demnächst vor Gericht verantworten. Emil hatte in seiner Eigenschaft als Stif-



tungsratspräsident des Schweizer Sorgentelefons für Kinder dessen Betreuer **Heinz Peyer** wegen Veruntreuung und Bettelbetrug verklagt. Nachdem das Gericht das Verfahren gegen Peyer einstellte, hat dieser den Spieß umgedreht und verklagte Emil wegen Verleumdung, übler Nachrede und Geschäftsschädigung.

Zentrum für Schwarze

Ein Kunst- und Begegnungszentrum für die schwarze Diaspora in Paris hat der Modeschöpfer **Paco Rabanne** in der französischen Hauptstadt geschaffen. Das „Centre 57" ist für bildende Künstler, Musiker, Tänzer, Schauspieler, Photographen und Kunsthandwerker von den Antillen, aus Afrika und Amerika gedacht. Es bietet zur kostenlosen Benutzung 12 Übungsräume für Musiker, zwei Tanzflächen, ein Tonstudio und mehrere Galerien.

Bären-Berg

Das englische Thronfolger-Paar und sein kleiner Sohn Prinz **William** (10 Monate) werden auf ihrer Reise durch Australien und Neuseeland mit Geschenken überschüttet. Die jüngste Zählung in Auckland (Neuseeland) ergab: Bisher hat die junge Familie 52 500 Geschenke entgegengenommen. Australiens Vorliebe für Koala-Bären führte dazu, daß Prinz William 250 Koala-Bären als Teddybären erhielt.

Eisernes Vorbild

Die britische Premierministerin **Margaret Thatcher** liegt wieder bei einer Umfrage an der Spitze – als Modevorbild. Bei der Umfrage unter englischen Frauen, an wem sie sich in ihrem Modegeschmack orientieren, lag die „Eiserne Lady" weit vorn und damit vor der Nachrichtensprecherin der BBC, **Jan Leeming**, und Prinzessin **Diana**.